

POLITISCHE STUDIEN 475

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

68. Jahrgang | September-Oktober 2017 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

AMERIKA ZUERST – TRUMP UND DER REST DER WELT

Mit Beiträgen von

Christian Forstner | Michael C. Kimmage | Andrea Rotter | Claudia Schlembach



/// KATHRIN WICKENHÄUSER Politische-Studien-Zeitgespräch: Die Zukunft liegt im dualen System

/// PETER WITTERAUF Das bedingungslose Grundeinkommen für alle: Ein Holzweg!

/// UDO BARON Linksextremistische Proteste gegen den G20-Gipfel

www.hss.de



” Nur eins ist klar: Angela Merkel kann als **BUNDESKANZLERIN** weiter regieren.

WAHLAUSGANG MIT ANSAGE – ZÄSUR FÜR DAS DEUTSCHE PARTEIENSYSTEM

Die Prognosen wiesen alle in eine Richtung: Wahlsieg der Union mit der Spitzenkandidatin und Amtsinhaberin Angela Merkel. Dem Gegenkandidaten der SPD wurden kaum mehr Chancen eingeräumt – der „Schulz-Effekt“ kurz nach seiner Nominierung Anfang des Jahres war schnell verpufft und konnte auch in der heißen Wahlkampfphase nicht wieder belebt werden. Die Landtagswahlen im Frühjahr 2017 brachten in drei Ländern gute Ergebnisse für die CDU und enttäuschende Resultate für die SPD.

Allerdings gab es auch Unwägbarkeiten: Laut dem Institut für Demokratie Allensbach glaubten vier Wochen vor der Wahl zwar 45 Prozent, diese sei bereits entschieden, aber 46 Prozent waren noch unsicher, wem sie ihre Stimme geben sollten – mehr als bei allen Bundestagswahlen seit 1998. Bei grundsätzlich hoher Volatilität waren also kurzfristige Verschiebungen durchaus möglich. Dies umso mehr, als absehbar war, dass FDP und AfD, die bei der letzten Wahl knapp gescheitert waren, ebenso in den Bundestag kommen würden wie Grüne und Linke. Dies gefährdete zwar nicht die Aussicht von CDU und CSU, wieder stärkste Formation im Bundestag zu werden, aber ließen mehrere Koalitionsmöglichkeiten denkbar erscheinen.

Die Wahl vom 24. September bestätigte diese Tendenzen: CDU und CSU wurden klar stärkste Kraft, allerdings mit Verlusten. Die SPD verlor ebenfalls deutlich. Die AfD zog als drittstärkste Partei in den Bundestag ein; auch die FDP schaffte den Wiedereinzug. Im Parlament sind jetzt 7 Parteien in 6 Fraktionen. Als denkbare Varianten waren nur eine Koalition aus Union und SPD oder eine „Jamaika-Koalition“ aus Union, FDP und Grünen möglich. Grundsätzlich ist klar: Angela Merkel kann als Bundeskanzlerin weiter regieren.

Dr. Gerhard Hirscher
ist Referent für Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung,
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.



INHALT



60

09

IM FOKUS

06 WIE STEHT ES UM DIE TRANS-ATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN?

Einführung
BENJAMIN DEYOUNG

09 TRANSATLANTISCHE SICHERHEITS-KOOPERATION UNTER „AMERICA FIRST“

Europe, Do it Yourself!
ANDREA ROTTER

20 ZEIT ZU HANDELN!

Handelsbeziehungen unter Trump
CLAUDIA SCHLEMBACH

31 DONALD TRUMP UND DIE LAGE IN AMERIKA

Der weltgrößte Bürgermeister
CHRISTIAN FORSTNER

40 DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND

Keine Freunde mehr ...?
MICHAEL C. KIMMAGE

49



31



POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

47 DIE ZUKUNFT LIEGT IM DUALEN SYSTEM

Unternehmerin mit Herz und Tradition
KATHRIN WICKENHÄUSER

80 GERECHTIGKEIT UND INFRASTRUKTURPLANUNG

Abgehängt oder vorne dran?
MATHIAS JEHLING / THOMAS HARTMANN

ANALYSEN

52 DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN FÜR ALLE: EIN HOLZWEG!

Modell ohne Zukunft
PETER WITTERAUF

AKTUELLES BUCH

89 ... DIE WELT WEITER IN UN-ORDNUNG

Vor dem Hintergrund der momentanen weltpolitischen Großwetterlage
REINHARD MEIER-WALSER

60 LINKSEXTREMISTISCHE PROTESTE GEGEN DEN G20-GIPFEL

Chaostage in Hamburg
UDO BARON

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 92 REZENSIONEN
- 97 LESEEMPFEHLUNG
- 98 ANKÜNDIGUNGEN
- 102 IMPRESSUM

72 WIE HÄLT DEUTSCHLAND ES MIT DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK IM WAHLJAHR?

Innovation und Energietechnologie
PHILIPP NIESSEN

/// Einführung

WIE STEHT ES UM DIE TRANS-ATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN?

BENJAMIN DEYOUNG /// Neun Monate nach der Amtsübernahme Donald Trumps ist ein einheitlicher außenpolitischer Kurs der neuen US-Regierung kaum zu erkennen. Die oft widersprüchlichen Aussagen des neuen Präsidenten haben die transatlantischen Partner zutiefst verunsichert. Wie ist derzeit die Lage der Transatlantischen Beziehungen und wie werden sie sich künftig gestalten? Nachfolgend eine Bestandsaufnahme in stürmischen Zeiten.

„Ich bin ein Berliner“ rief John F. Kennedy damals in die begeisterte, Fähnchen schwenkende Menge, die sich vor dem Rathaus Schöneberg in West-Berlin versammelt hatte, um den jungen US-Präsidenten am 15. Jahrestag der Berliner Luftbrücke zu begrüßen. Dieser Satz wurde damit symbolisch für die enge, auf gemeinsamen Werten basierende transatlantische Partnerschaft, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs floriert. Donald Trump, dessen Vorfahren aus dem pfälzischen Kallstadt einwanderten, scheint diese Nähe zu seinen transatlantischen Partnern jedoch nicht zu empfinden. Seit seinem Amtsantritt hat der außenpolitische Kurs des neuen US-Präsidenten für Spannungen in den Transatlantischen Beziehungen gesorgt, die das Verhältnis zwischen Washington und Berlin, um das sich JFK seinerzeit noch so bemühte, auf den Prüfstand stellen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges **ENTWICKELTEN** sich die Transatlantischen Beziehungen.

Auf fast allen Ebenen hat die „America First“-Politik des neuen Präsidenten, wonach die internationalen Beziehungen einem Nullsummenspiel gleichen, in dem Gewinnen nur auf Kosten anderer möglich ist, die Normen einer regelbasierten Weltordnung in Frage gestellt. Die freihandelskritische Haltung Präsident Trumps sowie seine heftige Kritik am deutschen Exportüberschuss gegenüber den USA haben Unruhe in eine fruchtbare Handelsbeziehung ge-



Die legendären Worte Kennedys spiegeln die tiefe Verbundenheit der USA zu Europa und insbesondere Deutschland wider.

bracht. In der Verteidigungspolitik haben neue Herausforderungen im Umfeld Europas und erneute Vorwürfe der USA, die europäischen NATO-Partner gäben zu wenig für ihre Verteidigung aus, zu der Erkenntnis geführt, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen muss. Auch in der Energie- und Klimapolitik ist mit dem angekündigten Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen eine Führungslücke entstanden, die von Deutschland und seinen europäischen Partnern gefüllt werden muss.

Neben sämtlichen politischen Meinungsverschiedenheiten ist es vor allem die Ungewissheit, die in die Transatlantischen Beziehungen eingekehrt ist, die in Berlin, Brüssel und allen anderen europäischen Hauptstädten Besorgnis er-

regt. Welche Auswirkungen diese Ungewissheit haben könnte und welche Strategien sich anbieten, um mit ihr umzugehen, wird im Fokus-Teil thematisiert.

Im ersten Beitrag untersucht Andrea Rotter die Herausforderungen in der transatlantischen Sicherheitskooperation angesichts der „America First“-Außenpolitik Donald Trumps. Claudia Schlembach konzentriert sich auf die Be-

DONALD TRUMP sorgt für Irritationen und Unsicherheit bei den transatlantischen Partnern.

drohung, die von der „America First“-Handelspolitik Donald Trumps ausgeht, analysiert aber auch die Motivation hinter den protektionistischen Ideen. Im dritten Aufsatz analysiert Christian Forstner die zutiefst gesplante politische Landschaft der USA und schildert vier mögliche Szenarien für die entscheidende Zeitspanne zwischen den Mid-Term Elections 2018 und der Präsidentschaftswahl 2020. Im Interview ordnet Michael Kimmage die derzeitigen Herausforderungen in den Transatlantischen Beziehungen in den historischen Kontext ein und gibt einen Einblick in die neue US-Außenpolitik aus amerikanischer Sicht. ///



/// BENJAMIN DEYOUNG

ist studentischer Projektmitarbeiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Europe, Do it Yourself!

TRANSATLANTISCHE SICHERHEITS-KOOPERATION UNTER „AMERICA FIRST“

ANDREA ROTTER /// Mit dem Wahlerfolg Donald Trumps im November 2016 wurden die Transatlantischen Beziehungen vor neue Tatsachen gestellt. Manch politischer Kommentator prognostizierte sogar „das Ende des Westens“. Nach mehr als sechs Monaten Präsidentschaft Trump zeigt sich eine relative Kontinuität in der bisherigen US-Außenpolitik gegenüber Europa. Dennoch haben sich die Rahmenbedingungen der transatlantischen Sicherheitskooperation verändert, die die europäischen Partner zu mehr Eigenverantwortung zwingen.

Bereits im Wahlkampf sorgte Donald Trumps Credo „America First“ mit seinen teils isolationistischen und protektionistischen Tönen für Unbehagen bei den europäischen Verbündeten. Sie befürchteten einen Paradigmenwechsel in der US-Außenpolitik, der nicht nur die Transatlantischen Beziehungen, sondern auch die globale Weltordnung ins Wanken bringen könnte. Aufgrund der potenziell unilateralen Ausrichtung der neuen US-Außenpolitik wurde in den Medien bereits über „das Ende des Westens“ diskutiert.¹ Verbündete der USA sorgen sich nun um die Zukunft der liberalen Weltordnung, d. h. das System, das auf Freihandel, Kooperation im Rahmen internationaler Institutionen und einer gemeinsamen demokratischen Wertebasis beruht und von den USA seit Ende des Zweiten Weltkrieges aufrechterhalten wurde. Ein für die USA und Europa gleichermaßen wichtiges

Trumps „America First“-Devise schürt
ÄNGSTE um die globale Weltordnung.

Fundament dieser Weltordnung stellte seither die transatlantische Sicherheitskooperation, v. a. innerhalb der NATO, dar. Die „America First“-Maxime der neuen US-Administration stellt das transatlantische Verhältnis allerdings auf eine Bewährungsprobe.

„America First“ in der US-Außenpolitik

Auch wenn es zu früh ist, eine klare außenpolitische Strategie im Sinne einer Trump-Doktrin zu definieren, lassen sich bereits mit Rückgriff auf die „Ame-

rica First“-Prinzipien einige Eckpfeiler ableiten, die die Außenpolitik Trumps gegenüber den transatlantischen Partnern beeinflussen. Im Zentrum des politischen Handelns steht eine schärfere Akzentuierung nationaler Interessen und der nationalen Sicherheit. Amerikas Interessen werden eng und vorwiegend wirtschaftlich definiert: eine Aufwertung der amerikanischen Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die erste Säule stellt somit ein ökonomischer Nationalismus dar, worunter Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund der US-Außenpolitik rücken, die es auch mittels protektionistischer Maßnahmen zu wahren gilt.² Der Austritt der USA aus der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP), die unter Barack Obama aus geopolitischen Gesichtspunkten zur Eindämmung Chinas ausgehandelt wurde, sowie die Ankündigung, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) neu zu verhandeln, unterstehen genauso der Maxime der nationalen Wirtschaftsförderung wie die Androhung, Importe aus Deutschland mit Strafzöllen zu belegen.

Ein weiterer Eckpfeiler widmet sich der Stärkung der nationalen Sicherheit. Innenpolitisch ist dies durch einen effektiveren Schutz der Grenzen und die Bekämpfung illegaler Einwanderung zu erreichen. Dies äußert sich in Trumps Bestreben, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten, um illegale Einwanderer und Terroristen von der Einreise abzuhalten. Darüber hinaus hat Trump das „DACA“-Programm gestoppt, das hunderttausende Kinder („Dreamer“) illegal Eingewanderte vor Abschiebung schützte. Die größte externe Bedrohung sieht die Trump-Administration aber im islamistischen Terrorismus. Zum einen gilt es, den sog. „Is-

lamischen Staat“ (IS) in Krisenländern durch militärische Operationen mit Alliierten und regionalen Akteuren zu zerstören, ohne sich jedoch den Zielen des Regime Change und Nation-Building zu verschreiben. Zum anderen sollen nach innen gerichtete Initiativen wie der umstrittene „Travel Ban“ das Risiko terroristischer Anschläge in den USA mindern.

Den letzten Eckpfeiler der America First-Außenpolitik bildet das bereits unter Präsident Ronald Reagan populäre Konzept „peace through strength“ (Frieden durch Stärke), wonach eine unangefochtene militärische Dominanz Angriffe abschrecken soll. Diese klare Machtverteilung soll zudem zur internationalen Stabilität und Friedenssicherung beitragen. Ungeachtet der jüngsten sicherheitspolitischen Umbrüche und der Änderungen im Anforderungsprofil an das Militär konstatiert die Trump-Administration, dass Unterfinanzierung, Ausstattungsdefizite und Personalmangel die Verteidigungs- und Einsatzfähigkeit des US-Militärs dramatisch verringert hätten. Diesem Negativtrend müsse man entgegenwirken, indem man die Verteidigungsausgaben deutlich erhöhen würde.³ So sieht der Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 eine Steigerung des Verteidigungsetats um \$ 52 Mrd. von \$ 587 Mrd. auf \$ 639 Mrd. für den Wiederaufbau und Modernisierung des

Das „peace through strength“-Konzept soll für internationale **STABILITÄT** sorgen.



„Wir Europäer müssen unser Schicksal in die eigene Hand nehmen“ – denkwürdige Worte von Bundeskanzlerin Merkel Ende Mai im Truderinger Festzelt.

Militärs vor.⁴ Zeitgleich beinhaltet der Budgetplan eine 32-prozentige Etatsenkung des Außenministeriums sowie humanitärer und entwicklungspolitischer Programme (z. B. USAID) und unterstreicht somit den Fokus auf militärische Kapazitäten zu Lasten von Diplomatie und zivilen Ansätzen.

Der Strategiefindung liegt eine Auffassung internationaler Politik als Nullsummenspiel zugrunde, in dem die relativen Gewinne eines Staates gleichzeitig die Verluste eines anderen bedeuten. Sein nationaler Sicherheitsberater H. R. McMaster und National Economic Council-Direktor Gary Cohn beschreiben Trumps Weltbild im Nachgang seiner ersten Auslandsreise wie folgt: „The president embarked on his first foreign trip with a clear-eyed outlook that the world is not a ‘global community’ but an arena where nations, nongovernmental actors and businesses engage and com-

pete for advantage.“⁵ Internationale Politik finde also nicht innerhalb einer globalen Gemeinschaft statt, sondern in einer Arena, in der Staaten und transnationale Akteure in Konkurrenz zueinander stünden. Aus dieser Sichtweise erklärt sich auch Trumps pragmatisches und transaktionales Verständnis von Außenpolitik. Außenpolitische Entscheidungen werden nicht unter normativen Gesichtspunkten, sondern fallbezogen anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse getroffen. Daraus speist sich auch Trumps Bereitschaft, die Kooperation mit Moskau in der Terrorismusbekämpfung zu suchen, ungeachtet Russlands Revisionismus in Europa.

Das geschilderte Weltbild geht mit einer Skepsis gegenüber Kooperationen und internationalen Institutionen einher. Amerikas langjährige Bündnisse erscheinen in der Interessensdurchsetzung eher hinderlich. In der Vergangen-

heit sei Amerikas globales Engagement nicht den USA selbst, sondern vorwiegend anderen Staaten zugute gekommen. Daher sei es Zeit, Amerikas internationale Verpflichtungen kritisch zu prüfen und aus einer Position der Stärke heraus bessere Deals abzuschließen.

Diese einseitige Schwerpunktsetzung erfolgt allerdings auf Kosten der ordnungspolitischen Rolle der USA. Der Politologe Joseph S. Nye spricht in diesem Zusammenhang von Soft Power, also weichen Machtfaktoren. Im Gegensatz zu militärischem Zwang und wirtschaftlichem Druck beruht die Soft Power eines Landes „auf dem Vermögen, die politische Tagesordnung auf eine Weise zu bestimmen, welche die Präferenzen anderer formt“⁶. Die Anziehungskraft der liberalen Ordnung veranlasste andere Staaten, Teil eines normativ-institutionellen Systems zu werden. Dieses System wird zwar maßgeblich von den USA getragen, doch profitieren sie auch davon, indem sie die Regeln zu ihren Gunsten definieren konnten. Dieser Gestaltungsmacht und Verantwortung misst Trump hingegen keinerlei Bedeutung bei, wie der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und die damit verbundene Schwächung des internationalen Klimaschutzregimes demonstrieren. Die ideelle und in Teilen bereits realpolitisch umgesetzte Abkehr von den Traditionslinien ame-

rikanischer Außenpolitik stellt die transatlantische Sicherheitskooperation somit unter neue Vorzeichen.

Ambivalenz und Kritik an der transatlantischen Sicherheitskooperation

Seit dem Amtsantritt Trumps kennzeichnen Ambivalenz und Unberechenbarkeit das transatlantische Verhältnis. So hatte Trump die NATO im Wahlkampf als obsolet bezeichnet und angedeutet, er könnte Amerikas Beistand im Bündnisfall von den Eigenleistungen der betroffenen Mitgliedsstaaten abhängig machen. Im April 2017 bekannte sich der Präsident doch zur NATO und ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung. Ein eindeutiges Bekenntnis von Trump zu Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ließ hingegen bis Juni 2017 auf sich warten. Das Fehlen einer stringenten Position gegenüber Europa mag darin begründet sein, dass viele der für die Transatlantischen Beziehungen relevanten Schlüsselpositionen im Außen- und Verteidigungsministerium noch unbesetzt sind. Erst Anfang August 2017 wurde z. B. Kay Bailey Hutchison als Permanente Vertreterin der USA bei der NATO bestätigt, während die entsprechende Stelle für die EU noch aussteht.⁷

Dies täuscht allerdings nicht darüber hinweg, dass Trumps Positionen zur europäischen Sicherheit oftmals wechseln und im Widerspruch zu den Erklärungen seiner Administrationsmitglieder stehen. Trotz der Bemühungen von Verteidigungsminister James Mattis oder Außenminister Rex Tillerson, Zweifel an Amerikas Verlässlichkeit auszuräumen, bleibt eine Ungewissheit im Umgang mit Trump zurück, der Unberechenbarkeit im Wahlkampf noch zum wichtigen Kennzeichen seiner Außenpolitik stili-

sierte. Betrachtet man die Grundzüge der „America First“-Außenpolitik, ist Trumps Skepsis gegenüber der transatlantischen Allianz nicht verwunderlich. Vor allem die ungleiche Lastenverteilung und das in seinen Augen ungenügende Engagement der NATO in der Terrorismusbekämpfung lassen ihn am Wert der Kooperation zweifeln.

Forderung nach mehr Eigenverantwortung

Die Debatte über die fehlende Bereitschaft der Europäer, mehr in die eigene Sicherheit zu investieren, ist nicht neu, doch wurde sie durch Trump in den letzten Monaten verschärft. Dies liegt daran, dass noch kein vorangegangener Präsident den Beistand im Bündnisfall an die Eigenleistungen der Staaten gebunden hatte. Sicherlich lassen Trumps Äußerungen ein mangelndes Verständnis für die Funktionslogik der NATO vermuten. Mehrfach behauptete er, die europäischen Länder seien der NATO (und implizit den USA) die nicht geleisteten Ausgaben der letzten Jahre schuldig. Der Verweis auf ein „Schuldenkonto“, wie von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen abgelehnt, mag zwar für NATO-Partner irritierend wirken, doch entspringt diese Forderung seiner transaktionalen Denkweise.⁸ Der Verdross über Trumps Rhetorik täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass er zu Recht Europas fortwährende Versäumnisse anprangert. Von den 28 NATO-Mitgliedern erreichten 2016 nur fünf Staaten das in Wales nochmals bekräftigte Ziel, 2 % des BIPs für die Verteidigung zu verwenden. Neben den USA waren dies Griechenland, Großbritannien, Estland und Polen. In der Summe offenbart sich das Missverhältnis: 2016 kamen die USA allein für 68,2 % der aggregierten

Allianz-Verteidigungsausgaben auf, die Europäer zusammen lediglich für 29,7 %. Damit geht auch einher, dass die USA materiell weitaus mehr Equipment und Infrastruktur beisteuern, ohne die ihre Partner handlungsunfähig wären. Trotz einer positiven Trendwende in den europäischen Verteidigungsausgaben nach Jahren schrumpfender Etats muss Europa wesentlich mehr in die eigene Sicherheit investieren.

Europa muss **MEHR** in die eigene Sicherheit investieren.

Mehr Engagement in der Terrorismusbekämpfung

Das zweite von Trump kritisierte Versäumnis der NATO-Partner ist das in seinen Augen ungenügende Engagement in der Terrorismusbekämpfung. So begründete er sein desolates Urteil über die NATO mit dem Verweis auf den Terrorismus: „I think NATO's obsolete. [...] NATO doesn't discuss terrorism. NATO's not meant for terrorism. NATO doesn't have the right countries in it for terrorism.“⁹ Zwar hatte auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ein größeres Engagement der NATO im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus gefordert, doch verkannte Trump in seiner Einschätzung die bereits erbrachten Leistungen des Bündnisses auf diesem Gebiet. So wurde nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erstmals der Bündnisfall ausgerufen. In der Folgezeit führte die NATO die mehrjährige Inter-

Trumps außenpolitische Strategie folgt nicht mehr der **ORDNUNGSPOLITISCHEN** Rolle der USA.

national Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan und übernimmt auch gegenwärtig die Leitung der Folge-mission Resolute Support. Im Mittelmeerraum erfüllt sie im Rahmen der Operation Sea Guardian Aufgaben der maritimen Sicherheit zur Terrorismusbekämpfung. Im Kampf gegen den IS hatte man sich vor Trumps Antritt in der Allianz auf die Durchführung von Trainingsmissionen für irakische Sicherheitskräfte geeinigt sowie auf institutionelle Anpassungen (z. B. Errichtung eines Lage- und Koordinierungszentrum in Neapel) und operative Unterstützungsleistungen der Globalen Koalition gegen den IS (z. B. AWACS-Einsätze).

Eine gewisse Kontinuität

Mit „America First“ hat zweifelsfrei ein neuer diplomatischer Ton Einzug in Washington gehalten, doch gilt zu bedenken, dass der befürchtete US-Rückzug aus Europa trotz Trumps Rhetorik noch nicht erfolgte. Die USA halten bislang an ihren Unterstützungsleistungen für Polen und das Baltikum, die als Antwort auf die Ukraine-Krise 2014 mit dem NATO Rapid Action Plan (RAP) vereinbart wurden, fest. So stellen die USA in Polen seit Anfang 2017 bis zu 4.000 Soldaten auf Rotationsbasis als Rückversicherung für die osteuropäischen Verbündeten und zugleich als Abschreckungsmaßnahme gegenüber Russland. Der bereits vorgestellte Haushaltsentwurf für das Fiskaljahr 2018 erhöht zudem das Budget für die European Reassurance Initiative (ERI), die für die verstärkte militärische US-Präsenz in Europa von Präsident Obama initiiert wurde. Anstelle der für 2017 veranschlagten \$3,4 Mrd. sollen nach Trumps Budget mit \$4,8 Mrd. rund 40% mehr für das US-Engagement in Europa zur Verfü-

Noch besteht auch unter Trump **KONTINUITÄT** bezüglich der europäischen Sicherheitspolitik.

gung stehen.¹⁰ Diese Budgetplanungen können somit als bisher stärkstes Bekenntnis zur transatlantischen Sicherheitskooperation gedeutet werden.¹¹

Auch im Falle Russlands ist der befürchtete Schulterchluss zwischen Präsident Trump und Wladimir Putin auf Kosten der Ukraine bislang nicht erfolgt. Vor einiger Zeit verschärfte der Kongress die Sanktionen gegenüber Russland. Darüber hinaus lässt die gegenwärtige Diskussion um mögliche Verbindungen zwischen Trumps Wahlkampfteam und Russland eine amerikanisch-russische Annäherung bis auf Weiteres unwahrscheinlich erscheinen. Diese Kontinuität zugunsten der europäischen Sicherheit ist in erster Linie auf Trumps Berater, v. a. die Generäle Mattis, McMaster und Stabschef John Kelly, zurückzuführen, die als erfahrenes Korrektiv auf politische Entscheidungen einwirken.¹² Allerdings sollten sich die europäischen Partner mit Blick auf Trumps teils erratischen Führungsstil nicht dauerhaft darauf verlassen.

Herausforderungen an die transatlantische Sicherheitskooperation

Während Amerikas NATO-Engagement unverändert bleibt, sind die europäischen Verbündeten angesichts der Unberechenbarkeit Trumps um Schadensbegrenzung bemüht. In der Terrorismusbekämpfung kam man der Forde-

rung nach mehr Engagement entgegen. Beim letzten NATO-Treffen in Brüssel wurde auf Drängen der Trump-Administration der formale Beitritt der NATO zur inzwischen 73 Nationen starken Globalen Koalition gegen den IS verkündet, obgleich sich alle NATO-Mitgliedsstaaten ohnehin schon individuell in die Koalition einbrachten und v. a. Deutschland und Frankreich diesem Schritt skeptisch gegenüberstanden. Zwar kann der symbolische Beitritt der NATO, denn sie wird weder eine Führungsrolle übernehmen noch sich an Kampfeinsätzen beteiligen, durchaus als Signal transatlantischer Geschlossenheit gewertet werden. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Vertrauenskrise die transatlantische Sicherheitskooperation gefährdet.

Globaler Vertrauensverlust

Angesichts der relativen Kontinuität der US-Außenpolitik gegenüber Europa ist die Verunsicherung der europäischen Partner die weitreichendste Konsequenz der noch jungen Trump-Präsidentschaft. Die potenzielle Abkehr von Amerikas außenpolitischen Traditionslinien hat bereits messbare Folgen. Dem Pew Research Center zufolge ist das Vertrauen in den Partner USA unter Trump weltweit gesunken. Am Ende seiner Präsidentschaft vertrauten ca. 64 % der Befragten Präsident Obama, die richtigen Entscheidungen in der internationalen Politik zu treffen. Nur 22 % der Befragten setzen diese Hoffnung auf Donald Trump. Besonders eklatant ist die Perzeptionsänderung in Deutschland (Obama: 86 %, Trump: 11 %). Die negative Wahrnehmung Trumps spiegelt sich auch im drastischen Ansehensverlust der USA wider. Zum ersten Mal in nahezu zehn Jahren betrachten europäische

Länder wie Frankreich, Deutschland, Polen, Spanien und Großbritannien die USA negativ. Im Schnitt haben heutzutage 52 % der Befragten dort ein schlechtes Bild – im Vergleich zum Vorjahr ein nahezu umgekehrtes Resultat (positiv: 61 %, negativ: 26 %).¹³

Die Auswirkungen derartiger Soft Power-Einbußen sollten nicht unterschätzt werden. So warnte Nye bereits 2002: „[D]ie neuen Unilateralisten, die uns drängen, unsere Macht im Interesse selbst definierter globaler Ziele ungeniert auszunutzen, vertreten ein Konzept, das unsere weiche Macht aushöhlt und andere Akteure in Koalitionen treibt, die letztendlich unsere harte Macht beschränken werden.“¹⁴ Das nüchterne Resümee im Truderinger Bierzelt von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Trumps erster Europareise attestiert den bereits eingetretenen Vertrauensverlust: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein bisschen vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“¹⁵

Während sich in Europa der Eindruck verdichtet, dass die USA ihre globale Führungsrolle nicht mehr ausfüllen wollen, bietet sich mit China ein potenzieller Partner an, der das geopolitische Vakuum, das ein Rückzug Amerikas hinterlassen würde, nur allzu gerne ausfüllen würde. Obgleich bei näherer Betrachtung augenscheinlich wird, dass die Volkrepublik keineswegs ein den

Das Vertrauen in den Partner USA ist weltweit spürbar **GESUNKEN**.

USA qualitativ gleichwertiger Partner für Europa wäre, kommt es nicht von ungefähr, dass Brüssel beim letzten EU-China-Gipfel Anfang Juni 2017 eine intensivere europäisch-chinesische Zusammenarbeit in den Bereichen Handels- und Klimapolitik anvisierte.¹⁶

Europäische Reaktion: Mehr sicherheitspolitische Verantwortung

Im Bereich der Sicherheitspolitik fördern die offenen Zweifel an der Verlässlichkeit der USA indes den Prozess einer notwendigen Emanzipation. Dies äußert sich zum z.B. darin, dass die europäischen (und kanadischen) NATO-Mitglieder ihre Verteidigungshaushalte 2017 schneller als erwartet erhöhen. Nach einer Wachstumsrate von 3,3 % 2016 wird in diesem Jahr eine nochmals größere Steigerung um 4,3 % erwartet.¹⁷ Auch institutionelle Weichen werden gestellt. Während der bevorstehende Brexit die hinreichenden Rahmenbedingungen für eine vertiefte Integration in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik schafft – ein vehementer Gegner einer solchen Intensivierung fällt schließlich weg, liefert die Trump-Präsidentschaft die notwendige Motivation. Selbst osteuropäische EU-Partner, die sich in verteidigungspolitischen Fragestellungen immer zuerst auf die NATO berufen, sind gegenüber einem Ausbau der Kooperation im Rahmen der EU nun aufgeschlossener. Daher richtet die EU-Kommission nach Jahren der Debatte einen Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) ein, um die Entwicklung von europäischen Rüstungsprojekten zu fördern und deren Koordination zur Vermeidung von Doppelungen zu verbessern. Dieser Schritt, der bereits als „stille Revolution“ bezeichnet wird, sieht zwei Bereiche vor: Forschung sowie Entwicklung und Beschaffung.¹⁸

EUROPA unternimmt Schritte in Richtung strategischer Autonomie.

Der Förderungsfonds für Forschung soll bis Ende 2019 rund € 90 Mio., ab 2020 500 Mio. € jährlich zur Verfügung stellen. Für Entwicklung und Beschaffung sollen in den Jahren 2019 und 2020 insgesamt 500 Mio. € verfügbar sein, danach 1 Mrd. € pro Jahr.¹⁹

Weitere institutionelle Vorstöße umfassen die Einrichtung eines militärischen Planungs- und Durchführungsstabs im Bereich des Krisenmanagements sowie die Wiederbelebung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), die bereits im Vertrag von Lissabon angedacht wurde und eine freiwillige Kooperation unter Mitgliedsstaaten institutionalisieren soll. Hinzu kommen nationale Initiativen. Nach der Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten gehen er und Bundeskanzlerin Merkel mit der Absicht voran, einen europäischen Kampffjet unter deutsch-französischer Führung zu entwickeln.

Natürlich wird Europa trotz dieser Vorstöße noch auf unbestimmte Zeit von den USA abhängig sein. Stets wird von EU-Seite auch die Komplementarität der tieferen Zusammenarbeit zur NATO betont. Dennoch stellen diese Entwicklungen einen wichtigen Schritt in Richtung strategischer Autonomie dar.

Unvereinbarkeit von „America First“ und europäischen Strategien?

Eine stärkere Position der europäischen Verbündeten ist in zweierlei Hinsicht

von Vorteil. Zum einen kann Europa so den USA demonstrieren, ein fähiger und wünschenswerter Partner zu sein, zum anderen ermöglicht dies eine selbstbewusstere Haltung in transatlantischen Konflikten, die sich aus der „America First“-Politik ergeben können. Während Dispute im handelspolitischen Kontext aufgrund der jüngsten protektionistischen Drohgebärden offensichtlich erscheinen, könnte die Unvereinbarkeit von „America First“-Grundsätzen und europäischen Lösungsstrategien auch die transatlantische Sicherheitskooperation lähmen.

Abgesehen von unterschiedlich gewichteten Prioritäten bergen die strategischen Änderungen der USA gerade im von Trump als prioritär eingestuften Bereich der Terrorismusbekämpfung Konfliktpotenzial. Denn zum einen setzt die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus einen kooperativen Ansatz voraus, der nur schwer mit der Skepsis gegenüber multilateraler Kooperation vereinbar ist. Angesichts der globalen Interdependenz kann auch die Supermacht USA terroristische Bedrohungen nicht im Alleingang abwenden. Zum anderen deuten finanzielle Einsparungen und taktische Änderungen, z.B. die Verschärfung der Militäroperationen gegen den IS mit höheren zivilen Opferzahlen oder die Lockerung der unter Obama eingeführten Richtlinien für Drohneinsätze darauf hin, dass der Fokus auf militärischen Optionen anstelle von nachhaltigen, umfassenden Lösungsansätzen liegt. In der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus, dem neben der Zerschlagung seiner Strukturen auch der Nährboden für weitere Anhänger genommen werden muss, ist militärische Dominanz allein nur bedingt zielführend.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Bereits in der Vergangenheit gab es Meinungsverschiedenheiten auf beiden Seiten des Atlantiks, die das transatlantische Verhältnis zerrütteten (vgl. Irakkrieg 2003). Das Verhältnis von Präsident Trump zu Europa im Kontext von „America First“ birgt allerdings ein Novum. Noch nie stellte ein US-Präsident den Wert transatlantischer Sicherheitskooperation in Frage. Noch nie bezweifelte man daraufhin in Europa so offenkundig die Verlässlichkeit der USA. Merkels Truderinger Bierzeltrede wird daher in der internationalen Presse als „potenziell seismische Verschiebung“ in den Transatlantischen Beziehungen diskutiert.²⁰ Um einen nachhaltigen Schaden in den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen zu verhindern, sind in erster Linie die Europäer gefordert. Entwicklungen in den USA und geopolitische Trends sprechen dafür, dass sich die europäischen Verbündeten langfristig auf eine neue Balance innerhalb der NATO einstellen müssen, unabhängig davon wie lange Trump tatsächlich im Amt bleibt.

Allgemein ist Europas politischen Entscheidungsträgern zu einer „strategischen Geduld“ zu raten, ohne den Blick für das Wesentliche zu verlieren. Nicht jeder Tweet von Präsident Trump ist die Aufmerksamkeit wert, die er in der medialen Debatte bekommt. Angesichts der Überflutung mit Schlagzeilen

Europas politische Entscheidungsträger benötigen **STRATEGISCHE** Geduld.

aus dem Weißen Haus gilt es, die relevanten Inhalte zu identifizieren und von reiner Symbolpolitik zu unterscheiden. Kurzfristig müssen die Europäer eine Gratwanderung meistern. Zum einen müssen sie Trump die Bewährtheit und geostrategischen Vorteile einer starken NATO nahebringen. Dies kann mit Verweis auf die Nutzungsmöglichkeiten ausländischer Militärbasen erfolgen oder unter monetären Gesichtspunkten. Die RAND Corporation ermittelte, dass die USA mit jährlichen wirtschaftlichen Verlusten in Höhe von \$ 490 Mrd. rechnen müssten, sollten sie ihr globales sicherheitspolitisches Engagement, das die Stabilität der US-Handelsbeziehungen fördert, auch nur um die Hälfte reduzieren.²¹ Zum anderen müssen die europäischen Staaten bereit sein, geschlossen und selbstbewusst auf Konflikte mit den USA zu reagieren, die die gemeinsame Wertebasis in Frage stellen.

Langfristig müssen die europäischen Partner einen Emanzipationsprozess zur Stärkung von Europas Sicherheitsarchitektur durchlaufen. Es bedarf eines konsequenten Ausbaus der eigenen Kapazitäten, der in einen gesamteuropäischen Planungsprozess eingebettet ist. Bestehende Fähigkeiten müssen durch eine bessere Koordination effizienter eingesetzt und deren Interoperabilität durch eine Harmonisierung rüstungspolitischer Standards sichergestellt werden. Die Errichtung des EVF sowie zwischenstaatliche Initiativen sind wichtige erste Schritte, jedoch bei Weitem noch nicht ausreichend. Zugleich ist es für Europa notwendig, die eigene sicherheitspolitische Rolle jenseits einer US-Führungsrolle zu definieren. Unter Trump wird deutlich, dass die transatlantischen Prioritäten zunehmend differieren – ein Trend, der sich aufgrund des Generatio-

Die USA werden sich **ZUKÜNFTIG** überwiegend auf sich selber fokussieren.

nenwandels ohne Zutun fortsetzen wird. Erschwerend hinzu kommt die immense innenpolitische und gesellschaftliche Spaltung der USA. Es ist zu erwarten, dass die amerikanische Strategiefähigkeit und Engagementbereitschaft aufgrund der Fokussierung auf interne Problemstellungen zurückgehen wird.

Um der Allianz neuen „Kitt“ zu verleihen, sollte ein neues transatlantisches Projekt erschlossen werden, das die fortwährende Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für beide Seiten greifbar macht. Trumps Unbeliebtheit fördert die Bildung von Gegenarrativen, die gerade in Wahlkampfzeiten von Entscheidungsträgern instrumentalisiert werden, um manch Amerika-kritischen Wähler anzusprechen. Mehrinvestitionen in die Verteidigung werden oftmals als Appeasement gegenüber Präsident Trump dargestellt, ohne auf die Notwendigkeit von mehr europäischer Eigenverantwortung zu verweisen.²² Derartige Taktiken unterminieren jedoch die strategische Bedeutung einer gesunden sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den USA und Europa. Stattdessen sollte auf beiden Seiten des Atlantiks die Zivilgesellschaft in den sicherheitspolitischen Diskurs eingebunden werden, um sie mit den Umbrüchen im sicherheitspolitischen Umfeld und den neuen Erfordernissen vertraut zu machen. Angesichts von Europas Abhängigkeit und des Krisenringes, der es umzieht, kann die

Initiative für ein neues transatlantisches Projekt nur bei den europäischen Verbündeten liegen. Bereits diskutierte Vorstöße (z. B. Marshall-Plan mit Afrika) könnten unter sicherheitspolitischen Aspekten auch für Trump ein attraktives Angebot darstellen. ///



/// ANDREA ROTTER M.A.
arbeitet im Forschungsmanagement der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München, mit den Forschungsschwerpunkten Transatlantische Beziehungen und deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Anmerkungen

- ¹ Fischer, Joschka: Das Ende des Westens, in: Süddeutsche Zeitung, 12.12.16, <http://www.sueddeutsche.de/politik/transatlantische-verbundenheit-das-ende-des-westens-1.3289483>, Stand: 28.7.17.
- ² Drezner, Daniel: Who Benefits from Bannons Economic Nationalism?, in: The Washington Post, 8.2.17, https://www.washingtonpost.com/posteverything/wp/2017/02/07/who-benefits-from-bannons-economic-nationalism/?utm_term=.e3f5313b360d#comments, Stand: 31.7.17.
- ³ America First Foreign Policy, The White House of President Donald J. Trump, <https://www.whitehouse.gov/america-first-foreign-policy>, Stand: 26.7.17.
- ⁴ A New Foundation for American Greatness – Budget of the U.S. Government, Fiscal Year 2018, 23.5.17, http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/06/27162930/PG_2017.06.26_US-Image-Report_Full-Report.pdf, Stand: 25.7.17.
- ⁵ McMaster, H.R. / Cohn, Gay: America First Doesn't Mean America Alone, in: The Wallstreet Journal, 30.5.17, <https://www.wsj.com/articles/america-first-doesnt-mean-america-alone-1496187426>, Stand: 26.7.17.
- ⁶ Nye, Joseph: Das Paradox der amerikanischen Macht – Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg 2003, S. 32.
- ⁷ Tracking How Many Key Positions Trump Has Filled So Far, in: The Washington Post, 3.8.17, [tics/trump-administration-appointee-tracker/database/, Stand: 7.8.17.](https://www.washingtonpost.com/graphics/poli-

</div>
<div data-bbox=)

⁸ Von der Leyen, Ursula: NATO hat kein Schuldenkonto, in: Süddeutsche Zeitung, 19.3.17, <http://www.sueddeutsche.de/politik/nato-beitraege-von-der-leyen-nato-ha-kein-schuldenkonto-1.3426706>, Stand: 7.8.17.

⁹ „This Week“ Transcript: Donald Trump and Sen. Bernie Sanders, in: abc News, 27.3.17, <http://abcnews.go.com/Politics/week-transcript-donald-trump-sen-bernie-sanders/story?id=37949498>, Stand: 7.8.17.

¹⁰ A New Foundation For American Greatness.

¹¹ Herszenhorn, David: NATO Cheers Trump's Military Budget, in: Politico, 24.5.17, <http://www.politico.eu/article/nato-donald-trump-military-spending-cheers-military-budget-jens-stoltenberg/>, Stand: 30.5.17.

¹² Fehrnstrom, Eric: The Generals Come To Trump's Rescue, in: The Boston Globe, 14.4.17, <https://www.bostonglobe.com/opinion/2017/04/12/the-generals-come-trump-rescue/Zp92mJ28M0rdzaG5mbMfiM/story.html>, Stand: 31.5.17.

¹³ U.S. Image Suffers as Publics Around World Question Trump's Leadership, Pew Research Center, 26.6.17, http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/06/27162930/PG_2017.06.26_US-Image-Report_Full-Report.pdf, Stand: 25.7.17.

¹⁴ Nye: Das Paradox der amerikanischen Macht, S. 203.

¹⁵ Enormer Wandel der politischen Rhetorik, in: FAZ, 29.5.17, <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/rede-von-angela-merkel-so-reagieren-die-medien-15037304.html>, Stand: 7.8.17.

¹⁶ Müller, Henrik: Willkommen in Chinopa, in: Spiegel Online, 28.5.17, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-und-china-ruecken-zusammen-wegen-donald-trump-a-1149515.html>, Stand: 8.8.17.

¹⁷ Birnbaum, Michael / Gibbons-Neff, Thomas: NATO Allies Boost Defense Spending in the Wake of Trump Criticism, in: The Washington Post, 28.6.17, https://www.washingtonpost.com/world/nato-allies-boost-defense-spending-in-the-wake-of-trump-criticism/2017/06/28/153584de-5a8c-11e7-aa69-3964a7d55207_story.html?utm_term=.960123a6db81, Stand: 7.8.17.

¹⁸ Major, Claudia / Lohmann, Amélie: Die stille Revolution in Europas Verteidigungspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, 17.7.17, <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/die-stille-revolution-in-europas-verteidigungspolitik/>, Stand: 8.8.17.

¹⁹ A European Defense Fund, The European Commission, 7.6.17, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1508_en.htm, Stand: 7.8.17.

²⁰ Smale, Alison / Erlanger, Steven: Merkel, After Discordant G-7 Meeting, Is Looking Past Trump, in: New York Times, 28.5.17, https://www.nytimes.com/2017/05/28/world/europe/angela-merkel-trump-alliances-g7-leaders.html?_r=1, Stand: 31.5.17.

²¹ Egel, Daniel et. al.: Estimating the Value of Overseas Security Commitments, RAND Corporation, 09/16, https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR518.html, Stand: 8.8.17.

²² Sauerbrey, Anna: Germany Joins the Resistance, in: The New York Times, 7.8.17, <https://www.nytimes.com/2017/08/07/opinion/german-politicians-cool-merkel.html>, Stand: 8.8.17.

/// Handelsbeziehungen unter Trump

ZEIT ZU HANDELN!

CLAUDIA SCHLEMBACH /// Donald Trump bleibt mit seinem impulsiven Verhalten und seinem chaotischen Führungs- und sehr rustikalen Kommunikationsstil auch nach der Wahl ganz er selbst. Viele Experten hofften, dass das Amt ihn mäßigen und „zivilisieren“, ihn auf demokratische und diplomatische Gleise setzen würde, denn die Handlungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten sind von immenser Bedeutung für Staaten und Menschen. Aber die Realität zeigt anderes.

Plan und Wirklichkeit

Dennoch, und das könnte durchaus spielentscheidend sein – weite Teile der Exekutive, Judikative, der Verwaltung, Medien und auch der Zivilgesellschaft machen trotzdem ihren Job. Ausgebildete und erfahrene Experten sowie engagierte Bürger wie etwa die Initiative „Americans for Affordable Products“¹, die jenseits der Tweets, Tiraden und der präsidentiellen Ungeschicktheit agieren, kümmern sich darum, dass neuralgische Pfeiler in den unterschiedlichen Politikfeldern am Leben bleiben. Sie warten die Nachhaltigkeit der präsidentiellen Aussagen ab, handeln ggfls. auch konträr dazu und reagieren vor allem nicht auf (Twitter-)Anweisungen, die heute erklären, die NATO sei obsolet, und am nächsten Tag zwitschern, sie sei selbstverständlich nicht obsolet. Sie halten an den demokratischen Regeln

und Grundpfeilern internationaler Zusammenarbeit fest und sind vor allem loyal ihrer eigenen Institution und ihrem Land gegenüber. Der Fels in der Brandung sind die pro-amerikanische

Trumps **CHAOTISCHER** Führungsstil fordert Staat, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Gesinnung, der Anstand vieler Akteure und das tiefere Verständnis politischer Zusammenhänge, insbesondere im außenpolitischen bzw. internationalen Bereich.



... made in America? Die Präsidentengattin Melania Trump setzt bei ihren modischen Statements wie hier im Mai auf dem G7-Gipfel lieber auf italienische Couture.

Quelle: picture alliance / AP Photo

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)

Das ist auch in der Handelspolitik erkennbar. Donald Trump hat im Wahlkampf gepolt, dass er mit dem Rasenmäher über handelspolitische Auswüchse fahren werde, und diese sah er nahezu überall. NAFTA, das „schlechteste Freihandelsabkommen überhaupt“, sollte spätestens an seinem hundertsten Tag im Amt gekündigt werden. Dafür war bereits alles vorbereitet. Er erklärte: „Ich habe mich darauf gefreut, das zu beenden. Ich wollte es tun.“ Offenbar aber waren es Handelsminister Wilbur Ross und Landwirtschaftsminister Sonny Perdue, die den Präsidenten dazu brachten, auf die Kündigung zu verzichten und stattdessen neue Verhandlungen anzusetzen. Perdue soll eine Karte mit ins Weiße Haus gebracht haben, die aufzeigte, dass vor allem die Staaten, die Trump gewählt hatten, von einer Kündigung des Vertrages negativ betroffen wären. Darauf reagierte der selbsternannte Dealmaker in einem Interview mit der Washington Post wiederum so: „Der Austritt aus NAFTA wäre ein Schock für das System.“²

Grenzzölle / Border Adjustment Tax

Die angekündigten Grenzzölle Border Adjustment Tax (BAT) von bis zu 35 %, etwa für BMW-Exporte von Mexiko nach Amerika, sind bis heute Theorie geblieben. Betroffen wären davon vor allem Unternehmen mit geringen Wertschöpfungsanteilen in den USA selbst, sprich solche, die dort nicht produzieren. Das Repräsentantenhaus zeigt keine Neigung, einer BAT zuzustimmen, und im Senat sind sich die Republikaner alles andere als einig. „Americans for Affordable Products“, wohinter über 100 Firmen und Handelsvereinigungen

stehen, sind gegen BAT, mit dem Hinweis, dass dies zu höheren Verbraucherpreisen führen würde.³ Kritiker sehen darin ohnehin weniger ein handelspolitisches Moment als einen Weg, die Staatseinkünfte zu erhöhen, um den Wachstumsvorstellungen des Präsidenten zu entsprechen.⁴ Mittlerweile hat sich Trump offenbar selbst von den Plänen distanziert.⁵

Freihandel und Welthandelsorganisation

Beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 stellte sich Trump zwar ostentativ gegen das Klimaabkommen, nicht aber gegen das Bekenntnis zum Freihandel. Die Vereinigten Staaten unterzeichneten das Papier, in dem Protektionismus und unfaire Handelspraktiken abgelehnt werden, wenngleich die Definition dessen, was faire Handelspraktiken sind, auch hier relativ nebulös bleibt. Die Unterschrift war aber keinesfalls eine Selbstverständlichkeit, denn Anfang März hatte die Trump-Administration die 336-seitige „2017 Trade Policy Agenda“ an den Kongress geschickt, in dem es in dem Kapitel „The President’s Trade Policy Agenda“ darum geht, die „America first“-Parole hinsichtlich der wirtschaftlichen Vorstellungen des Präsidenten anzuwenden. Die wichtigste Ansage ist, dass die Verteidigung nationaler Souveränität Vorrang vor der Handelspolitik hat und damit nicht den Entscheidungen der Welthandelsorganisation (WTO) entsprechen muss. Das ist im Grundsatz nichts Neues, denn die Regelungen der WTO haben nur dann Gültigkeit, wenn sie durch nationale Gesetze beschlossen werden. Neu aber ist die Aggressivität, mit der der nationale Kontext vor einen kooperativen Ansatz geschoben wird.

Dabei ist es für eine große wirtschaftliche Macht wie die USA durchaus machbar, als Regelbrecher aufzutreten und quasi mit einem Austritt aus der WTO zu drohen. In der Quintessenz wäre ein solches Vorgehen aber auch für Amerika ein echtes Problem. Denn letztlich ist die WTO ein Schutzschild, unter dem die 164 Mitglieder sich an vereinbarten Regelungen wie etwa gemeinsame Zollsätze orientieren. Eine völlige Abkehr davon wäre der Schritt in ein Chaos, denn die WTO steht nicht nur für eine Liberalisierung des Welt Handels, sondern strukturiert und regelt das System auch, wodurch es Sicherheit und Stabilität bekommt.

Der Austritt Amerikas aus der WTO hätte **FATALE** Folgen für alle Beteiligten.

Dass die Trump-Administration inzwischen nicht mehr von einem Austritt aus der WTO spricht, sondern sich auf die von der WTO legitimierten handelspolitischen Schutzzölle konzentriert, lässt vermuten, dass eine Abkehr von den globalen Prinzipien, zumindest derzeit, nicht weiter verfolgt wird. Da aber auch die G20-Erklärung weder genaue Angaben dazu macht, was sie unter „fairer Handel“ versteht, noch darüber, was legitime Schutzzölle sind, scheinen hier Konflikte vorprogrammiert zu sein. Dumping und Subventionen, beides Instrumente, um den fairen Ausgleich respektive faire Wettbewerbsbedingungen

zwischen den Handelspartnern zu unterlaufen, kann mit Schutzmaßnahmen begegnet werden. Sowohl die USA als auch die EU nutzen diese Möglichkeit sehr intensiv. Pro Jahr sind rund 500 Anti-Dumping-Untersuchungen bei der WTO anhängig und immer wieder gab und gibt es dabei Unstimmigkeiten über Berechnungsmethoden, auch schon in der Zeit vor Trump.

Zölle zum Schutz der nationalen Sicherheit stehen somit konsequenterweise bei Trump und seinem Team sehr weit vorne auf der handelspolitischen Agenda und korrelieren mit dem auch für die einheimische Industrie geltenden „America first“-Anspruch. Die Schutzfunktion von Zöllen war und ist aber umstritten. Aktueller Fall ist gerade die Stahlproduktion. Derzeit trägt China etwa die Hälfte des weltweiten Handels mit Rohstahl. Die USA sehen darin eine Benachteiligung ihrer Industrie und befürchten Dumpingpreise, die die eigene Industrie in die Knie zwingen könnten. Trump hat deshalb seine Minister aufgefordert zu prüfen, ob mit den Stahlimporten die nationalen Interessen Amerikas bedroht werden. Wäre das der Fall, dürften die USA im Rahmen der WTO legitimierte Gegenmaßnahmen ergreifen. Aber bereits jetzt haben Wirtschaftsunternehmen Bedenken angemeldet und darauf hingewiesen, dass von solchen Zöllen aufgrund der internationalisierten Wertschöpfungskette auch die einheimische Industrie negativ betroffen sein würde, und sie warnen vor Nachahmungseffekten. Dies befürchtet ebenso die deutsche Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries⁶ und unter den Kritikern findet sich auch das amerikanische Verteidigungsministerium⁷. Das „Stahl“-Thema stand auch raumgreifend auf der Agenda der G20-Verhand-

lungen, aber an einer konsensualen Lösung wird noch gearbeitet. Im November 2017 sollen Vorschläge dazu präsentiert werden. Ob Trump so lange warten will oder politisch gesehen warten kann, bleibt abzuwarten.

Für Trump hat nationale Souveränität VORRANG bei der Handelspolitik.

Handelsbilanzungleichgewichte

Eine gewisse Lernfähigkeit hat Trump bei einem seiner Lieblingsthemen, den Handelsbilanzungleichgewichten, gezeigt. China und Deutschland stehen ja abwechselnd an erster und zweiter Stelle in Sachen Leistungsbilanzüberschuss und sind somit Exportweltmeister bzw. Vizeexportweltmeister. Trump hat im Wahlkampf viel Zuspruch für die Argumentation gefunden, dass die USA als Land mit Handelsbilanzdefiziten von den ausländischen Industrien geschädigt werde und dass man diesem „unfairen Vorgehen“ entgegenwirken könne, indem man einfach die Importe verringere, z. B. durch Zölle. Mit unfair meinte er u. a. Währungsmanipulationen der beiden größten Überschussländer. Aber anstatt die Chinesen, wie im Wahlkampf angekündigt, nun als Wechselkursfälscher zu brandmarken, erklärte er im Zusammenhang mit dem Nord-Korea-Konflikt: „Die Chinesen sind keine Währungsmanipulatoren.“⁶ Auch gegenüber Deutschland ließ er Milde walten, nachdem ihm sowohl die Bundeskanzlerin als auch Finanzminister

Schäuble sehr eindringlich erklärt hatten, dass Deutschland keine Währungspolitik betreibe, weil die Kompetenzen dafür ausschließlich bei der EU lägen. Es scheint, dass diese Facette des Konflikts damit weitgehend von der Agenda genommen wurde.

Für die Exportstärke spielen neben dem Preis der Produkte auch Qualität, Image, Design, Innovationsgrad und Technologie eine wichtige Rolle. Wenn Donald Trump beklagt, dass es so wenig Chevis in Deutschland und so viele BMWs in Amerika gäbe, dann haben darüber in erster Linie ja die Konsumenten entschieden. Aber auch hier kann ein wenig Statistik Klarheit bringen. Zum einen gehört Chevrolet zum General Motors-Konzern, der den Chevi in Deutschland nicht offensiv bewirbt, dafür aber mit der dazugekauften Marke Opel durchaus auch im deutschen Markt punktet. Zum anderen rangieren deutsche Autos in den USA an dritter Stelle im Gesamten der Autoimporte.

Trotzdem bleibt natürlich die Tatsache, dass Deutschland gegenüber den USA 2016 einen Überschuss von 49 Milliarden Euro aufwies und es ist in der Wahrnehmung von Trump daher konsequent, dass er sein Wirtschaftsministerium via „Executive Order“ beauftragte, die Handelspraktiken der US-Partner genau zu untersuchen. Auf dem G7-Gipfel in Taormina wurde nun beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich explizit mit dem Leistungsbilanzüberschuss auseinandersetzen soll. Unabhängig davon sollte gerade Deutschland versuchen, die Geldströme, die dem Warenexport gegenüber stehen, in innovative Projekte zu investieren.

Als erstes Fazit bleibt festzuhalten: Das sehr dezidierte und harsche Vor-

gehen des Präsidenten auf der handelspolitischen Ebene wurde ein ganzes Stück zurückgefahren. Das liegt sicher zum einen daran, dass sich nach und nach zeigte, dass der internationale Handel kein Nullsummenspiel nach dem Motto „Wenn Du mehr exportierst, dann bestrafe ich Dich, damit das Ganze wieder ausgeglichen ist“ darstellt. Handel ist kein einfaches Ursache-Wirkungs-Geflecht. Die USA werden die massiven Vernetzungen, die auf ganz verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Ausprägungen bestehen, nicht mit einseitigen und drastischen Maßnahmen lösen können. Bis jetzt hat sich Amerika nicht vom Grundkonsens ökonomischer Erkenntnisse verabschiedet. Trotzdem bleiben die Vorbehalte des Präsidenten und seines Stabes, ein Mosaik von Annahmen, weiter bestehen. Dieses sollte man sich genau ansehen, um zu verstehen, was Trump und seine Gefolgschaft anleitet und was die Exekutive zu verhindern weiß.

Vulnerabilität verbietet Alleingänge

Die gegenseitige Abhängigkeit im Handelsbereich ist massiv und macht alle Beteiligten auf unterschiedlichste Art verletzlich. Diese Vulnerabilität verbietet den rationalen Akteuren handelspolitische Alleingänge. Bisher ist es gelungen, Trump den Bumerangeffekt seiner

Die hohe gegenseitige ABHÄNGIGKEIT verbietet rationalen Akteuren Alleingänge.

protektionistischen Pläne zu verdeutlichen.

Manche Vernetzungen sind bereits so in unserem Selbstverständnis verankert, dass wir die Widersprüche im Denken und Handeln nicht mehr so einfach erkennen können. Im Bereich der Trumpschen „Buy American, hire American“-Politik ist es dann schon ein Zeichen von Reflexion, dass der Präsident bei der Präsentation dieses Prinzips einen amerikanischen Hut und nicht wie gewöhnlich sein „America First-Cap!-Made in China“ trägt. Wahrscheinlich blendet er die tatsächlichen Vernetzungen und Regeln des Wettbewerbs für einen möglicherweise höheren Sinn seines Konzeptes aus.

Dass Nebensächlichkeiten in den Blickpunkt geraten, sich Gazetten z. B. überschlagen, weil Melania Trump eine 50.000 Euro teure Haute-Couture-Jacke von Dolce & Gabbana trägt, anstatt auf amerikanische Designer zu setzen, wie das etwa Michelle Obama bevorzugt tat, kann nicht unabhängig von der Aktion „Made in America“ gesehen werden. Es ist ja Donald Trump, der die Symbolik hoch hält und er wird dabei nicht nur beim Händedruck gemessen. Der Präsident spricht davon – als Republikaner eigentlich selbstredend –, dass er sich freiem Handel nicht verschließen möchte. Aber er will fairen Handel. Nun ist fairer Handel an sich ein schwieriger Begriff, den jeder aus seiner Perspektive betrachtet. Die größte Einigkeit besteht vermutlich in dem Wunsch oder der Absicht, Ausbeutung in den arbeitsintensiven Ländern zu verhindern. Und schon stellt man fest, dass Ivanka Trump, die positionlose Tochter des Präsidenten mit Büro im Weißen Haus, ihre Kleiderkollektionen, und was auch immer sie am Markt anbietet, mehrheitlich in Ban-

„Amerika First“ ist die **PAROLE** der Kleingeister in einer globalisierten Welt.

gladesh fertigen lässt. Trumps Schwiegersohn, Jared Kushner, Spross einer Immobilienfamilie und bis vor Kurzem im direkten Wettbewerb mit Steve Bannon um die Position des Chefberaters, verhandelt mit chinesischen Investoren über ein Hotelimperium und hat auch die saudischen Prinzen klar im Blick. Ökonomisch mag all das in der Diagnose wenig miteinander zu tun haben. Politisch ist es ein Zeichen für eine aktive Globalisierung, welche aber gerade Trump mit seinem „America First“ in kleingeistige Nischen zurückdrängen will.

Kritisch dabei ist, dass die Verbindungen zwischen den Staaten und Gesellschaften mittlerweile so ein Maß an Verflechtung angenommen haben, dass kein einzelner Staat, auch nicht die USA, einseitig Verbindungen kappen, auflösen oder neu interpretieren kann. Die Beziehungen sind zu eng verwoben, als dass ein einzelner Austritt möglich wäre, ohne dass es zu Benachteiligungen für die Menschen im eigenen Land käme. Die Dichte dieser Verflechtungen kann zu einer grundsätzlichen Annäherung führen, auf jeden Fall aber zu profunden Abhängigkeiten. In der Realität einer globalisierten Welt ist das bereits zu sehen. Diese Vulnerabilität ist es, die den Protektionismus zu einer anachronistischen, maximal kurzfristig wirkenden Maßnahme macht.⁹

Auslandsinvestitionen und Wertschöpfungsketten

Der hohe Anteil an Foreign Direct Investment gerade zwischen Deutschland / Europa und den USA steht für diese Verflechtung und Verletzbarkeit. Am Beispiel des Automarktes stellt sich das so dar: Im BMW-Werk in Spartanburg, South Carolina, mit 8.000 Beschäftigten wurden 2016 411.000 SUVs produziert, 70 % davon für den Export. In Chattanooga hat VW im selben Jahr 150.000 Passats gebaut. Auch 3.200, vorwiegend amerikanische Staatsbürger haben hier einen bis dato krisensicheren Job. Die schweren Strafzoll-Geschütze, die Trump zunächst gegen BMW und deren Plan, ein Werk in Mexiko zu bauen, abfeuerte, sind mittlerweile zu Strohfedern geworden. BMW wird in Mexiko weiter bauen.¹⁰ Ob und wie weit die Autoindustrie auf Trumps handelspolitische Rundumschläge damit reagiert, tatsächlich mehr in den USA zu investieren, bleibt abzuwarten.

Vulnerabilität entsteht auch durch die Globalisierung von Wertschöpfungsketten bzw. die Fragmentierung des Produktionsprozesses. Zulieferer werden in diesem Prozess zu neuralgischen Stellen, wie wir es im Bereich der Automobilindustrie beispielsweise bereits erlebt haben. Ganze Fabriken standen wegen fehlender Kleinteile still.

Sollte der Präsident seine Drohungen wahr machen und einseitige Maßnahmen ergreifen, muss er mit Gegenmaßnahmen rechnen. Die Handelspolitik bietet eine ganze Reihe an offenen, verdeckten und schikanösen Hindernissen für den freien Handel. Aber es gilt dabei, das Motto zu beachten: „Man weiß immer, womit ein Handelskrieg beginnt, aber nie, wohin er führt.“

Amerika ist ein sehr gewichtiger Handelspartner für die EU, Deutschland und Bayern. 2016 gab es 4.700 Unternehmen in den USA mit deutscher Beteiligung. Sie sorgten für 670.000 Arbeitsplätze und standen für einen Umsatz von 360 Milliarden Euro. 11,2% aller bayerischen Exporte gingen im selben Jahr in die USA. Das bedeutet Waren im Wert von 20,6 Milliarden Euro. 15% aller bayerischen Foreign Direct Investments finden sich in den USA.

Die USA sind und bleiben ein sehr **WICHTIGER** Handelspartner für Deutschland und Bayern.

Neue Akteure, neue Koalitionen

Es ist deshalb mehr als anzuraten, die Transatlantischen Beziehungen durch permanenten Austausch positiv zu unterstützen. Das heißt nicht, darauf zu verzichten, mit anderen potenziellen Partnern auch Kontakt zu suchen und engere (Handels-)Beziehungen anzugehen. Und tatsächlich sind diese Prozesse längst im Gange. Im März 2017 lud die Pazifik-Allianz (Mexiko, Kolumbien, Peru, Chile) die TPP-Länder plus China und Südkorea, aber ohne die USA ein, um über gemeinsame Handelsabkommen zu sprechen. Bis es zu einer Ratifizierung kommt, wird eine Menge Zeit ins Land gehen, aber die Absicht und Erstellung solch neuer Formen der Handelskooperation sind starke politische Signale. Auch die Mercosur-Gruppe (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Para-

guay) redet mit der Pazifik-Allianz und führt Gespräche mit Europa. Und Kuba steht für Europa ebenso auf der Liste interessanter Partner, während die USA sich hier weiter distanzieren.

In der Summe ändern diese Neuausrichtungen nicht nur das handelspolitische Gefüge, sondern auch das Spiel der Kräfte in der internationalen Politik. Insbesondere China nutzt das Zeitfenster der Trump-Regierung, die durch ihre „America first“-Politik zu einer neuen Form des Isolationismus findet, das dadurch entstehende Vakuum zu füllen. Der chinesische Präsident Xi Jinping hielt beim 47. Treffen des World Economic Forums in Davos ein Plädoyer für den Freihandel. China stehe für ein offenes und transparentes Freihandelsregime. Exklusive und bilaterale Abkommen, wie sie Trump favorisiere, lehne China ab.¹¹ Xi Jinping gab dort den „Anti-Trump“ und lud Investoren ein, durch die weit offenen chinesischen Türen zu gehen. Ob und wie weit die Europäer, Deutschen und die Bayern in China einen verlässlicheren Partner sehen können, was Standards, Transparenz und Investorenschutz angeht, bleibt eine spannende Frage.

Europa kann handeln

Bundeskanzlerin Merkel hat ausgesprochen, was viele andere Staaten ebenso sehen und für sich selbst nutzen, nämlich, dass Amerika nicht mehr der verlässliche Partner ist, der er einst war, und dass es gilt, die Augen offen zu halten und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.¹² Das ist eine neue Phase in den Beziehungen Deutschlands bzw. Europas mit den Vereinigten Staaten. Man kann davon ausgehen, dass sich das auch wieder ändern wird, und es wäre daher fahrlässig, die Situation nicht zu

nutzen, um das eigene Standing in der Welt- und Handelspolitik zu stabilisieren und auszubauen.

Denn, auch wenn die protektionistischen Kernsätze des Präsidenten seit seinem Amtsantritt zusammengeschmolzen sind, bleiben doch grundsätzliche Positionierungen bestehen, die eine weitere Emanzipation Europas mehr als sinnvoll erscheinen lassen, wie etwa

Kommentare des amerikanischen nationalen Sicherheitsberaters General H. R. McMaster und von Gary D. Cohn, dem Vorsitzenden des Nationalen Wirtschaftsrats, und nachfolgend von Constanze Stelzenmüller pointiert zusammengefasst, zeigen: „Der nationalistische Grundton wird noch schärfer. Und die Europäer werden nur gebraucht, wenn es den Interessen der USA dient.“¹³

Auch wenn Außenminister Rex Tillerson beschwichtigt und zwischen Werten und Strategien unterscheidet,¹⁴ bleibt die Notwendigkeit, auch in Worst-Case-Szenarien zu denken.

einzelnen europäischen Staaten auseinanderreißen würde, so klar wurde doch gerade durch seine Politik, dass Europa nun nach vielen Krisen wieder einen politischen Meilenstein hat, an dem es sich für alle Beteiligten lohnt zu arbeiten. Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht das, was Trump beabsichtigt. Es ist auch nicht das, was man dem internationalen Handel unbedingt wünschen sollte, denn es wäre Zeit für mehr WTO und weniger bilaterale Verträge. Aber es ist auf jeden Fall eine Chance für Europa, sich durch handelspolitisches Selbstbewusstsein und selbstverständlich auch durch neue außen- und sicherheitspolitische Konzeptionen zu einem Akteur zu entwickeln, der nicht darauf wartet, ob er gerade den Interessen der Vereinigten Staaten dient.

Es ist sicher ein positives Zeichen, dass Trump im Wahlkampf TTIP nie erwähnte, sondern immer nur von TPP und NAFTA sprach und dass der amerikanische Handelsminister Willbur Ross Interesse an einer Neuauflage von TTIP signalisierte. Europa tut gut daran, die Beziehungen zu pflegen, konstruktiv im Gespräch zu bleiben und die transatlantische Gemeinschaft hochzuhalten.

Mit dem Wissen um die eigene Potenz in Handelsfragen, dem Wissen darum, dass Trumps handelspolitische Rhetorik mit den tatsächlichen Aktionen wenig zu tun hat, und es noch im-

Abb. 1



Europa tut gut daran, sich von Amerika zu EMANZIPIEREN und gleichzeitig Partner zu bleiben.

Handelspolitisch gesehen stellt CETA hier einen Meilenstein dar, denn es vertieft die Bindung zwischen Europa und Kanada, auch wenn es dazu eine Reihe von Protesten, insbesondere in der deutschen Bevölkerung, gab. Auch der Handelsvertrag mit Japan dient einer weiteren Stabilisierung des Welt Handels und die Hinwendung zur Mercator-Gruppe stärkt die Position Europas in einem derzeit sehr dynamischen Feld internationaler Politik und Europa in seinem Findungsprozess. Aber auch Trump, wenn auch eher ungewollt, stärkt Europa mit seinem „Deal-Kapitalismus“ und seiner großen Vorliebe für bilaterale Abkommen, die ja grundsätzlich vom Stärkeren dominiert werden. Europa stellt dem Amerika Trumps ein mehr als adäquates Gegengewicht gegenüber. Mit Blick auf die globalen Warenströme zeigte sich 2013 der Handel innerhalb des Europäischen Binnenmarktes mit 4.569 Mrd Dollar als der stärkste (siehe Abb. 1, S.28) und manifestiert eine europäische Machtposition.

Und so gerne Trump dieses Momentum durch bilaterale Verträge mit den

Europas Position in Handelsfragen ist durch den BINNENMARKT stark.

mer eine ganze Reihe von amerikanischen Institutionen, Politikern und Bürgern gibt, für die ein offener und freier Handel Teil ihrer globalen Ordnung ist, verhandelt es sich leichter für Europa. ///



/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH

ist Referatsleiterin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

und sind in einer globalisierten Welt damit aktuell.

¹⁰ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/trotz-trump-bmw-haelt-an-investitionen-in-mexiko-fest-14814679.html>

¹¹ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/davos/xi-jinping-in-davos-der-anti-trump/19264278.html>

¹² <http://www.zeit.de/news/2017-05/28/deutschland-merkel-sieht-in-usa-keinen-verlaesslichen-partner-mehr-28142604>

¹³ Stelzenmüller, Constanze: Besser nicht widersprechen? Es gibt sie doch: die Trump-Doktrin. Und sie ist keine gute Nachricht für Europa, in: Internationale Politik, Juli/August 2017, Nr. 4; S. 14 ff.

¹⁴ <https://www.theguardian.com/us-news/2017/may/03/rex-tillerson-america-first-speech-trump-policy>

Anmerkungen

¹ <https://keepamericaaffordable.com/>

² https://www.washingtonpost.com/politics/i-was-all-set-to-terminate-inside-trumps-sudden-shift-on-nafta/2017/04/27/0452a3fa-2b65-11e7-b605-33413c691853_story.html?hpid=hp_hp-top-table-main_trumpchaos-910pm%3Ahomepage%2Fstory&utm_term=.f8a1593fb7ca

³ <http://www.prnewswire.com/news-releases/well-over-100-businesses--trade-associations-launch-americans-for-affordable-products-to-stop-border-adjustment-tax-300400668.html>

⁴ <http://fortune.com/2017/03/08/trump-tax-plan-flaw-bat/> The BAT is designed to broaden the U.S. tax base and raise the revenue needed to fund the Republicans' pro-growth tax agenda

⁵ <https://www.nytimes.com/2017/04/25/us/politics/orrin-hatch-trump-tax-cuts-deficit-economy.html>

⁶ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streit-um-stahl-zyprys-an-amerika-wir-haben-erhebliche-bedenken-15082684.html>

⁷ <http://www.cbsnews.com/news/trumps-steel-tariff-strategy-still-being-forged/>

⁸ <https://www.wsj.com/articles/trump-says-dollar-getting-too-strong-wont-label-china-currency-manipulator-1492024312>

⁹ Kenneth Waltz erweiterte mit dieser Kategorie die Theorie der Internationalen Politik. Die zentrale Frage dabei ist: Wann spürt der andere (ökonomischen) Druck? Keohane und Nye haben diese Stoßrichtung mit ihrem interdependenztheoretischen Ansatz und der Frage, wieviel Macht der Nationalstaat in einer interdependenten Welt hat, verstärkt

/// Der weltgrößte Bürgermeister

DONALD TRUMP UND DIE LAGE IN AMERIKA

CHRISTIAN FORSTNER /// Donald Trump ist nicht Auslöser der Krise des US-Systems, sondern ein Symptom. Die Lähmung Washingtons wird wohl bis zu den Mid-Term-Elections 2018 anhalten, danach könnten sich neue Mehrheiten herausbilden. Bei der Präsidentschaftswahl 2020 wird sich zeigen, ob das politische System Auswege aus der Krise produziert. Eine zweite Amtszeit für Donald Trump ist ebenso denkbar wie Präsidenten von außerhalb der Politik, beispielsweise Michael Bloomberg, Oprah Winfrey, George Clooney, Melinda Gates oder Mark Zuckerberg.

Der überraschende Wahlerfolg

Der Wahlsieg von Donald Trump kam überraschend, auch für ihn selbst. In den Umfragen lag Hillary Clinton konstant vorne. Unter Einkalkulierung der Fehlermarge konnte das Rennen zwar knapp werden, doch kumuliert schätzte man die Quote auf 9 zu 1 für Clinton. Es wird nicht sein, was nicht sein darf, so lautete die gängige Einschätzung im Herbst 2016. Es kam anders: Die politi-

schen Beobachter und Wahlstrategen hatten die Wechselstimmung im Land unterschätzt, sie hatten aus ihren Büros in Washington die Dynamik der Wahlkampagne von Donald Trump verkannt.

Die Trump-Wähler haben ihn ernst genommen, aber nicht wörtlich! Die Nicht-Trump-Wähler haben ihn wörtlich genommen, aber nicht ernst! Dieses Wortspiel ist der Schlüssel, um die politische Lage im Herbst 2016 zu begreifen. Die Wechselstimmung speiste sich aus verschiedenen Elementen. In die Sorge vor Überfremdung angesichts der demografischen Veränderungen mit dem Rückgang der weißen Bevölkerung mischten sich ökonomische Motive wie die Frustration über seit 15 Jahren stagnierende Einkommen sowie die Angst vor einem Jobverlust und Statussorgen.

Der Wahlsieg von Donald Trump kam völlig UNERWARTET.

Hillary Clinton wurde als Vertreterin der Washingtoner-Elite direkt mit den leeren Versprechen der Vergangenheit in Verbindung gebracht. Ihr strategischer Fehler im Wahlkampf bestand darin, auf die persönliche Diskreditierung von Donald Trump zu setzen, ohne eigene Themen mit einer empathischen Note zu besetzen. Hillary Clinton setzte auf Ratio, während Donald Trump Emotionen bediente.

Trumps Populismus fiel bei seinen Wählern, so heterogen der Trump-Wähler auch ist, auf fruchtbaren Boden und setzte eine Tradition fort, die auf Präsident Andrew Jackson im 19. Jahrhundert zurückreicht. Aus dieser historischen Dimension des US-Populismus begründet sich die im Unterschied zu Europa weitaus positivere Haltung zu Populismus in der politischen Kultur Amerikas. Der Höhepunkt der emotionalen Wählerbindung ist Donald Trumps Wahlkampfreden in Gettysburg im Oktober 2016, die er mit „Contract with the American Voter“ überschreibt.² Damit dechiffriert er erstmals seine Slogans „Make America Great Again“ und „America First“. Auffallend ist die Absage an die globale Führungsverantwortung der USA, womit Trump nicht den westlichen Vorstellungen eines US-Präsidenten als „Leader of the Free World“ entspricht, sondern in seinem ausschließlich innenpolitisch motivier-

**Trump hat ein ausschließlich
INNENPOLITISCH motiviertes Amts-
verständnis.**

ten Amtsverständnis sich eher als größten Bürgermeister der Welt sieht. In seiner Rede zur Begründung des Ausstiegs aus dem Pariser Klimaabkommen findet diese nach innen gerichtete Politiklegitimation ihren deutlichen Niederschlag.³

Auch das Infragestellen westlicher Bündnisstrukturen wie der NATO, die Kritik an US-Verbündeten wie Deutschland und Australien und das Lob für autoritäre Staatsführer wie Wladimir Putin nähren die Zweifel an der innen- und außenpolitischen Verlässlichkeit der USA unter Donald Trump.⁴

Polarisierung in Politik und Gesellschaft

Prägendes Merkmal heute ist die zunehmende Polarisierung in Politik und Gesellschaft. Die politische Mitte dünnt aus, die Demokraten werden demokratischer, die Republikaner republikanischer. Anhand zahlreicher Indikatoren ist nachzuweisen, wie die Schnittmenge zwischen den politischen Lagern kleiner wird und das Misstrauen immer weiter anwächst. Selbst über Fakten kann man heute keinen Konsens mehr herstellen, geschweige denn über politische Lösungswege. Demokratische Wähler halten Migration gut für Amerika, Republikaner hingegen lehnen Einwanderung ab. Trump-Wählern geht die politische Korrektheit viel zu weit, sie sind frustriert über die Regierung und konstatieren zu 80 %, dass das Leben in den letzten Jahren schlechter wurde. Zwar sehen 60 % der Clinton-Unterstützer heute bessere Lebenschancen, doch für vier Fünftel ist das Wirtschaftssystem ungerecht.

Die ideologische Polarisierung findet ihren Niederschlag in der Medienutzung. Für zwei Drittel der Amerika-



Das nächste Präsidentenpaar der USA?

ner sind soziale Medien inzwischen die wichtigsten Informationsquellen, man hat sich in seinen Informationssilos eingerichtet. Republikaner schauen Fox News, Demokraten MSNBC, bei Katastrophen alle CNN. Die politische Identität wird gestärkt durch die Ablehnung des politischen Gegners. Das Ansehen der politischen Elite und der politischen Institutionen sinkt, den Volksvertretern unterstellt man Eigeninteresse und man hält den Durchschnittsamerikaner für einen besseren Krisenmanager als den Politikexperten.⁵

Die über die Medien transportierte Stimmung eines permanenten Wahlkampfes mit der eingeforderten Positionierung für oder gegen Trump überhöht Regionalwahlen in ihrer medialen und landesweiten Bedeutung. Die Nachwahl

im Juni 2017 für einen Kongress-Sitz im Bundesstaat Georgia, hochstilisiert zu einem Referendum über den Präsidenten, brach mit über 50 Millionen US-Dollar alle Rekorde an Wahlkampfkosten. Beide Faktoren, Kabelfernsehen und der Einfluss von Geld in der Politik, bedingen sich und verstärken die öffentliche Wahrnehmung von Politik in Washington als dreckigen Kampf um Macht und Einfluss.

Der unerwartete Wahlsieg brachte Donald Trump an die Spitze der Republikanischen Partei, die auch die Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus hat. Doch die Umsetzung der legislativen Prioritäten der Trump-Administration bleibt Stückwerk. Zu deutlich treten die internen Differenzen unter den Republikanern zu Tage, die keine Stra-

tegie, keinen Plan und kein Programm als Regierungspartei haben. Die Widerstände gegen die Gesundheitsreform, deren Abwicklung man sieben Jahre als Mantra vor sich hertrug, offenbarten die heterogenen Lager innerhalb der Republikaner. Faktisch sind die Republikaner in sich eine Koalition aus dem konservativ-liberalen Lager um den Parlamentspräsidenten Paul Ryan, der die Steuerreform pusht, aus einer sozial- und wirtschaftsliberalen Gruppe (sogenannte Dienstags-Gruppe) und aus den erzkonservativ-populistischen Abgeordneten der Freiheits-Fraktion (Freedom Caucus, Nachfolgebewegung der Tea Party), die für ein starkes US-Militär, weniger Staat und konsequente Haushaltssanierung eintreten.

Die Demokraten überwinden allmählich ihre politische Depression, in die sie nach ihrer Niederlage gegen den unpopulären Donald Trump gestürzt waren. Hatte zuvor die einhellige Ablehnung der Trump-Administration die früheren Flügelkämpfe zwischen dem linken, protektionistischen und nationalpopulistischen Flügel um Bernie Sanders und dem internationalistischen wirtschaftsnahen Teil um Hillary Clinton abgeschwächt, so übernimmt die demokratische Parteiführung jetzt den Versuch, strikte Oppositionspolitik mit inhaltlichem Aufbruch zu verbinden. Chuck Schumer, demokratischer Oppositionsführer im Senat, fasste Ende Juli die neue Wirtschaftspolitik der Demokraten unter der Überschrift „Ein besserer Deal für Amerikas Arbeiter“ zusammen.⁶ Weitere inhaltliche Initiativen zu den Themenkomplexen technologische Revolution, Klimawandel, Prävention in der inneren Sicherheit, Gesundheitsreform sowie in der Frauen- und Familienpolitik stehen an.

Politik und Gesellschaft **POLARISIEREN** sich zunehmend.

Gesellschaftliche Veränderungen und Wahlrends

Das Bemerkenswerte der Wahlen 2016 lag nicht darin, dass sie bekannte Trends bekräftigten. Der gesellschaftliche und demografische Wandel Amerikas erfasst die Demokratische Partei in weit schnellerem Tempo als die Republikanische Partei. Eingeschriebene Wähler der Demokraten sind ethnisch diverser, weniger religiös, besser gebildet und altern weniger schnell als der Landesdurchschnitt. Bei den Republikanern ist es umgekehrt. Ihr Wandel ist verzögert, d.h. der republikanische Wähler ist weißer, religiöser, ungebildeter und wird immer älter.⁷

Der politische Sprengsatz der Wahlen 2016 liegt darin, dass sich unter Donald Trump das parteipolitische Koordinatensystem verschoben hat. Donald Trump kaperte die Grand Old Party, wie sich die Republikaner nennen, und machte sie zu einer Protestpartei des Angry White Man. Eine Hochburg der Trump-Wähler fand sich in der weißen Arbeiterklasse des Mittleren Westen, wo Trumps Forderungen nach Arbeitsplätzen, Investitionen, ausgeglichenen Handelsbilanzen und Protektionismus am meisten unterstützt wurden. Die Wahlbeteiligung von Weißen ohne College-Abschluss stieg, während die afro-amerikanische Minderheit stärker zu Hause blieb. Hillary Clinton konnte also die sogenannte Obama-Koalition nicht mobilisieren.

Die Nachhaltigkeit der Wählerverschiebung unter Donald Trump ist schwer einzuschätzen. Viele Thesen des Wahlkampfes 2016 widersprechen den traditionellen politischen Positionierungen. „America First“ ist eine politische Losung, die in den 1930er-Jahren von außenpolitischen Randgruppen mit teilweise antisemitischer Nähe vertreten wurde, um die USA aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten. Isolationistische Thesen widersprechen dem republikanischen Main-Stream-Denken, das den USA eine globale Verantwortung und eine internationale Führungsrolle zuschreibt. Die Raison einer Werte und Interessen in Einklang bringenden US-Außenpolitik liegt in der Einbindung von Partnern und Freunden über kluge Bündnisstrukturen, so dass die Strahlkraft einer Pax Americana zur Geltung gebracht und strategische Rivalen in Schach gehalten werden. Handelspolitisch galt dies für das transpazifische Handelsabkommen TPP, dessen strategische Zielsetzung darin bestand, den US-Einfluss in Asien zu stärken und damit der chinesischen Machtpolitik etwas entgegenzusetzen. Doch zu den ersten Aktionen Donald Trumps gehörte die Aufkündigung von TPP. In der Sozialpolitik vertritt Donald Trump sozialkonservative Positionen, doch der republikanischen Überzeugung entsprach es eher, den Sozialstaat klein zu halten und die Tradition des Individualismus zu pflegen.

Das demokratische Lager hingegen ist heute geprägt von der liberalen Elite der West- und Ostküste und der urbanen Mittelschicht in den Städten. Rückgrat der Demokraten sind ein international denkendes, Globalisierung bejahendes und freihändlerisch eingestelltes Bürgertum sowie die ethnischen Minderheiten, die Teil der Obama-Koalition

waren. Langfristig wird der politische Trend zu den Demokraten gehen, kurzfristig kann es durchaus wie 2016 wahlstrategische Besonderheiten geben.⁸

Der Wahlsieg Donald Trumps offenbarte die politische Zerrissenheit des Landes. Das Land steht vor großen Problemen: Der Drogenmissbrauch und die Zahl der Drogentoten nehmen zu, die privaten und öffentlichen Gesundheitsausgaben steigen weiter, die Bildungskosten sind hoch, die Einkommensverteilung ist ungleich, die Infrastruktur veraltet, die Wirtschaft überreguliert. Globalisierung und Digitalisierung verunsichern, der demografische Wandel verändert Amerika.

Die Wahl 2016 war eine Protestwahl, ein Aufschrei der weißen, unteren Mittelklasse gegen eine Politik des „Weiter So“. Donald Trump bündelte diesen innenpolitischen Handlungsbedarf in dem griffigen Slogan „Make America Great Again!“ Der Reformbedarf wog schwerer als die politische Unerfahrenheit des Kandidaten und schwerer als dessen charakterliche Schwächen und fehlende moralische Autorität. Die Hoffnung, dass das Maß an politischer Bildung der Wähler in Amerika ausreicht, um einen populistischen Machtwechsel im Weißen Haus zu verhindern, war trügerisch. Zwar zeigen die ersten Monate der Trump-Administration, dass die politischen Turbulenzen meist nur die politische Oberfläche erfassen. Im administ-

Die USA sind derzeit politisch **ZERISSEN.**

rativen Mittelbau herrscht weitgehend Kontinuität und Stabilität, auch und gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik.⁹ Das System der Checks and Balances mag der Macht des Präsidenten wirksame Grenzen setzen. Das politische System hat bislang aber noch nicht gezeigt, dass es einen nachhaltigen Ausweg aus der Krise produziert. Die gegenwärtige Lähmung Washingtons wird bis zu den Mid-Term-Elections im November 2018 anhalten. Dann können sich durch die vermutlichen Mandatsgewinne der Demokraten in Senat und Abgeordnetenhaus neue Mehrheiten über parteipolitische und institutionelle Grenzen hinweg herausbilden.

Vier mögliche Entwicklungen

Eine Garantie, dass Amerika wie 1973 nach Watergate gestärkt aus der Krise kommt, gibt es nicht. Die Wegscheide ist die Zeitspanne zwischen Mid-Term-Elections 2018 und Präsidentschaftswahl 2020, wenn der politische Druck immer größer werden wird. Die Szenarien der weiteren Entwicklung reichen von anhaltender Lähmung und Reformstau über Konsolidierung und Selbsterneuerung bis hin zu sich verschärfender Disruption und einer zweiten Amtszeit Donald Trumps, der 2020 eine optimistische Aufbruchsstimmung erzeugt wie Ronald Reagan 1984. Nicht berücksichtigt, da mehr Spekulation als Analyse, ist die Variante eines Rücktritts des Präsidenten.

Szenario 1: Lähmung und Selbstbeschäftigung

Der ambivalente Regierungsstil zwischen Polarisierung und Stabilisierung setzt sich fort. Mal setzen sich die populistischen Einflüsterer durch, mal die Kräfte des politischen Establishments. Doch struktu-

relle Fragen bleiben ungelöst. Die politischen Entscheidungsträger in Washington hangeln sich von Krise zu Krise, der politische und finanzielle Staatsbankrott wird immer wieder verhindert, die zulässige Staatsverschuldung kontinuierlich nach oben angehoben. Für tiefgreifende Reformen fehlen Mehrheiten und Kraft. Die Kohleindustrie wird keine Renaissance erleben, protektionistische Ansätze bringen die USA an den Rand von Handelskriegen. Das Denken in Leistungsbilanzen als Gewinner- und Verliererrechnungen bleibt vorherrschend.

Die personelle Fluktuation im Weißen Haus ist beachtlich. Stärkster Machtzirkel um den Präsidenten ist die Familie mit Tochter Ivanka und Schwiegersohn Jared Kushner. Die täglichen Tweets eines unberechenbaren und egomanischen Präsidenten stehen einer politischen Konsolidierung Amerikas entgegen, Donald Trump macht Politik für seine Basis, nicht für ganz Amerika. Die konfrontative Lage in Amerika hält an, die Untersuchungen und Anhörungen zu einem möglichen aktiven Zusammenspiel zwischen dem Trump-Lager und Geheimdienst- bzw. Regierungskreisen in Moskau gehen weiter, bringen aber in der Substanz wenig Neues. Die Demokraten sehen sich auf der Gewinnerstraße, nachdem sie bei den Mid-Term-Elections 2018 das Repräsentantenhaus, jedoch nicht den Senat zurückerobert haben. Viele republikanische Senatoren mussten um ihre Wiederwahl bangen. Die neue Stärke im Kongress lässt die Demokraten immer häufiger von Impeachment sprechen. Amerika bleibt mit sich selbst beschäftigt und schwankt zwischen Lähmung und Selbst-Impllosion, für eine globale Führungsrolle fehlen Kraft und Wille, innenpolitische Reformen bleiben Bruchstücke.

Amerika **VERHARTT** auf sich selbst bezogen.

Szenario 2: Reformdruck und Konsolidierung

Die Wahl im November 2016 hat gezeigt, dass es kein „Weiter So“ in der US-Politik gibt. Die Republikaner sind alleine nicht regierungsfähig, sie gehen in die Wahl 2018 mit einer Mischung aus Distanz zu Präsident Trump und vorsichtiger Unterstützung einiger seiner Wahlversprechen. Die Demokraten profitieren von der politischen Stimmung gegen die Republikaner und gegen den Präsidenten. Ihre neue Mehrheit im Repräsentantenhaus nutzen sie, um wichtige Reformprojekte bei der Investitionsförderung, bei der Infrastrukturerneuerung, beim Bürokratieabbau und in der Handelspolitik überparteilich zu verabschieden. Die Führung im Kongress und Präsident Trump sind bereit, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren. Kongress und Regierung erzeugen ein befriedigendes Maß an Output-Legitimation.

Die politischen Führungen in beiden Parteien sind intensiv damit beschäftigt, überzeugende Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2020 zu nominieren. Die Suche schließt explizit Persönlichkeiten von außerhalb der Politik ein. Gehandelt werden Namen wie der Medienunternehmer Michael Bloomberg, der Schauspieler George Clooney, die Entertainerin und Geschäftsfrau Oprah Winfrey, der milliarden schwere Facebook-Gründer Mark Zuckerberg oder die philanthropische Stiftungsvorsitzende Me-

linda Gates. Republikaner und Demokraten stimmen überein, dass nur ein überparteilicher und allseits respektierter Kandidat den Weg aus der Krise gehen kann. Donald Trump hat den Reformbedarf deutlich gemacht, für die Umsetzung braucht es jetzt einen Präsidenten, der nicht spaltet, sondern pragmatische Mehrheiten organisieren kann und gesellschaftlichen Rückhalt hat. Im November 2020 wird George Clooney zum 46. Präsidenten der USA gewählt. Die Konsolidierung Amerikas nimmt konkrete Formen. Das politische System der USA hat die Perspektive zu konstruktiven Reformen eröffnet.

Szenario 3: Disruption und Destruktion

Denkbar ist auch, dass Donald Trump seinen populistischen Regierungsstil verstärkt und die Schuld für ausbleibende Regierungserfolge mit voller Wucht an den verhassten Institutionen des Washingtoner Politikbetriebs ablädt. Die populistische destruktivistische Agenda der späten Wahlkampfphase 2016 würde sich wieder Bahn brechen. Donald Trump erneuert seinen Vertrag mit dem amerikanischen Wähler, nur um zahlreiche radikale Komponenten reicher. In seiner Regierung verzichtet er auf den Rat erfahrener politischer Köpfe, vielmehr sammelt er loyale Macher aus der Wirtschaft um sich und macht Politik ohne und gegen Washington. Die US-Politik steuert auf die Selbst-Impllosion zu.

Die Bundesstaaten verfolgen ihre eigene Agenda und emanzipieren sich zunehmend von der Hauptstadt. Das Ansehen der politischen Institutionen und der politischen Klasse sinkt. Mittelfristig eröffnet sich dadurch der Raum für eine Erneuerung der politischen Elite und für eine Verringerung ihrer Abhängigkeit

Die USA könnten mit Trumps destruktivem Populismus auf die SELBSTZERSTÖRUNG zusteuern.

von einflussreichen Geldgebern aus der Privatwirtschaft. Kurzfristig brechen aber Jahre großer Instabilität und allgegenwärtiger Verunsicherung an. Die westliche Welt ist fassungslos und konsterniert, Amerika verabschiedet sich aus dem Kreis multilateraler Politikgestaltung und tritt nur noch dort in Erscheinung, wo unmittelbar amerikanische Interessen berührt sind. Situative Deals treten an die Stelle gemeinsamer Werte.

Szenario 4: Trumpismus und Aufbruchsstimmung

Die Einschätzung, dass die Wahl Donald Trumps 2016 ein Unfall der Geschichte war, der 2020 korrigiert wird, klingt mit Blick auf die niedrigen Popularitätswerte des amtierenden Präsidenten überzeugend. Doch mit Prognosen lag man schon 2016 falsch. Und den Fehler, Donald Trump, seine Mobilisierungskraft, Politentertainmentqualitäten und sein Wählerappeal zu unterschätzen, sollte man nicht noch einmal machen. So sind eine erneute Kandidatur und eine zweite Amtszeit Donald Trumps durchaus eine mögliche Perspektive. Ronald Reagan hat es 1984 vorgemacht. Seine Kampagne unter dem Titel „Morning America“ hat Maßstäbe für erfolgreiche Präsidentschaftswahlkämpfe gesetzt. Ronald Reagan erzeugte eine Aufbruchsstimmung, die auch der Kern der Wiederwahlkampagne

ne von Donald Trump werden könnte. Gelang 2016 Donald Trump der Einzug ins Weiße Haus mit einer Rhetorik des Niedergangs Amerikas, den nur er aufhalten kann, wird sich Donald Trump 2020 als treusorgender oberster Interessensvertreter Amerikas inszenieren, der das Ruder herumriss und ein sinkendes Schiff wieder seetauglich machte. Der große Wahlkämpfer Donald Trump wird 2020 durch die Battle Ground States ziehen und sich alle positiven Entwicklungen an das eigene Revers heften: Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Wirtschaft wächst, die Kaufkraft wird stärker, die Aktienkurse steigen, das Handelsbilanzdefizit geht zurück, die Zahl der Abschiebungen illegaler Einwanderer nimmt zu, illegale Migration geht zurück, der Drogenkonsum ist eingedämmt. „America First“ zahlt sich aus, das stolze Land findet zu alter Stärke zurück, Trumpismus ist ein Segen für Amerika – mit dieser Botschaft wird Donald Trump wiedergewählt.

Den verschiedenen Szenarien ist gemein, dass die Aussichten für Kandidaten aus dem republikanischen Establishment gering sind. Zu den größten politischen Verlierern seit dem Wahlsieg von Donald Trump gehört neben Hillary Clinton, mit der auch das Clinton-Imperium von der politischen Bildfläche verschwindet, Parlamentspräsident Paul Ryan. Mit seinen moderaten politischen Ansätzen hat Paul Ryan im polarisierten Washington zurzeit keine Aussicht auf Erfolg. Sein sinkender Stern kann aber wieder aufgehen, wenn sich der Kurs der politischen Stabilisierung festigt und sich wieder demokratische und republikanische Bewerber gegenüberstellen, die den politischen Gegner mit Respekt behandeln und die zu politischen Kompromissen bereit sind. Auch Barack

Obama fing als unbekannter Senator an. Chris Murphy und Cory Booker könnten es ihm bei den Demokraten nachtun, Paul Ryan, Marco Rubio und Tom Cotton könnten die politische Lücke bei den Republikanern schließen.

Welche Szenarien auch immer eintreten werden: Amerikas Blick wird in den nächsten Jahren nach innen gerichtet sein. Wenn dem so ist, liegen die Konsequenzen auf der Hand: Europa muss die eigene Handlungsfähigkeit

Ein schwächeres Amerika kann eine STÄRKUNG Europas bewirken.

stärken und Deutschland muss zu mehr internationaler Verantwortung bereit sein. Wenn ein schwächeres Amerika ein stärkeres Europa bedeutet, kann die derzeitige Krise auch eine Chance bedeuten. ///



/// CHRISTIAN FORSTNER
ist Leiter der Verbindungsstelle der
Hanns-Seidel-Stiftung in Washington.

Anmerkungen

¹ So lautete die Überschrift des Artikels von Salena Zito: Taking Trump Seriously, Not Literally. in: The Atlantic's, 23.9.2016, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/09/trump-makes-his-case-in-pittsburgh/501335/>

² https://assets.donaldjtrump.com/_landings/contract/O-TRU-102316-Contractv02.pdf

³ In seiner Rede am 1.6.2017 im Rosengarten des Weißen Hauses zum Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen sagte Donald Trump: „I was elected to represent the citizens of Pittsburgh, not Paris“, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/06/01/statement-president-trump-paris-climate-agreement>

⁴ Susan Glasser, Politico-Journalistin, berichtete über die interne Kontroverse, die zum Streichen des Artikel-5 Bekenntnisses bei Trumps NATO-Rede im Mai 2017 in Brüssel führte, <http://www.politico.com/magazine/story/2017/06/05/trump-nato-speech-national-security-team-215227>; Peter Rudolf, SWP-Senior Fellow der Forschungsgruppe Amerika, verwies im August 2016 auf einen möglichen Bruch mit der Rolle der USA als globale Werte- und Ordnungsmacht, den Ivo Daalder, US-Botschafter bei der NATO 2009-2013 und heutiger Präsident des Chicago Council on Global Affairs, dann nach Trumps erster Auslandsreise vollzogen sah, Rudolf, Peter: Liberale Hegemonie und Außenpolitik unter Barack Obama, in: SWP-Aktuell 56, August 2016; Daalder, Ivo, <https://www.thechicagocouncil.org/blog/global-insight/ivo-daalder-dont-ignore-values-american-foreign-policy>

⁵ Eine Präsentation umfangreicher Daten hielt Alec Tyson, Senior Researcher beim Pew Research Center in Washington, D. C. am 18.7.2017 vor einer Gruppe junger bayerischer Multiplikatoren, die von der Hanns-Seidel-Stiftung nach Washington eingeladen wurden, Tyson, Alec: Public Opinion Dynamics Behind the 2016 Election, Washington, D. C., 18.7.2017, S. 37.

⁶ Schumer, Chuck: A Better Deal for American Workers, in: The New York Times, 24.7.2017.

⁷ Für eine ausführliche Studie zu den Wahlrends Pew Research Center: The Parties on the Eve of the 2016 Elections: Two Coalitions, Moving Further Apart, September 2016, S. 32.

⁸ Die wahlentscheidende Rolle weißer Wähler ist die Kernthese der Wahlanalyse 2012 von Trende, Sean: The Case of the Missing White Voters, Revisited, Real Clear Politics, 21.6.2013.

⁹ Zur Kontinuität der US-Außenpolitik unter Donald Trump Abrams, Elliott: Trump the Traditionalist: A Surprisingly Standard Foreign Policy, in: Foreign Affairs 4/2017, July/August 2017, S. 10-16.

/// Keine Freunde mehr ...?

DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND

MICHAEL C. KIMMAGE /// ist Professor für Geschichte an der Catholic University of America in Washington, DC. Von 2014 bis 2016 war er beim U.S. Department of State im Office of Policy Planning für Russland und die Ukraine tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den transatlantischen und internationalen Beziehungen, wofür er zuletzt in *The Washington Post*, *The New York Times* und *The New Republic* schrieb. Im Interview beleuchtet er die Entwicklung der Transatlantischen Beziehungen unter Präsident Trump.

Politische Studien: Angesichts der viel diskutierten Aussage von Bundeskanzlerin Merkel, dass Europa sein Schicksal in die eigene Hand nehmen müsse, prophezeit die frühere NATO-Gesandte der USA und jetzige Direktor des Chicago Council of Foreign Affairs, Ivo H. Daalder, eine Zeitenwende in den Transatlantischen Beziehungen. Sehen Sie die jetzige transatlantische Lage auch als Wegweiser für die Zukunft oder ist die Amtszeit Trumps nur eine vierjährige Unterbrechung, nach der wieder Normalität zurückkehren wird?

Michael Kimmage: In den Transatlantischen Beziehungen gab es schon öfter Irritationen. De Gaulle wollte Frankreich von der NATO unabhängig machen und Außenminister Fischer war auf der Münchner Sicherheitskonferenz von der amerikanischen Begründung für den Irakkrieg „nicht überzeugt“. Streit ist also nichts Neues. Und seit 1989 hat Eu-

ropa auch wichtige Schritte in Richtung Eigenständigkeit gemacht, sowohl politisch, militärisch als auch geistig. Dies richtete sich nicht gegen die USA, aber darauf basierend zeigten Frankreich und Deutschland schon ihre Distanz gegenüber Präsident George W. Bush. Historisch betrachtet spiegelt Merkels Aussage somit eine langfristige Entwicklung wider, obwohl „ein Stück vorbei“ allemal sanfter und qualifizierter klingt als Ivo Daalders „Ende einer Ära“.

Läutet Trumps Amtszeit nun eine Wende oder gar einen neuen Trend ein? Als Kandidat hat er Deutschland ständig als ein Land kritisiert, das die globale Wirtschaft ausbeutet. Deutschland gewinne immer und die USA hingegen seien immer der Verlierer, propagierte er. Trump zweifelte die NATO an und stellte sich eindeutig auf die Seite solcher Anti-EU-Populisten wie Nigel Farage



Klimawandel: Es wird kühler...

oder Marine Le Pen. Als Präsident hat er bislang zwar schon konventioneller agiert, aber nicht im herkömmlichen Sinne normal.

Was hat Trump geändert? Zuvor waren seit 1945 die NATO und die Wertegemeinschaft mit Europa feste Bestandteile der amerikanischen Außenpolitik. Trump hat das kritisiert und stellt es nun als Präsident in Frage. Normalität in die Transatlantischen Beziehungen kann jedoch nur zurückkehren, wenn die amerikanische Bevölkerung wieder

der alten Europapolitik zustimmt. Das wird aber wahrscheinlich erst in drei Jahren wieder möglich sein und auch nur dann, wenn es republikanische wie demokratische Kandidaten gibt, die in einer starken US-europäischen Beziehung ein amerikanisches Nationalinteresse sehen. Dazu braucht es aber auch pro-Europa-Argumente, die nicht nur allein auf dem Kalten Krieg gründen, sondern sich auch am 21. Jahrhundert

„ In den transatlantischen Beziehungen gab es schon öfter **IRRITATIONEN**.



Die NATO wird der wichtigste Garant der **EUROPÄISCHEN** Sicherheit bleiben.

orientieren. Hier haben alle politischen Kontrahenten Trumps ihre Chancen nicht genutzt, sei es aus Faulheit oder aus Uninspiriertheit. Dass Präsident Trump keine positiven außenpolitischen Visionen hegt und nur negativ über den Status quo schimpft, deutet darauf hin, dass diese Phase der Europaabgewandtheit nur eine Unterbrechung sein könnte.

Politische Studien: Wie wird sich die zukünftige Sicherheitspolitik in Europa gestalten? Wird die NATO weiterhin der wichtigste Garant der europäischen Sicherheit bleiben oder könnte Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik künftig mehr auf EU-Ebene, also außerhalb der NATO, bestimmt werden?

Michael Kimmage: In absehbarer Zukunft wird die NATO der wichtigste Garant der europäischen Sicherheit bleiben. Für die bestehenden Bedrohungen ist sie schon noch ein sehr mächtiges und effektives Bündnis. Selbst wenn Präsident Trump weniger NATO-begeistert als seine Vorgänger ist, baut sein Sicherheitsteam auf das Bündnis. Für das Pentagon bleibt die NATO absolut unersetzbar.

Aber auch Europa braucht die NATO und kein großer europäischer Politiker plädiert für einen Austritt.

Mehr Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der EU-Ebene ist schon eine gute Idee, sowohl für Europa wie für die USA. Mit dem Brexit und der Wahl Emmanuel Macrons als Frankreichs neuer Präsident haben Deutschland und Frankreich die Möglichkeit, eine bessere politische und wirtschaftliche Union in Europa zu schaffen. Bei mehr politischer Einigkeit in der EU kann man dann auch an die Sicherheits- und Verteidigungsfragen denken, aber das wird kompliziert und sehr teuer. Am besten wäre es, wenn Europa Sicherheitsstrukturen mit und nicht gegen oder ohne die NATO aufbauen würde. Die NATO wäre weiter für die konventionellen Sicherheitsprobleme wie militärische Invasionen, Atomwaffen usw. zuständig und die EU-Strukturen könnten die für die NATO nicht lösbaren Sicherheitsprobleme übernehmen. So könnte beispielsweise eine EU-Armee an den europäischen Grenzen zur Sicherung dieser eingesetzt werden oder den zunehmenden Terrorismus innerhalb Europas bekämpfen. Weiter gäbe es noch den Aufgabenbereich Technik und Digitalisierung, in dem Desinformation und Cyberkriege mittlerweile zu einem innenwie außenpolitischen Sicherheitsproblem werden.

Politische Studien: Trumps Kritik an den europäischen Partnern basiert zumeist auf der unausgewogenen Lastenverteilung

innerhalb der NATO. Gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung bleibt auch die Bundesrepublik weit hinter den vereinbarten Verteidigungsausgaben zurück. Würde Deutschland diese erhöhen, um das in Wales 2014 bekräftigte Ziel von 2% zu erreichen, hätte es derzeit mit rund 60 Mrd. € den größten Verteidigungsetat Europas. Ist die Bundesrepublik bereit, eine solche militärische Führungsrolle anzunehmen? Und sind ihre europäischen Nachbarn bereit, eine solche Rolle Deutschlands zu akzeptieren?

Michael Kimmage: Für die europäischen Nachbarn wäre es nicht nur akzeptabel, dass Deutschland 2 % für die Verteidigung ausgeben würde, es wäre für sie auch hilfreich. Der Zweite Weltkrieg bleibt zwar unvergessen und es gibt dazu immer wieder Stimmen, die sich kritisch gegenüber einer möglichen deutschen Dominanz erheben, aber der überwiegende Eindruck von Deutschland ist, dass es solidarisch, verantwortungsvoll und friedlich in Europa agiert und dort auch tief verwurzelt ist. Eine Führungsrolle für Deutschland, auch in militärischen Belangen, ist für eine tiefere, europäische politische Union fast unverzichtbar.

Das „deutsche Problem“ in Europa hat nichts mit der Vergangenheit oder der Sicherheit zu tun, sondern ist eher ein wirtschaftlich-politisches, vor allem für Südeuropa. Wichtig ist daher, dass die deutsche Führung innerhalb der EU

gut für ganz Europa und nicht nur vorteilhaft für Deutschland ist. So bewirkt z. B. die Währungsunion, wie sie derzeit konzipiert ist, eine attraktive wirtschaftliche Situation für Deutschland, aber gleichzeitig haben die Staaten Südeuropas die Option, mit dem Euro ihre eigene Währung „billiger“ zu machen, verloren. Dies hat dort massive Arbeitslosigkeit zur Folge. Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Macron müssen daher dringend an diesen wirtschaftlichen Problemen arbeiten. Andernfalls wachsen die Ressentiments gegenüber Deutschland und eine deutsche militärische Führung erscheint somit auch eher fragwürdig. Die Sicherheitsfragen in Deutschland sind aber nicht mehr von den europäischen Fragen zu trennen.

Aber auch Deutschland selber scheint im Jahr 2017 noch nicht bereit zu sein, eine militärische Führungsrolle anzunehmen. Das ist keine Frage der Finanzierung oder mangelnden Vertrauens seitens Europas, sondern begründet sich im historisch bedingten Verständnis seiner politischen Kultur. Seit 1945 hat Deutschland keinen Angriffskrieg mehr geführt. Eine militärische Führungsrolle anzunehmen, bedeutet aber, kriegsfähig zu sein. Frieden braucht auch die Bereitschaft zum Krieg. Deutschland ist heute davon jedoch sehr weit weg. Und auch eingedenk des



Eine deutsche **FÜHRUNGSROLLE** ist für eine tiefere, europäische politische Union fast unverzichtbar.

Zweiten Weltkriegs kann Deutschland auf Dauer nicht in seiner rein pazifistischen Haltung verharren. Es bedarf einer Weiterentwicklung, am besten im Sinne von Helmut Kohls Außenpolitik, mit einem wiedervereinigten Deutschland verstärkte deutsche Europapolitik machen zu können, nach dem Motto, mehr deutsche Macht ist gleichzeitig auch mehr europäische Macht. Ein solch stärkeres Europa würde Osteuropa sicher begrüßen, aber es würde auch für Südeuropa sowie Paris und Brüssel eine positive Entwicklung bringen.

Politische Studien: Nicht nur in sicherheitspolitischen Belangen hat Präsident Trump die europäischen Partner in Sorge versetzt. Während des Wahlkampfes und auch nach seinem Amtsantritt äußerte er sich mehrfach kritisch zu Freihandelsabkommen. Schon in seiner ersten Woche als Präsident unterzeichnete er ein Dekret zum Ausstieg der USA aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen (TPP). Was für eine Auswirkung könnte diese Abschottung der amerikanischen Handelspolitik auf die Transatlantischen Beziehungen haben? Ist das unter Obama noch diskutierte transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit dem Amtsantritt Trumps endgültig beerdigt oder besteht noch eine Chance, die Gespräche mit der neuen Regierung wiederzubeleben?

Michael Kimmage: TTIP ist beerdigt. Die zwei großen Freihandelsabkommen TPP und TTIP hatten auch Bernie Sanders und Hillary Clinton abgelehnt, auch wenn Letztere als Secretary of State noch an beiden mitgearbeitet hat. Im Moment ist es in den USA politisch gesehen notwendig, gegen neue Freihandelsabkommen, wenn nicht gar gegen Freihandel überhaupt zu sein. Das stellt einen Wendepunkt dar, und zwar einen größeren als die Wahl von Donald Trump im November 2016.

Der Kandidat Trump hatte noch Fantastisches versprochen: „Make America great again“, eine neue Art von nationaler Wirtschaft, Reichtum und Profit für alle und das ganz ohne Globalisierung. Als Präsident kann er nicht mehr so radikal vorgehen. Ein Handelskrieg gegen China wäre eine schlechte Idee, wenn man gleichzeitig mit China diplomatisch am Thema „Nordkorea“ zu arbeiten versucht. Ein Handelskrieg gegen Deutschland würde der amerikanischen Wirtschaft ernsthaft schaden. Die USA ist von den globalen Märkten extrem abhängig. Der Geschäftsmann Trump ist ja selber weltweit tätig und vertreten und nennt sein Hotel in Washington auch „Trump International Hotel“. Der Freihandel wird am Ende seiner Amtszeit bestimmt noch intensiver sein, aber Trump wird symbolisch immer gegen Freihandel und Globalisierung Stellung beziehen. Der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen war so gesehen auch eine symbolische Aktion dazu. Und solche Aktionen, nämlich eine Krise schaffen, in der er „gewinnen“ muss, könnte auch mal gegen Deutschland gehen und gefährlich werden. Gefährlicher als seine nationalistische Ideologie ist aber die Unberechenbarkeit Trumps. Neue Freihandels-



Donald Trump hat KEINE strategische Alternative zu den Transatlantischen Beziehungen.

abkommen mit den USA wird es in den nächsten Jahren sicher nicht geben, aber der bestehende Handel zwischen den USA und Europa wird in seinen Strukturen, wenn keine „künstlichen“ Krisen erzeugt werden, zukünftig noch anwachsen.

Politische Studien: Gibt es in den gegenwärtigen Transatlantischen Beziehungen auch gemeinsame Ziele oder Ansätze, die in den kommenden Jahren durch eine Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Atlantiks erreicht werden können?

Michael Kimmage: Gemeinsame Ziele für die Transatlantischen Beziehungen gibt es viele. Es gilt, die existierenden Strukturen in Wirtschaft, Sicherheit und Politik zu erhalten. Frieden und Stabilität, nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnen und nach 1989 auch nach Osteuropa expandiert, müssen als Ordnungspunkte verteidigt werden. Ebenso die Werte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die die Transatlantischen Beziehungen zu einem Bündnis und einer Gemeinschaft gemacht haben. Gemeinsam sind Bedrohungen wie der internationale Terrorismus zu bekämpfen, aber auch eine neue Sicherheitsordnung für Europa mit Russland zu erarbeiten. Es gilt ebenso, weiterhin den transatlantischen Handel zu stärken, zu beiderseitigem Gewinn und Wohlstand.

Ob Präsident Trump diese gemeinsamen Ziele versteht und auch verfolgt,

ist nicht klar. Er hegt zu Europa keine große Liebe und zeigt Sympathien eher für autoritäre denn demokratische Staatslenker. Auch hat er keine große Zuneigung zur Diplomatie an sich. Erst Ende Juli nominierte er als neuen amerikanischen Botschafter in Berlin Richard Grenell und als Assistent Secretary für Europa im State Department Wess Mitchell. Präsident Trumps eher kleine Europa-Mannschaft könnte Schwierigkeiten mit der Kommunikation und Koordination haben und das könnte den Transatlantischen Beziehungen schaden.

Aber es besteht auch Grund zu Optimismus. Donald Trump hat keine strategische Alternative zu den Transatlantischen Beziehungen. Wirtschaftlich, politisch und militärisch bleibt Europa Amerikas wichtigster Partner. Daran kann auch Trump als amerikanischer Präsident nichts ändern, und das ist auch ihm in den durchaus turbulenten ersten Monaten seiner Amtszeit klar geworden.

So mächtig er als amerikanischer Präsident auch sein mag, so stellt er letztendlich doch auch nur eine Stimme im Gesamten dar, außen-, innenpolitisch wie gesellschaftlich gesehen. Außenpolitisch spielen z. B. auch die amerikanischen Städte und Staaten eine wichtige Rolle. Schon viele Großstädte in den USA haben Präsident Trumps



TTIP ist beerdigt.

”

In der amerikanischen Gesellschaft gibt es **KEINE** Europa- oder Deutschlandfeindlichkeit.

Umweltpolitik abgelehnt und das wird auch in anderen Bereichen passieren. Diese Großstädte suchen Partner in Europa. Auch bezüglich der Russlandpolitik der USA hat der Kongress, unabhängig von ihm und fast schon gegen das Weiße Haus, Sanktionen zusammengestellt, welche mittlerweile auch von Trump abgesegnet wurden. Das war verfassungsmäßig konform und wird auch so weitergehen. In der amerikanischen Gesellschaft gibt es keine Europa- oder Deutschlandfeindlichkeit. Ganz im Gegenteil: Das Bild Europas und das von Deutschland sind hier sehr positiv.

Auf dieser gesellschaftlichen, politischen und außenpolitischen Basis kann man die Zusammenarbeit weiterbringen. Es wird in der Zukunft zwar nicht leicht sein und die Herausforderungen, mit den USA unter einem Präsidenten Trump ver-

nünftig zusammenzuarbeiten, werden enorm, aber auch nicht unbewältigbar sein. Die gemeinsamen Ziele sind auf beiden Seiten des Atlantiks immer noch gültig und in zehn Jahren werden diese Ziele nicht weniger gültig sein.

Die Fragen stellte Benjamin DeYoung, studentischer Projektmitarbeiter in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// PROF. MICHAEL C. KIMMAGE
ist Professor für Geschichte an der Catholic University of America in Washington, DC.

/// Unternehmerin mit Herz und Tradition

DIE ZUKUNFT LIEGT IM DUALEN SYSTEM

KATHRIN WICKENHÄUSER /// studierte Soziologie und diplomierte zum Thema „Unternehmensübergabe von Familienunternehmen“. Als Tochter bekannter Münchner Hoteliers-Eltern sammelte sie bereits während ihrer Studienzeit umfangreiche Erfahrung in dieser Branche, u. a. bei namhaften Häusern wie dem Raffles Hotel Vier Jahreszeiten und dem Kempinski Hotel Atlantic in Hamburg. Neben ihrem beruflichen Betätigungsfeld in der Hotellerie in 4. Generation engagiert sich Wickenhäuser auch stark im ehrenamtlichen Bereich. In der Ausbildung junger Menschen sieht sie eine Sicherung des künftigen Fachkräftemangels und sich als Chancegeber für junge Menschen mit Migrationshintergrund oder junge Mütter in Form einer Teilzeitausbildung.

Politische Studien: Frau Wickenhäuser, Sie sind Unternehmerin im Bereich der Hotellerie und Gastronomie und auch ehrenamtlich als Vizepräsidentin der Industrie- und Handelskammer (IHK)-München und Oberbayern tätig. Zusätzlich sind Sie Ausbildungsbotschafter des bayerischen Gastgewerbes. Was kann man sich unter dieser Aufgabe vorstellen?

Kathrin Wickenhäuser: Mir liegt es sehr am Herzen, den jungen Menschen unsere Ausbildungsberufe im Hotel- und Gaststättengewerbe frühzeitig als berufliche Perspektive vorzustellen. In Schulen, auf Ausbildungsmessen und im ganz normalen Alltag spreche ich ge-

”

Mir liegt es sehr am Herzen, den jungen Menschen unsere Ausbildungsberufe **FRÜHZEITIG** als berufliche Perspektive vorzustellen.

“

Eine reine **AKADEMISIERUNG** hilft nur bedingt beim **Fachkräftemangel**.

zielt diese jungen Menschen auf die Möglichkeiten einer Karriere mit Ausbildung an und versuche, auf diesem Wege unser großes Fachkräftepotenzial zukunftsfähig zu machen.

Politische Studien: Die demographische Entwicklung führt schon seit Jahren, auch in Bayern, zu sinkenden Schülerzahlen. Die Wirtschaft klagt zudem immer wieder über unzureichend geeignete Auszubildende. Schon jetzt können deshalb nicht mehr alle offenen Lehrstellen besetzt werden. Wie wird sich vor diesem Hintergrund der Ausbildungsmarkt in Bayern entwickeln?

Kathrin Wickenhäuser: Auch wir können seit einigen Jahren nicht mehr alle Lehrstellen besetzen und stellen dabei vermehrt fest, dass oftmals die Grundqualifikationen für den Ausbildungsberuf nicht vorhanden sind. Das geht bereits mit grundlegenden Verhaltensformen wie Pünktlichkeit, Höflichkeit und Ordnung los – Dinge, die nicht wir als Unternehmen erst vermitteln können. Zusätzlich gibt es aber gerade für die jungen Menschen mit Abitur auch die Möglichkeit, anstelle einer dualen Ausbildung ein duales Studium zu absolvieren. Dies wird mittlerweile auch im Hotel- und Gaststättengewerbe angeboten und gerne genutzt. Als proble-

matisch sehe ich zukünftig, noch ausgebildetes Personal für klassische operative Tätigkeiten zu finden. Eine reine Akademisierung wird uns nur bedingt beim Fachkräftemangel helfen. Der duale Auszubildende ist daher nach wie vor eine wichtige Grundlage für die Aufrechterhaltung unserer Service- und Dienstleistungsstandards, denn diese werden nur in der dualen Ausbildung vermittelt.

Politische Studien: Die OECD fordert seit geraumer Zeit von Deutschland noch größere Anstrengungen, die Abiturientenquote wie auch die Anzahl der Hochschulabsolventen zu steigern. Kritische Stimmen hingegen sprechen angesichts überfüllter Hochschulen bereits von einer Akademikerschwemme. Wie ist hierzu Ihre Position?

Kathrin Wickenhäuser: Die Akademisierung wurde viele Jahrzehnte als das „Heilmittel“ schlechthin für die berufliche Karriere gesehen und vermittelt. Die Konsequenzen werden wir nun verstärkt spüren, denn manch einer, der vielleicht für eine duale Ausbildung geeigneter gewesen wäre, absolviert heute – nicht immer unbedingt glücklich und erfolgreich – ein Studium. Zwingend notwendig ist wieder eine klare Positionierung der dualen Ausbildung in ihrer Wertigkeit und ihren nahezu grenzenlosen Weiterbildungsmöglichkeiten.



Quelle: IHK für München und Oberbayern/Goran Gajin

Ozapft is ... auch das beherrscht der ehemalige Flüchtling Michael aus Sierra Leone mittlerweile als ausgebildeter Restaurantfachmann bestens. Er ist ein Vorbild für gelungene Integration.

Politische Studien: In bildungspolitischen Debatten wird immer wieder die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung betont. Andererseits geraten, etwas provokant formuliert, Eltern geradezu in Panik, wenn ihr Kind, aus welchen Gründen auch immer, das Abitur nicht macht oder nicht schafft. Was läuft da schief? Fehlt es an der Attraktivität einer Berufsausbildung?

Kathrin Wickenhäuser: Heutzutage versucht man, die Abiturienten und jungen

Menschen mit geringerem Bildungs- und Sprachniveau in einer Ausbildung zu vermischen. Für die einen wirkt die Ausbildung dann als zu unattraktiv, für die anderen als kaum erreichbar. Ein klares Profil der Ausbildungsberufe für die jeweilige Zielgruppe mit einem ansprechenden Anforderungsprofil würde hier helfen.

“

Eine klare Positionierung der dualen Ausbildung in ihrer **WERTIGKEIT** ist notwendig.

Politische Studien: Die Flüchtlingswelle des Jahres 2015 hat eine Vielzahl junger Menschen in unser Land gebracht. Wie sehen Sie die Chancen, diesen jungen Leuten bei uns eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu geben? Was sind die Voraussetzungen dafür? Was könnte noch besser laufen?

Kathrin Wickenhäuser: Gerade dem Hotel- und Gastgewerbe wurde hier ein großes Potenzial in Aussicht gestellt. Aber wie sieht die Realität aus? Wir haben eine Vielzahl an Praktikanten in unserem Unternehmen beschäftigen können und haben aus dieser Zeit folgendes Resultat gezogen: Grundvoraussetzung ist die Kenntnis der deutschen Sprache und die Vermittlung unseres Werte- und Kultursystems. Wenn dies funktioniert, dann steht einer Beschäftigung aus Unternehmersicht nichts im Wege. Zwingend notwendig ist aber auch, diesen motivierten Menschen eine Bleibeperspektive zu geben. Was kann uns denn Besseres passieren, als nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung eine qualifizierte Fachkraft für unser Unternehmen gewinnen zu können? Hier macht es keinen Sinn, das Damoklesschwert einer drohenden Rückführung in das Heimatland zu verhängen. Ein Beispiel für gelungene Integration und

ein Vorbild ist unser Michael aus Sierra Leone, der vor acht Jahren als Praktikant in unserem Hotel begonnen hat, im Anschluss die Ausbildung als Fachkraft im Gastgewerbe und weiterführend den Restaurantfachmann absolvierte. Mittlerweile ist er eine der besten Servicefachkräfte in unserem bayerischen Gastronomiebetrieb „Münchner Stubn“. Auf ihn würden wir heute nicht mehr verzichten wollen.

Politische Studien: Die duale Berufsausbildung in Deutschland gilt weltweit als beispielhaft, um der Wirtschaft die benötigten Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Sogar Bundeskanzlerin Merkel hat bei ihrem Antrittsbesuch heuer in Washington dem amerikanischen Präsidenten Trump dieses Berufsausbildungsmodell vorgestellt. Es gibt aber nichts, was nicht noch verbessert werden könnte. Welche Ansatzmöglichkeiten sehen Sie hier?

Kathrin Wickenhäuser: Bewundert von vielen, imitiert aber nur von wenigen! Die duale Ausbildung ist weltweit anerkannt, nur im eigenen Land scheinen wir momentan neue Anreize setzen zu müssen, um ihre Attraktivität wieder zu steigern. Klar ist, die duale Ausbildung ist die Basis für die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs. Dies kann die akademische Bildung nicht leisten. Wir müssen an dieser Stelle noch deutlicher

”

GRUNDVORAUSSETZUNG ist die Kenntnis der deutschen Sprache und die Vermittlung unseres Werte- und Kultursystems.

”

Die duale Ausbildung ist die Basis für die **SICHERSTELLUNG** des Fachkräftebedarfs.

auf die Karrierechancen mit dualer Ausbildung hinweisen und ihr Profil stärken. Die Kampagne „Elternstolz“ ist hier ein erster wichtiger Meilenstein, denn gerade in den Köpfen der Eltern müssen wir die Chancen dualer Ausbildung aufwerten. Eine duale Ausbildung ist die perfekte Grundlage, um als Fachkraft in einem guten Beschäftigungsverhältnis starten zu können. Die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung sind grenzenlos und sind heute gleichwertig mit einer akademischen Ausbildung zu sehen. An dieser Stelle müssen wir auch weiterhin ansetzen, denn es geht um sehr viel.

Die Fragen stellte **Paula Bodensteiner**, Referatsleiterin Bildung, Hochschulen, Kultur, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// **KATHRIN WICKENHÄUSER**
ist Unternehmerin, Vizepräsidentin der IHK für München und Oberbayern sowie Handelsrichterin, München.



Quelle: geralt - pixabay

/// Modell ohne Zukunft

DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN FÜR ALLE: EIN HOLZWEG!

PETER WITTERAUF /// Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle ist nicht neu. Sie wird seit längerem in einer Reihe von Ländern diskutiert, so auch in Deutschland. Neu ist aber, dass diese Forderung in jüngster Zeit verstärkt Anhänger findet. Sie war Medienberichten zufolge auch Gegenstand der jüngsten Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein.¹

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle findet vor allem deswegen verstärkt Anhänger, weil vielfach befürchtet wird, der technologische Wandel würde zu steigender Arbeitslosigkeit führen. Die Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche hätte nämlich zur Folge, dass viele der bisher bestehenden Arbeitsplätze wegfallen würden.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein **UMSTRITTENES** Thema.

Der digitale Wandel und die Angst vor steigender Arbeitslosigkeit

Die rasante Digitalisierung prägt alle Lebensbereiche. Sie ist weltweit eine treibende Kraft mit großen Chancen, aber auch mit gewaltigen Herausforderungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die technologischen Entwicklungen verändern die Art, wie wir kommunizieren, arbeiten, lernen und leben. Sechs der zehn wertvollsten Unternehmen der Welt sind mittlerweile digitale Plattformen. Der Begriff „Industrie 4.0“ steht für die digitale Revolution in der Produktion. In der „Fabrik 4.0“ koordinieren Maschinen selbständig Fertigungsprozesse, Service-Roboter kooperieren in der Montage auf intelligente Weise mit Menschen, fahrerlose Transportfahrzeuge erledigen eigenständig Logistikaufträge. Das „Internet der Dinge“ eröffnet die Möglichkeit, Geräte und Gegenstände des täglichen Bedarfs über modernste Informations-

und Kommunikationstechnologie mit dem Internet und anderen Geräten zu verbinden und sie miteinander kommunizieren zu lassen. Damit schließen zum Beispiel Fenster automatisch, bevor es zu regnen beginnt, Heizungen stimmen die Raumtemperatur automatisch auf den Lebensalltag der Bewohner ab und Autos drosseln vor einer Schule selbständig das Tempo.

Damit verbunden ist aber auch die Sorge, dass die Arbeitslosigkeit steigen könnte. Selbstfahrende Autos, Reinigungsroboter und Lieferdrohnen stützen ebenso wie die zunehmende Automatisierung in der Produktion die Prognose, dass heute noch vorhandene Arbeitsplätze überflüssig werden. Die Unsicherheit ist groß, sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Unternehmensleitungen. Dies ist besonders für die Vereinigten Staaten von Amerika zu beobachten, die eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung einnehmen. Hinzu

kommt, dass dort auch die soziale Absicherung vergleichsweise schwach ausgeprägt ist.

Die beiden Wissenschaftler Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne haben das Automatisierungspotenzial von rund 700 Berufen analysiert und gingen der Frage nach, wie groß die Gefahr ist, dass der Beruf künftig von Maschinen ersetzt wird. Demnach seien fast 50 % der Arbeitsplätze in den USA durch die fortschreitende Automatisierung gefährdet.² Von der Unternehmensberatung A. T. Kearney wurde die Studie auf den deutschen Arbeitsmarkt übertragen. Demnach würden in der Bundesrepublik Deutschland über 300 und damit ein Viertel aller Berufsprofile ein hohes Automatisierungspotenzial in den nächsten beiden Jahrzehnten aufweisen – diese Arbeitsplätze seien damit akut bedroht.³

Die **DIGITALISIERUNG** kostet Arbeitsplätze.

Als Ergebnis dieser und anderer Studien wird immer häufiger die Befürchtung geäußert, dass der digitalen Gesellschaft die Arbeit ausgeht, mit allen negativen Folgen für den einzelnen Arbeitnehmer und den Sozialstaat insgesamt.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle

In der öffentlichen Diskussion wird verstärkt eine neue Form der sozialen Absi-

cherung gefordert, um die befürchteten negativen Auswirkungen der Digitalisierung zu verhindern, nämlich ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Dies bedeutet, dass jeder Bürger vom Staat, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage, eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche finanzielle Zuwendung erhalten würde, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Es erfolgt also keine Prüfung der Bedürftigkeit, eigenes Einkommen oder Vermögen werden nicht angerechnet. Auch die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit wird nicht gefordert. Was die Einkommenshöhe angeht, so werden meist Beträge ab 1.000 Euro pro Monat genannt. In der Schweiz hatten die Bürger im Juni 2016 über ein monatliches Entgelt in Höhe von 2.500 CHF abgestimmt (und es abgelehnt).⁴ Nach der Einführung eines Grundeinkommens sollen dann im Gegenzug Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld entfallen.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle erfreut sich eines breiten Unterstützerkreises, auch in Deutschland. Bemerkenswert ist, dass es auch im Bereich der Wirtschaft namhafte Vertreter gibt. Hierzu zählen in den USA der Tesla-Chef Elon Musk, der Facebook-Mitbegründer Chris Hughes und der Finanzinvestor Bill Gross. Für Deutschland sind der dm-Gründer Götz Werner, Siemens-Chef Joe Kaeser und der Telekom-Chef Timotheus Höttges zu nennen.⁵ Sie alle eint die Überzeugung, dass solch ein Grundeinkommen die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft sei. Arbeitslosigkeit würde nicht länger als Bedrohung oder als Belastung empfunden. Das Grundeinkommen würde die existenziellen Bedürfnisse absichern. Auch

müsste sich niemand mehr als Bittsteller fühlen und seine Lebensumstände offenlegen. Dies wird als gesellschaftspolitischer Fortschritt gesehen.

Die **BEFÜRWORDER** sehen das Grundeinkommen als einen gesellschaftspolitischen Fortschritt.

Die Befürworter weisen weiter darauf hin, dass der Einzelne mehr Freiheit gewinnen würde. Niemand wäre, wenn sein Existenzminimum gesichert ist, gezwungen, belastende oder ungeliebte Tätigkeiten auszuüben. Er könnte sich im Gegenteil zum Beispiel im ehrenamtlichen Bereich engagieren und eine sinnstiftende Tätigkeit ausüben. Das Grundeinkommen ermögliche es jedem Menschen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Es schaffe die Voraussetzung zur individuellen Freiheit und zur Selbstverwirklichung auch mit Tätigkeiten, die nicht als Erwerbsarbeit entlohnt werden.

Verschiedentlich wird auch darauf hingewiesen, dass das bedingungslose Grundeinkommen die richtige Antwort auf die Globalisierungsprobleme sei. Die Globalisierung würde zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, mit einer steigenden Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen. Das Grundeinkommen könnte dem entgegenwirken.⁶

Probleme und Risiken

Das am häufigsten genannte Problem ist die Finanzierbarkeit. Die Kosten werden von den Befürwortern in aller Regel

nicht beziffert. Sie wären aber zweifellos sehr hoch. Schon die Einführung für einen Teil der Bevölkerung von etwa 10 Millionen Bürgern hätte bei einem monatlichen Grundeinkommen von 1.500 Euro einen Jahresbetrag von 180 Milliarden Euro zur Folge. Ob und wie stark es gelingt, im Gegenzug andere Sozialleistungen zu kürzen, ist völlig offen. Ungeklärt ist auch die Frage, ob die europäischen Regeln der Freizügigkeit das finanzielle Risiko weiter erhöhen, wenn es nach der Einführung eines Grundeinkommens zu verstärkter Zuwanderung kommt. Ebenso ist unklar, wie dann in der Folge das Rentensystem und die Krankenversicherung umgestaltet werden sollen. Es wäre also ein gewaltiges finanzielles Wagnis, das heutige Sozialsystem auf ein Grundeinkommen umzustellen.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle wäre die Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip, einem bewährten Strukturprinzip des deutschen Sozialstaats. Staatliche Hilfen sollen bisher nur diejenigen erhalten, die diese auch benötigen, weil sie sich zum Beispiel in Notsituationen befinden. Eine staatliche Unterstützung auch für diejenigen, die selbst über ausreichend Einkommen oder Vermögen verfügen, würde nicht nur die Kosten in die Höhe treiben, sondern auch die Akzeptanz des Sozialsystems insgesamt gefährden. Das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet auch, dass die Selbsthilfe Vorrang hat vor der Hilfe durch andere. Ein Grundeinkommen, das keine eigene Anstrengung mehr einfordert, würde dem entgegenwirken. Es ist zu befürchten, dass die Anstrengungen von Einzelnen, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen oder sich entsprechend fortzubilden, deutlich nachlassen werden.

Deshalb ist im deutschen Sozialsystem, auch abgeleitet von der katholischen Soziallehre, der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ verankert.

PROBLEME sind die Finanzierbarkeit und die Aushebelung des Subsidiaritätsprinzips.

Auch die Grundthese, ein bedingungsloses Einkommen für alle würde die Lebensqualität verbessern und die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung erhöhen, ist zu hinterfragen. Hat nicht die Arbeit für den Einzelnen auch einen hohen Wert? Warum wurde in der Vergangenheit immer wieder das „Recht auf Arbeit“ gefordert? Für die meisten Menschen ist der Arbeitsplatz mehr als der Garant des monatlichen Auskommens. Arbeit bietet Struktur im Alltag, das Gefühl, gebraucht zu werden, etwas Sinnvolles zu tun. Arbeit ist mehr als Mühe und Last. Man trifft vertraute Menschen, tauscht Ideen aus, schafft sich ein Netzwerk.⁷ Es gibt verschiedene Indices, die die Lebenszufriedenheit und die Lebensqualität messen. Ein guter Job zählt dabei zu den wichtigsten Kriterien.⁸

Wichtig ist deshalb, dass es ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen gibt. Bei der Einführung eines staatlichen Grundeinkommens für alle bestünde allerdings die Gefahr, dass das Arbeitsangebot sinkt. Heute sehen sich die Unternehmen in der Verantwortung, mit Kreativität und Tatkraft Dienstleis-

tungs- und Produktionsprozesse so zu gestalten, dass im Sinne guter Arbeit möglichst viel Beschäftigung entsteht. Diese Verantwortungsbereitschaft würde sinken, wenn die Arbeitslosigkeit als nicht besonders problematisch angesehen würde, weil es ja ohnehin das existenzsichernde Grundeinkommen gibt. Warum sollen Unternehmen in schwierigen Situationen ihre Mitarbeiter ständig weiterbilden, in lebenslanges Lernen investieren, wenn dies unter sozialen Gesichtspunkten eher zweitrangig ist? Für manche Manager und Unternehmer wäre das Grundeinkommen auch eine willkommene Hilfestellung, sich der Verantwortung für ihre Mitarbeiter zu entziehen. In einer ähnlichen Situation wären die Gewerkschaften. Warum sollen Arbeitnehmervertretungen gegen Entlassungen kämpfen, wenn die sozialen Folgen unproblematisch sind?

Es kommt hinzu, dass auch die Bereitschaft von jungen Menschen, in die Aus- und Fortbildung zu investieren, leiden könnte. Gerade Kinder aus Problemfamilien, die mit sich und den Anforderungen ihrer Umwelt zu kämpfen haben, könnten auf der Strecke bleiben. Warum sich anstrengen, wenn der Lebensunterhalt ohnehin gesichert ist? Dies würde nicht nur ihnen selbst schaden, sondern auch der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt, wenn das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften sinkt.

Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit: Die bisherigen Erfahrungen

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle wird insbesondere auch deswegen gefordert, weil viele Befürworter befürchten, dass die Digitalisierung die Beschäftigungssitua-

tion verschlechtert und die Arbeitslosigkeit steigt. Aber sind diese Befürchtungen überhaupt berechtigt?

Die Sorge, dass sich die Beschäftigungssituation auch in Deutschland, dauerhaft verschlechtert, ist nicht neu. Die Wissenschaftlerin und Publizistin Hannah Arendt hat dies schon in den 50er-Jahren prognostiziert.⁹ Auch der Soziologe, Politiker und Publizist Ralf Dahrendorf war sich sicher: Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus.¹⁰ Innovationen und technischer Fortschritt würden zu einem Strukturwandel führen, der immer mehr menschliche Arbeit überflüssig macht. Damals wie heute wird deshalb eine Roboter- oder Maschinensteuer gefordert, die den technischen Fortschritt zumindest hemmt. Damals wie heute wird einer Umverteilung der vorhandenen Menge an Arbeit das Wort geredet, wie sie in den 80er-Jahren in der Forderung nach einer 35-Stunden-Woche zum Ausdruck kam.

Wie aber ist die Realität heute in Deutschland? Die Beschäftigungssituation ist so gut wie seit langem nicht mehr, in vielen Regionen Deutschlands herrscht Vollbeschäftigung. Immer mehr Unternehmen klagen über einen Mangel an Arbeitskräften, insbesondere auch im Bereich der beruflichen Bildung. Aufgrund des demographischen Wandels erwarten viele Firmen, dass sie die notwendigen Arbeitskräfte nicht

mehr bekommen. Von einem Mangel an Ausbildungsplätzen ist seit langem nicht mehr die Rede.

Früher wie heute wird unterschätzt, dass der strukturelle Wandel zu einer qualitativ anderen Nachfrage nach Arbeitskräften führt, aber nicht zu einem generellen Rückgang. So wird zum Beispiel die Nachfrage nach IT-Experten in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Gleiches gilt für den gesamten Dienstleistungsbereich. Angesichts der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an Pflegekräften weiter steigen.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt, wie falsch viele Arbeitsmarktprognosen lagen. Der deutsche Arbeitsmarkt hat nicht nur den Strukturwandel erfolgreich bewältigt, sondern auch die Herausforderungen nach der deutschen Einheit. Die Arbeitslosigkeit ist nach der Wiedervereinigung zunächst angestiegen, dann aber zwischen 2005 und 2016 deutlich gesunken: in Ostdeutschland von 20,6 % auf 8,5 %, in Westdeutschland von 11,0 % auf 5,6 % und in Gesamtdeutschland von 13,0 % auf 6,1 %. In Bayern und Baden-Württemberg zum Beispiel herrscht heute Vollbeschäftigung.¹¹ Generelle beschäftigungspolitische Skepsis ist deshalb nicht berechtigt.

Wichtig ist aber, dass beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. So haben zum Beispiel die Arbeitsmarktreflexionen nach der Jahrtausendwende entscheidend zur positiven Arbeitsmarktentwicklung beigetragen.

Ist das Grundeinkommen eine Zukunftsoption?

Auf den ersten Blick hat die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle durchaus einen gewis-

Trotz Digitalisierung ist die Beschäftigungslage in Deutschland SEHR GUT.

sen Charme. Niemand müsste sich mehr Sorgen um seine Zukunft machen, wenn eine ausreichende Höhe an staatlicher Zuwendung für den Lebensunterhalt sichergestellt wäre. Auch die persönliche Freiheit für den Einzelnen würde zunehmen. Gleichwohl wiegen die Gegenargumente schwer. Schon die Grundthese, dass die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren steigen wird, ist nicht belegbar. Überaus problematisch sind aber die beiden Kernbestandteile der Forderung nach einem Grundeinkommen: Es soll ein Grundeinkommen für alle sein und es soll bedingungslos sein.¹² Warum sollen diejenigen, die über genügend Einkommen oder Vermögen verfügen, ein staatliches Grundeinkommen erhalten? Und warum soll das Grundeinkommen ohne Bedingungen, zum Beispiel der Verpflichtung, sich fortzubilden oder aktiv einen Arbeitsplatz zu suchen, vergeben werden? Die Problematik der Finanzierbarkeit kommt hinzu. Der Ökonom Marcel Fratzscher, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), urteilt wie folgt: „Das bedingungslose

Das Grundeinkommen ist KEINE Zukunftsoption.

Grundeinkommen ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Es ist weder egalitär noch liberal noch individualistisch noch wirtschaftlich förderlich. Es würde lediglich die gesellschaftliche Polarisierung zemen-

tieren, aber nicht mehr Freiheit und Chancen schaffen.“¹³

Eine Zukunftsoption für den deutschen Sozialstaat ist das Grundeinkommen auf keinen Fall. Natürlich hat der deutsche Sozialstaat auch seine Schwächen. Durch die Ankoppelung einzelner Sozialsysteme (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) an das Beschäftigungsverhältnis steigen die Lohnnebenkosten und damit die Arbeitskosten, was tendenziell beschäftigungshemmend ist. Auch die hohen Bürokratiekosten werden oft als Kritikpunkt genannt. Aber: Der deutsche Sozialstaat ist ein elementarer Bestandteil unserer Sozialen Marktwirtschaft, er hat entscheidend zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beigetragen. Es ist auch im weltweiten Vergleich hervorragend gelungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit miteinander zu vereinbaren.

Gerade auch die Verwirklichung der deutschen Einheit, das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands hat die Leistungsfähigkeit des deutschen Sozialstaats in hohem Maße unter Beweis gestellt. Die soziale Unterstützung hat dazu geführt, dass ein radikaler wirtschaftlicher Wandel bewältigt werden konnte. Trotz aller Unterschiede ist die Einkommensverteilung in Deutschland heute ausgeglichener als in anderen Industrieländern. Das deutsche Sozialsystem leistet hier einen wichtigen Beitrag.

Für die nächsten Jahre kommt es darauf an, den deutschen Sozialstaat „zukunftsfest“ zu machen. Es gilt vor allem, der demografischen Entwicklung, also der älter werdenden deutschen Gesellschaft, Rechnung zu tragen. Dazu gehört sicherlich auch die Frage, ob und

Der deutsche Sozialstaat ist leistungsfähig, muss aber ZUKUNFTSFEST werden.

wie einzelne Sozialleistungen „nachjustiert“ werden müssen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle wäre ein völlig anderer Weg. Es hat in dieser Zukunftsstrategie keinen Platz. ///



/// DR. PETER WITTERAUF
ist Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Anmerkungen

- ¹ Hampel, Lea: Kleine Hoffnung auf das große Geld, in: Süddeutsche Zeitung, 28.6.2017.
- ² Frey, Carl Benedikt / Osborne, Michael: The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation?, Oxford 2013.
- ³ Kearney, A. T.: Wie werden wir morgen leben?, Dezember 2015, www.atkearney.de
- ⁴ Die Schweizer Initiative hatte keinen exakten Betrag festgelegt, wie hoch das Grundeinkommen sein sollte. Sie empfahlen als Richtwert für Erwachsene 2.500 Schweizer Franken (2.254 €) und für Minderjährige 650 Schweizer Franken (586 €).
- ⁵ Einer der ersten Befürworter war der dm-Gründer Götz Werner. Er hat seine Argumentation in folgender Publikation dargelegt: Werner, Götz: Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen, Stuttgart 2006.
- ⁶ Straubhaar, Thomas: Ein neuer Gesellschaftsvertrag: Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtige Antwort auf die Krise der Globalisierung ist, in: Süddeutsche Zeitung, 7.12.2016.
- ⁷ Alt, Heinrich: Horrorvision: Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre nicht nur ökonomischer

Unsinn, es würde auch gegen die Menschenwürde verstoßen, in: Süddeutsche Zeitung, 11.1.2017.

⁸ Beispielhaft hat der Ökonom Ulrich van Suntum einen „Lebenszufriedenheitsfaktor“ entwickelt. Eine Kurzfassung der Studie „Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden in Deutschland“ kann im Internet unter www.insm.de eingesehen werden.

⁹ Arendt, Hannah: Vita activa oder vom tätigen Leben, Stuttgart 1960, S. 11.

¹⁰ Dahrendorf, Ralf: Die Arbeitsgesellschaft ist am Ende, in: Die Zeit, 48/1982.

¹¹ Institut der deutschen Wirtschaft: Deutschland in Zahlen 2017, Köln 2017, S. 15.

¹² Das deutsche Sozialhilfesystem stellt ja bereits sicher, dass alle Bürger ein Grundeinkommen haben. Es ist allerdings nicht für alle und auch nicht bedingungslos.

¹³ Fratzscher, Marcel: Das Grundeinkommen macht nicht frei, in: www.zeit.de, 28.4.2017.

/// Chaostage in Hamburg

LINKSEXTREMISTISCHE PROTESTE GEGEN DEN G20-GIPFEL

UDO BARON /// Die Treffen der führenden Wirtschaftsnationen und Schwellenländer (G20) stehen von Anfang an im Fokus einer global agierenden Protestbewegung. Maßgeblich darin eingebunden waren und sind auch Linksextremisten, insbesondere Autonome. Auch bei den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg gehörten sie zu den führenden Protagonisten der Gegenproteste. Der folgende Beitrag zeigt am Beispiel der Autonomen die linksextremistischen Einflussversuche auf die Proteste gegen den G20-Gipfel auf.

Die Gruppe der Zwanzig (G20)

Als Reaktion auf die Asienkrise im November 1997 beschlossen die Länder der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) auf ihrem Gipfel im kanadischen Vancouver auf Initiative des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton hin eine Gruppe der 22 (G22) ins Leben zu rufen. Im Jahr 1999 wurde diese Gruppe führender Wirtschaftsnationen und Schwellenländer kurzzeitig zur Gruppe der 33 (G33) erweitert, um dann im September des gleichen Jahres auf dem Treffen der G7-Finanzminister in die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) umgewandelt zu werden. Zur G20 gehören mit den USA, China, Deutschland,

Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Brasilien, Russland, Kanada, Indien, Australien, Mexiko, Südkorea, Indonesien, Argentinien, Saudi-Arabien, Südafrika und der Türkei 19 Staaten und die Europäische Union (EU).

An ihren jährlichen Treffen nehmen die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder, die Finanzminister und Zentralbankchefs der Gruppe der führenden Wirtschaftsmächte (G7), elf weitere Staaten, die EU-Präsidentschaft (wenn diese zu diesem Zeitpunkt nicht von einem G7-Staat geführt wird), der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Vorsitzende des Inter-



„Welcome to hell!“.
Der „Schwarze Block“ nahm
das Motto der Proteste wort-
wörtlich und tobte sich nicht
nur im Schanzenviertel aus.

Quelle: Thomas Lohnes - Getty Images

G20 entstand Ende 1999 als Gruppe der **WICHTIGSTEN Industrie- und Schwellenländer.**

nationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC), der Präsident der Weltbank und der Vorsitzende des Development Committees der OECD teil.

Die in der G20 direkt oder indirekt vertretenen Staaten umfassen zwei Drittel der Weltbevölkerung, sie erwirtschaften mehr als 85 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bestreiten drei Viertel des Welthandels. Sie verstehen sich als ein informelles Forum zur Abstimmung über internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ging es vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 darum, das Weltfinanzsystem zu stärken und die Folgen für die Volkswirtschaften zu mildern, so steht heute vor allem die Verteidigung des freien Welthandels gegen nationale Abschottungen und die Vermeidung künftiger Krisen im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Hinzu kommt u. a. der Kampf gegen Steuerhinterziehung und den Klimawandel sowie die Entwicklung von Programmen zu Flucht und Migration. Aufgrund ihres informellen Charakters sind ihre Beschlüsse rechtlich nicht bindend.¹

Mobilisierungen gegen den G20-Gipfel von Hamburg

Von Anfang an stieß diese Form der Gipfeltreffen auf Kritik. Für ihre Gegner stehen die G20 für eine „Politik der Ban-

kenrettung durch den Steuerzahler, für eine Fortsetzung der Umverteilung nach oben und für eine reine Wachstumsorientierung“. Ihre „übergeordnete Aufgabe war und ist es, den neoliberalen Kapitalismus nach der sogenannten Finanzmarktkrise 2007/2008 zu stabilisieren. Die G20 sind dabei zu einer zentralen Institution geworden, die das Überleben einer Gesellschaftsformation sichern soll, die die Ursache für Millionen Flüchtlinge, für die Verarmung großer Teile der Weltbevölkerung, für Umweltzerstörung und Kriege ist.“² Kurz gesagt: Die G20 verkörpern für ihre Gegner eine vom Neoliberalismus, verstanden als Synonym für Kapitalismus, und Imperialismus dominierte Welt.

G20 ist ein Kooperations- und Konsultationsforum für Fragen des internationalen Finanzsystems und des globalen Krisenmanagements.

Der Protest gegen diese Form internationaler Tagungen geht auf die als „Battle of Seattle“ in die Geschichte eingegangenen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Globalisierungskritikern und Polizeikräften während der Ministerkonferenz der Wirtschafts- und Handelsminister der World Trade Organisation (WTO) in Seattle Ende 1999 zurück. Sie markierten den Beginn einer neuen globalisierungskritischen Bewegung. Einen traurigen Höhepunkt erreichten die seitdem regelmäßig auftretenden Proteste gegen entsprechende

Tagungen beim G8-Gipfeltreffen von Genua im Jahre 2001. Ein toter Demonstrant und mehr als 500 Verletzte führten dazu, dass von da an diese Art von politischen Gipfeln nicht mehr in Großstädten, sondern an abgelegenen und somit schwer zugänglichen Orten wie z. B. in den Rocky Mountains oder im Allgäu durchgeführt wurde.

Erstmals seit dem G8-Gipfel von Genua fand mit dem 12. Gipfeltreffen der G20 am 7./8. Juli 2017 ein entsprechendes Ereignis wieder in einer Großstadt statt. Die Entscheidung für die Hansestadt und ihre Messehallen als Austragungsort im linksalternativen Stadtteil St. Pauli stellten die Sicherheitsbehörden von Anfang an vor eine große Herausforderung, denn die linksextremistische Szene empfand die Wahl Hamburgs einerseits als Provokation, andererseits aber auch mit Blick auf die Mobilisierungsmöglichkeiten von Gegenprotesten als „Glücksfall“. Befinden sich doch die Messehallen nur einen „Steinwurf“ weit entfernt von den linksalternativen Ortsteilen Karolinen- und Schanzenviertel.

Gegen diesen Gipfel formierten sich umgehend verschiedene Protestbündnisse mit dem „No-G20-Bündnis“ an der Spitze. Ihre Protagonisten führten verschiedene Aktionskonferenzen, Workshops von Anti-Repressionsgruppen und ein Aktionstraining unter dem Motto „Skills 4 Action“ zur Vorbereitung auf den G20-Gipfel durch.

Dem „No-G20-Bündnis“ gehörten neben demokratischen Gruppierungen auch sich als postautonom verstehende Organisationen wie die Interventionistische Linke (IL) und das Bündnis „... ums Ganze“ (uG) an. Postautonome Zusammenschlüsse kennzeichnet eine undogmatische marxistisch-leninisti-

sche Ideologie mit den Zielen der klassenlosen Gesellschaft und Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel. Zugleich wollen Postautonome die linksextremistische Szene organisieren und bis ins demokratische Spektrum

Von Beginn an gab es **PROTESTE gegen die Gipfeltreffen.**

vernetzen, um so in einem langfristigen Prozess eine Massenbewegung zur Überwindung der vorherrschenden Verhältnisse zu formieren.

Mit einer Strategie der kleinen Schritte verfolgt vor allem die IL eine breit gefächerte Bündnispolitik, die bis in nichtextremistische Kreise reicht. So klingt sie sich in politische Kampagnen wie z. B. die Proteste gegen den Braunkohletagebau unter dem Motto „Ende Gelände“ ein. Sie versucht diese in ihrem Sinne zu lenken, um über die gezielte Zuspitzung aktueller und realpolitischer Themen möglichst viele Menschen einzubeziehen und zu radikalisieren. Gleiches gilt für das „No-G20-Bündnis“, mit dessen Hilfe die IL die Gesamtgestaltung der Gipfelproteste zu dominieren versuchte. Dabei bemüht sie sich um ein bürgerliches Erscheinungsbild. So verzichten ihre Protagonisten aus taktischen Gründen bei Demonstrationen auf szenetypische Kleidung ebenso wie auf die Anwendung von Gewalt. Kommt es der IL doch darauf an, eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen

Spektrum, den dogmatischen Linksextremisten und dem demokratischen Protest einzunehmen.³

Neben dem „No-G20-Bündnis“ riefen ein Hamburger Protestbündnis unter der Bezeichnung „G20 entern – Kapitalismus versenken!“ und das Hamburger Autonome Zentrum „Rote Flora“ zu eigenen, voneinander unabhängigen autonomen Protesten gegen das Gipfeltreffen auf. Beide agierten bewusst unabhängig vom „No-G20-Bündnis“, da sie sich nicht den Freiraum für Straßemilitanz durch die bündnisstrategischen Erwägungen der IL einschränken lassen wollten. Hinter „G20 entern!“ verbergen sich verschiedene antiimperialistisch ausgerichtete linksextremistische Gruppierungen wie z.B. der Rote Aufbau Hamburg (RAH). Der Hamburger Verfassungsschutz stufte den RAH als eine gewaltorientierte linksextremistische Gruppierung ein, weil er sich u. a. mit terroristischen Gruppierungen und deren politischen Ablegern in Indien, Peru und den kurdischen Autonomiegebieten solidarisierte.⁴ Das autonome Zentrum „Rote Flora“ repräsentiert weitgehend das autonome Spektrum Hamburgs. Es befindet sich in einem seit November 1989 besetzten Restgebäude des ehemaligen Flora-Theaters im Hamburger Schanzenviertel. Autonome Zentren wie die „Flora“ dienen der auto-

Das Spektrum des WIDERSTANDS reicht von demokratischen Gruppierungen bis hin zu gewaltorientierten Autonomen.

nomen Szene dabei als logistische Basis und Rückzugsraum für ihre Aktionen.

Darüber hinaus wurde auch im europäischen Ausland für die Proteste gegen den G20-Gipfel mobilisiert. Allein aufgrund der guten Kontakte deutscher Linksextremisten in das europäische Ausland stellten Linksextremisten aus Skandinavien, den Benelux-Staaten, Italien, Spanien und Griechenland ihre Teilnahme in Aussicht. Eine nicht unbe-

Proteste gegen den G20-Gipfel von Hamburg wurden maßgeblich von LINKSEXTREMISTEN organisiert.

deutende Funktion nahm bei der Protestplanung und späteren Durchführung gegen den G20-Gipfel auch diesmal wieder die Partei Die Linke ein. Wie schon bei den Protesten gegen die Neueröffnung der EZB in Frankfurt am Main Mitte März 2015 und beim G7-Gipfeltreffen im bayerischen Elmau im Juni 2015 standen einzelne Mitglieder als Anmelder der Großdemonstration vom 8. Juli zur Verfügung und fungierten zum wiederholten Mal als Scharnier zwischen parlamentarischem und außerparlamentarischem Protest. Das verdeutlicht im Nachhinein auch ein Artikel des Vorstandsmitgliedes der Partei Die Linke, Florian Wilde, in der linksextremistischen Tageszeitung „Junge Welt“. Rückblickend verklärt er darin die Gipfelproteste als „eine ganz wunderbare Woche“. Sofort hatte er auch schon die „Hauptverantwortlichen für

die Eskalation“ ausfindig gemacht: „Senat und Polizei.“⁵

Der Protest gegen den G20-Gipfel von Hamburg

Den Protest gegen den G20-Gipfel eröffnete entgegen den Absprachen mit dem „No-G20-Bündnis“ eine, in erster Linie von demokratischen Kräften getragene Demonstration am 2. Juli 2017 unter dem Motto „Gipfel für Globale Solidarität“. Sie sollte vor allem Familien und Kindern eine Teilnahme ermöglichen und wurde von einer Bootsdemonstration auf der Außen- und Innenalster mit mehr als 100 Schiffen begleitet. Es folgte vom 5. auf den 6. Juli ein Alternativgipfel, der insbesondere Diskussionsmöglichkeiten rund um das Thema Globalisierung bot. Zudem fand am Abend des 5. Juli eine Nachttanzdemonstration unter dem Motto „Lieber tanz ich als G20“ statt.

Die „heiße“ Phase des Protestes läutete schließlich die vom „Roten Flora“-Spektrum angemeldete Demonstration „Welcome to Hell“ am Nachmittag des 6. Juli ein. Mit dem selbsterklärenden Motto dieser Demonstration gaben die Veranstalter auch schon deren Stoßrichtung vor. Unverkennbar ging es Teilen der etwa 12.000 Teilnehmer vor allem um die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei als Repräsentant des verhassten Systems. Bereits nach der Auftaktkundgebung am Fischmarkt in St. Pauli eskalierte die Lage, als sich der Aufzug gegen 19.00 Uhr in Bewegung setzte und sich etwa 1.000 Teilnehmer plötzlich verummumten und einen „Schwarzen Block“ bildeten. Versuche der Polizei, dies zu unterbinden, mündeten in die ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen der Gipfelproteste. Polizisten wurden mit Holzlatten, Eisen-

stangen und Flaschen attackiert und mit Steinen beworfen. Nachdem der Veranstalter kurz nach 20.00 Uhr die Demonstration für beendet erklärte, zogen die Teilnehmer des „Schwarzen Blocks“ in Kleingruppen marodierend durch die Hamburger Stadtteile St. Pauli und Altona. Sie errichteten Barrikaden, plünderten und zerstörten im Laufe der Nacht Geschäfte und steckten Autos in Brand. Piloten eines Polizeihubschraubers wurden während ihres Einsatzes mit einem Laser geblendet. Zugleich war mit den nächtlichen Krawallen der Übergang zum „Tag des Ungehorsams“, dem maßgeblich von der IL und dem uG vorbereiteten, zentralen Tag für die Durchführung von Blockaden und Aktionen zu Beginn des Gipfeltreffens, bereitet.

Wie schon bei den gewaltsamen Protesten gegen die Eröffnung der EZB begannen die gewalttätigen Aktionen auch am 7. Juli wieder in den frühen Morgen-

Unter dem Motto „Welcome to Hell“ begannen die GEWALTÄTIGEN Proteste.

stunden mit der Bildung von Aktionsgruppen, sogenannter Finger, die dann entsprechend der Fünf-Finger-Taktik⁶ Aktionen und Blockaden durchführten. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst der Versuch des uG, Teile des Hamburger Hafens zu blockieren, um die Lieferwege zu verzögern. Im gesamten Innenstadtbereich versuchten Gipfelgegner

die Protokollstrecke der Gipfelteilnehmer zu blockieren, wobei es immer wieder zu Angriffen auf die Polizei kam. So wurde die Station der Bundespolizei in Altona und das dortige Rathaus von Autonomen mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen. Zugleich nutzten Autonome die Situation, um im weitgehend polizeifreien Altona mehr als 30 Autos an der Elbchaussee in Brand zu setzen und eine Filiale des schwedischen Möbelherstellers Ikea zu attackieren.

Gegen 15.00 Uhr setzte dann die zweite Welle der Blockadeversuche mit mehreren tausend Teilnehmern ein, mit dem Ziel, die Elbphilharmonie, in der am Abend für die Staatsgäste ein Konzert stattfand, zu blockieren. In deren Verlauf kam es zu stundenlangen Straßenschlachten zwischen Autonomen und der Polizei im Umfeld der Landungsbrücken. Nach einer Kundgebung des Bündnisses „G20-entern!“ ging der Abend schließlich in schwerste Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und dem autonomen Spektrum über. Eine Welle der Zerstörung brach über das Schanzenviertel herein, in deren Zuge Geschäfte geplündert, Autos angezündet und Anwohner durch Marodeure bedroht wurden. Als die Polizei anrückte, standen nach deren Angaben auf den Dächern Autonome, um die Polizisten mit Molotowcocktails, Metallkugeln, Eisenstangen und Gehwegplatten zu attackieren. Erst einem zur Hilfe geholten Sondereinsatzkommando (SEK) gelang es, der Lage Herr zu werden.⁷

Auf die lange Nacht der Gewalt folgte am Samstag die von der Partei Die Linke angemeldete internationale Großdemonstration des „No-G20-Bündnis“ unter dem Motto „G20 – not welcome“. An ihr nahmen auch Anhänger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK

und türkische linksextremistische Gruppierungen teil. Entgegen den vorherigen Erwartungen, die von mehr als 100.000 Teilnehmern ausgingen, kamen nach Angaben des Veranstalters nur 76.000 Personen, nach Polizeiangaben sogar nur 50.000. Zwischenzeitlich griffen verummte Teilnehmer des „Internationalistischen Blocks“ Polizeibeamte mit Fahnenstangen und anderen Gegenständen an. Auch in den Abend- und Nachtstunden kam es abermals zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Übergriffen auf die Polizei.

Den Abschluss der Gipfelproteste bildete am 9. Juli eine, aufgrund der starken Polizeipräsenz ohne besondere Vorkommnisse verlaufene Demonstration des „Bündnisses gegen Repression“ unter dem Motto „Nobody forgotten, Nothing forgiven“ mit etwa 1.000 Teilnehmern an der Gefangenenanstalt (GeSa), einer für die vorübergehende Ingewahrsamnahme während des G20-Gipfels umgebauten Lebensmittel-Großmarkthalle in Hamburg-Harburg.

Die G20-Proteste und die Rolle der Gewalt

709 verletzte Polizisten, diverse ausgebrannte Autos, mehr als 100 angegriffene und z. T. geplünderte Geschäfte – das ist bisher die Bilanz der Auseinandersetzungen um den G20-Gipfel.⁸ Zahlrei-

Der G20-Gipfel wurde von **GEWALTEXZESSEN** unbekanntem Ausmaßes überrollt.

che Anwohner, darunter Kleinverdiener, Familien und Arbeitslose, verloren ihr Auto, diverse klein- und mittelständische Unternehmer ihre Geschäfte und somit ihre Existenz. Vor allem militante Kleingruppen scheinen sich an keinen Aktionskonsens gehalten zu haben und sind wahllos marodierend durch Hamburg gezogen. Nur dem Zufall war es geschuldet, dass es keine Todesopfer gab. Dass Teile der autonomen Szene den Tod von Polizisten zumindest einkalkulierten, zeigt vor allem ihr Vorgehen im Schanzenviertel. Die linksextremistische Gewaltorgie ließ zudem den friedlichen Protest nahezu vollständig in den Hintergrund treten.

Bereits die Mobilisierungsphase für die Gipfelproteste wurde durch eine militante Kampagne begleitet, in deren Verlauf es bis zum Gipfelbeginn zu 14 Resonanzstrafaten vor allem in Berlin und Hamburg kam. So setzten unbekannte Täter in der Nacht vom 26. auf den 27. März 2017 auf dem umzäunten Gelände einer Polizeiwache in Hamburg-Eimsbüttel acht Einsatzfahrzeuge der Polizei in Brand. In einem Selbstbeziehungsschreiben mit dem Titel „Ganz Hamburg hasst die Polizei/Die ganze Welt hasst die Polizei“ bekannten sich die Autoren unter der Bezeichnung „Smash G20“ zu der Tat.⁹ Am 19. Juni verübten in den frühen Morgenstunden unbekannte Täter bundesweit insgesamt 14 Brandanschläge auf das Schienennetz der Deutschen Bahn-AG. Die Täter setzten Kabelschächte auf Bahnstrecken in Berlin, Bremen, Hamburg, Leipzig, Dortmund, Köln und im niedersächsischen Bad Bevensen in Brand. In einem am selben Tag auf dem linksextremistischen Portal „linksunten.indymedia.org“ veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben bekennen sich an-

onyme Verfasser zu den Taten. Unter dem Titel „Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg“ werden die Taten in Zusammenhang zu dem G20-Gipfel gesetzt.¹⁰ In Folge der Brandanschläge kam es zu erheblichen Beeinträchtigungen des Schienenverkehrs auf den betroffenen Bahnstrecken.

Unübersehbar spielte Gewalt vor und während der Gipfelproteste eine zentrale Rolle. Dieses ist auch nicht verwunderlich, denn Autonome kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht alle von ihnen selber Gewalt ausüben, so befürworten sie dennoch deren Einsatz. Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltvollen Aktionen sympathisiert. Die autonome Gewaltbereitschaft ist dabei durchaus auch als politisch zu verstehen, denn sie basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und seine Repräsentanten sowie die sie nach autonomer Auffassung stützenden Rechtsextremisten zählen. Um diese zu bekämpfen, halten Autonome alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim und notwendig. Vor allem gegenüber Polizisten und Rechtsextremisten ist kaum mehr eine Hemmschwelle zur Gewaltanwendung vorhanden. Politisch motivierte Gewalt dient Autonomen als „Geburthelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die angestrebte herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der demokratische Rechtsstaat als Garant der bisherigen Ordnung beseitigt werden.¹¹

Sicherlich waren Abenteuerlust und (männliches) Imponiergehabe keine unwesentlichen Motivationsfaktoren für

die exzessive Gewalt von Hamburg. Behauptungen, es handele sich bei den Gewalttätigen nur um Event-orientierte Jugendliche ohne politischen Hintergrund, widersprechen die Autonomen selber. So heißt es in einer ihrer Stellungnahmen zu den Gipfelprotesten: „Und natürlich sind Plünderungen sowohl ein Mittel autonomer Politik als auch ein legitimer Ausdruck sozialen Aufbegehrens [...] nothing is more political than creating such a space like this.“¹² In einem anderen Beitrag betonen sie: „Die Plünderung eines Ladens ist der kollektive Bruch mit dem Recht auf Eigentum. Kein Steinwurf auf die Polizei war jemals unpolitisch.“¹³

Als Vorbilder für die gewaltsamen Proteste von Hamburg dienten vor allem die gewalttätigen Ausschreitungen vom Dezember 2013 in Hamburg, als das Gerücht verbreitet wurde, die Räumung

AUTONOME definieren ihren Gewalteinsatz als politisches Mittel.

der „Roten Flora“ stünde unmittelbar bevor, und die Krawalle während der EZB-Eröffnung vom März 2015. Auch diesmal spielten die postautonomen Bündnisse bei Planung und Choreografie der Proteste wieder eine zentrale Rolle. Vor allem die IL hatte auf eine Spektren übergreifende Mobilisierung gesetzt und sowohl extremistische als auch demokratische Organisationen gezielt in die Mobilisierung integriert. Vor allem die Postautonomen prägten die

Vorbereitungen der Proteste und blockierten an den Gipfeltagen die Zufahrtswege zu den Gipfelorten und banden so die Polizeikräfte. Dadurch schufen sie den Raum für autonome Gewalttaten in den Teilen von Hamburg, die von der Polizei aus Personalmangel kaum mehr zu schützen waren.

Auch im Nachhinein haben sich die IL und das uG weder von den Gewalttaten distanziert noch die daran beteiligten Gruppierungen verurteilt. So heißt es bei der IL zwar mit Blick auf die gewalttätigen Aktionen: „Es waren nicht unsere Aktionen.“ Zugleich betont sie: „Aber wir können und wollen die Feuer der Freitagnacht nicht aus dem Ausnahmezustand lösen, in dem sie stattfanden. Wenn die Polizei über Tage hinweg Menschen drangsaliert, schlägt und verletzt, sich wie eine Besatzungsarmee aufführt, die von Deeskalation noch nie etwas gehört zu haben scheint, dann bleibt irgendwann die spontane Antwort nicht aus. Wir haben schon vorher gesagt, dass wir uns nicht distanzieren werden und dass wir nicht vergessen werden, auf welcher Seite wir stehen.“ Darüber hinaus heroisiert sie in pathetischen Worten die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu einer Art „Fronterlebnis“: „Wir wurden angegriffen, gestoppt und geschlagen. Doch wir standen wieder auf, sammelten uns neu und machten weiter.“¹⁴

Ausblick

Der G20-Gipfel von Hamburg hat die von den Sicherheitsbehörden zuvor aufgestellten Prognosen über das Auftreten gewaltbereiter Linksextremisten in erschreckender Art und Weise bestätigt. Die Gewaltintensität übertraf alle Befürchtungen und stellt eine neue Dimension linksextremistischer Gewalt dar.

Dabei war es absehbar, dass es zu einer Eskalation kommen würde. Nachdem der G7-Gipfel von Elmau aus Sicht der linksextremistischen Szene ein Flop war, konnte sie in Hamburg nun endlich wieder beweisen, zu was sie fähig ist. Im Gegensatz zu Elmau befand sie sich in der Hansestadt in einem ihr vertrauten Umfeld. Als urbane Szene verfügte sie dort nicht nur über die für sie notwendige Infrastruktur, um sich vollständig entfalten zu können, sondern auch über den erforderlichen Agitations- und Rückzugsraum, ohne den sie kaum handlungsfähig ist. Zudem konnte sie sich seit mehr als einem Jahr generalstabsmäßig auf dieses Gipfeltreffen vorbereiten. Diese für sie „idealen“ Bedingungen ermöglichten es ihr, militante und klandestine Aktionen in einem ganz anderen quantitativen und qualitativen Ausmaß zu planen und durchzuführen als zuvor.

Ob die gewalttätigen Proteste eine Niederlage für die postautonomen Bündnisse IL und uG in der Auseinandersetzung mit den „klassischen“ Autonomen bedeuten, bedarf noch der weiteren Klärung. Zwar wertete die IL die durchgeführten Aktionen als Erfolg. Dennoch kann sie nicht leugnen, dass die inhaltliche Kritik an dem Gipfeltreffen ebenso wie weitgehend friedlich verlaufende Proteste unter postautonomer Regie wie die Hafen- und Innenstadtblockade durch die exzessive autonome Gewalt in der öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung nahezu vollständig überdeckt wurden. Die autonome Gewalt von Hamburg dürfte daher eher nicht im Sinne der auf die Vermittelbarkeit ihrer Taten bedachten postautonomen Gruppierungen gewesen sein. Vor allem die IL muss nun damit rechnen, dass das bürgerliche Verständnis

für „linke“ Themen dadurch verloren gehen könnte. Ihr Ansatz, durch den taktischen Verzicht auf autonomen Habitus und Gewalt den Brückenschlag ins demokratische Spektrum zu schaffen, dürfte dadurch, zumindest vorerst, einen Rückschlag erlitten haben.

Zumindest vorerst scheint der „klassische“ Autonome in der innerautonomen Auseinandersetzung im Vorteil zu sein. Er – und nicht die IL oder das uG – bestimmte die Gewaltintensität und

Die Gewalt der „klassischen“ Autonomen hat den Linksextremisten GESCHADET.

dominierte dadurch die öffentlichen und veröffentlichten Bilder. Vor allem sich als Insurrektionalisten verstehende Autonome setzten weiterhin auf eine „Propaganda der Tat“. Dieser aus anarko-kommunistischen und individualanarchistischen Elementen bestehende „aufständische Anarchismus“ steht für Klassenkampf, kompromisslose Opposition und permanente Attacken auf den sozialen und politischen Gegner. Insbesondere die Auseinandersetzung zwischen den Postautonomen einerseits und den Autonomen insurrektionalistischer Ausprägung andererseits wird die Diskussion innerhalb des autonomen Spektrums um deren künftige Ausrichtung weiter befeuern. Die IL hat bereits angekündigt: „Über das politische Konzept des Insurrektionalismus wird kritisch zu reden sein.“¹⁵

Für die Sicherheitsbehörden gilt es, die Entwicklung der autonomen Szene aufmerksam zu beobachten und zu analysieren, um präventiv und repressiv auf sie reagieren zu können. Vor allem die Rolle ausländischer Linksextremisten bedarf noch der näheren Aufklärung. Wie schon bei den Protesten gegen die EZB-Eröffnung spielten auch diesmal wieder vor allem Skandinavier und Italiener eine nicht unbedeutende Rolle. Generell muss das linksextremistische Spektrum weiter aufgeklärt und versucht werden, dass Sympathisanten-Umfeld vom gewaltbereiten Kern zu trennen. Der harte Kern der Szene, insbesondere an Brennpunkten, sollte bereits im Wege der polizeilichen Gefahrenabwehr in seinem Aktionsradius gezielt eingeschränkt werden.

Gefordert sind aber auch Politik und Gesellschaft. Sie müssen mit einem klaren Handlungskonzept der linksextremistischen Gewalt entgegentreten. Gewalt, von wem auch immer sie ausgeht, muss politisch und gesellschaftlich geächtet werden. Rechtsfreie Räume dürfen nicht geduldet werden. Das gilt insbesondere für autonome Zentren wie die „Rote Flora“, die teilweise schon seit Jahrzehnten existieren. Zu sprechen sein wird auch noch über die Sinnhaftigkeit, Veranstaltungen wie den G20-Gipfel in Metropolen stattfinden zu lassen, erst recht in solchen mit einer ausgeprägten linksalternativen Klientel.

**Der harte Kern der Szene muss
ISOLIERT werden.**

Um dem gewaltbereiten Linksextremismus künftig Herr werden zu können, bedarf es eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes, in dem Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung miteinander verzahnt werden. In diesem Punkt sollte Einigkeit zwischen allen demokratischen Parteien herrschen. ///



/// DR. UDO BARON

ist Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Bereich Linksextremismus, Hannover.

Anmerkungen

¹ Bundesministerium der Finanzen: Gruppe der Zwanzig (G20), http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Informelle_Gremien_der_Zusammenarbeit/G20-7292.html, Stand: 30.6.2017.

² Wilde, Florian: Neoliberale Agenda entlarven, in: Junge Welt, 8./9. April 2017, S. 3.

³ Baron, Udo: Vom Autonomen zum Postautonomen - Wohin steuert die autonome Bewegung?, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II), hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl / Rheinland 2016, S. 73 f.

⁴ Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Inneres und Sport Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2016, Hamburg 2017, S. 103 f.

⁵ Wilde, Florian: Großer Erfolg. Anmerkungen zu den Protesten gegen den G20-Gipfel, in: Junge Welt, 21.7.2017, S. 12 f.

⁶ Die Fünf-Finger-Taktik beschreibt eine Vorgehensweise größerer Menschengruppen zum Umgehen von Polizeiabsperungen. Bei der Fünf-Finger-Taktik setzt sich der zunächst geschlossene Demonstrationszug aus mehreren Blöcken zusammen, deren Teilnehmer sich einer bestimmten Farbe oder Symbolik zuordnen. Beim Zusammentreffen mit einer Polizeiabsperung teilt sich der Zug in eine erforderliche Anzahl an Blöcken in verschiedene Richtungen auf, um die Absperung

umfließen und sich dahinter wieder sammeln zu können. Der Name Fünf-Finger-Taktik entstand, da es sich meist um fünf Blöcke handelt, die sich in verschiedene Richtungen auffächern wie fünf spreizende Finger. Die einzelnen Blöcke bestehen wiederum aus sogenannten Bezugsgruppen, was ein weiteres systematisches Zerstreuen in einzelne Gruppen ermöglicht. Umgesetzt wurde dieses Prinzip bisher vor allem in schwer absper- und kontrollierbaren Flur- und Waldgebieten.

⁷ Pergande, Frank: Die bittere Erfahrung des Schanzenviertels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.2017, S. 3.

⁸ Ebd.

⁹ Smash G20: Ganz Hamburg hasst die Polizei / Die ganze Welt hasst die Polizei, in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/207876>, Stand: 21.7.2017.

¹⁰ Shutdown G20: Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg, in: <https://linksunten.indymedia.org/en/node/215853>, Stand: 1.6.2017.

¹¹ Baron, Udo: Pippi Langstrumpf oder: Was ist ein Autonomer?, in: Deutschland Archiv Nr. 1/2012, S. 60-68.

¹² voices from hamburg, G20: Anna & Artur haltens Maul - die Flora redet (sich um Kopf und Kragen), in: <https://linksunten.indymedia.org/it/node/217950>, Stand: 17.7.2017.

¹³ Autonome Antifa Freiburg: Hamburg brennt für unsere Herzen, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/219183>, Stand: 24.7.2017.

¹⁴ IL: Die rebellische Hoffnung von Hamburg, <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg>, Stand: 19.7.2017.

¹⁵ Ebd.

/// Innovation und Energietechnologie

WIE HÄLT DEUTSCHLAND ES MIT DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK IM WAHLJAHR?

PHILIPP NIESSEN /// Angela Merkel im Strandkorb beim G8-Gipfel von Heiligendamm 2007 oder mit Obama in Elmau 2015 – diese Bilder der „Klimakanzlerin“, stellvertretend für die „Vorbildfunktion“ der Bundesrepublik, prägten sich im kollektiven Gedächtnis ein. Seitdem hat sich die Weltpolitik rasant verändert.

Der G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 war sinnbildlich. Aus der Runde der vergangenen, illustren Gipfelabschlussbilder ist fast nur die deutsche Bundeskanzlerin übrig geblieben. In Hamburg wurde das Pariser Abkommen zwar mit 19 zu 1 gegen Präsident Trump und die Vereinigten Staaten bestätigt, höhere Ziele oder die, selbst nur für das Erreichen des „2-Grad-Ziels“ notwendigen konkreten CO₂-Minderungsbeiträge blieben aber aus. Thematisch haben in Europa ohnehin die Sorgen über die Zukunft der EU sowie Herausforderungen bei der inneren und äußeren Sicherheit der Klimapolitik den Rang abgelaufen. Nichtsdestotrotz ist der Klimawandel weiter Grund genug, im Wahljahr die Energie- und Klimapo-

litik nicht aus den Augen zu verlieren. Ein veränderter Fokus, hin zu Innovation, Energietechnologie und industrieller Zukunft, wird dabei jedoch nötig sein.¹

Energiewende und Dekarbonisierung

2017 steht Deutschland in mehrfacher Weise im Fokus der internationalen Klimapolitik. Zum einen kommt im November mit der COP 23 die Klimakonferenz des United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) in Fortsetzung des Paris-Abkommens in Bonn zusammen. Bereits im Juli war Deutschland Gastgeber des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Hamburg.



Gewerkschafter der „Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie“ (IGBCE) protestieren gegen die illegale Besetzung des Braunkohlentagebaus in der Lausitz durch Aktivisten der Anti-Kohle-Initiative „Ende Gelände“ im Mai 2016.

Zum anderen kristallisieren sich in Deutschland 2017 innenpolitisch wesentliche Konfliktlinien der Energie- und Klimapolitik heraus. Im Wahljahr muss bei der Frage, „Wie hältst du es mit dem Klima?“, Klarheit geschaffen werden. Es wird immer deutlicher, dass der selbsternannte „Klimachampion“ Deutschland sein bis 2020 auf EU-Ebene

ne fest vereinbartes CO₂-Einsparziel von minus 40 % gegenüber 1990 nicht erreichen wird.² Seit nunmehr fast 10 Jahren stagnieren trotz der rapiden Energiewende im Stromsektor die deutschen CO₂-Emissionen. Auch über die langfristige Dekarbonisierungsstrategie des Landes gehen die Vorstellungen weit auseinander. Welche dicken Bretter dafür noch gebohrt werden müssen, zeigt die anhaltende Debatte um das Datum eines möglichen Kohleausstiegs.

Generell tritt immer dann heftiger Widerstand von gesellschaftlichen Akteuren bei politischen Vorhaben auf, wenn aus den wolkigen politischen Absichtserklärungen, Plänen und Zielen in den Mühlen des politischen Interessenausgleichs und der Mehrheitsfindung

Deutschland hat seine klimapolitischen Ziele bislang NICHT erreicht.

konkrete Gesetzesmaßnahmen entstehen sollen. Die erste Ebene der politischen Absichtserklärung wurde dabei bisher jedoch bei einem bisher hypothetischen Kohleausstieg in Deutschland noch nicht einmal erreicht. Während die generellen Ziele der Energiewende vom Sommer 2011 eine Reduktion der CO₂-Emissionen von 80 bis 95 % bis 2050 vorsehen, gibt es keinen Beschluss zu diesem, für die Klimapolitik wesentlichen Sektor. Bisher ist die Debatte nicht über die Szenarien einiger berühmter Forschungsinstitute und NGOs sowie über das Wahlprogramm der Grünen hinausgegangen. Von einem breiten Konsens im weiteren Parteienspektrum kann keine Rede sein. So findet sich beispielsweise im Wahlprogramm der SPD, dem wohl präferierten Koalitionspartner der Grünen, kein Hinweis auf einen Kohleausstieg.

Die Dekarbonisierung der Volkswirtschaft um 80 bis 95 % erfordert dabei jedoch noch deutlich weitergehende Maßnahmen als den Kohleausstieg. Unklar ist, wie diese in der zunehmend technisierten und digitalisierten Industriegesellschaft Deutschlands im Detail überhaupt bewerkstelligt werden können und welche Abwägungen dazu nötig sind. So wären wohl die Komplettumstellung des Mobilitätssektors auf elektrische oder alternative Antriebe, vollkommen neue Werkstoffe in der Industrie und der Umbau der Landwirtschaft erforderlich. Ein gesamtgesellschaftlicher Konsens hierzu liegt jedoch in weiter Ferne. Auch hat bisher niemand die Kosten und gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen dieser Mammutaufgaben realistisch bewertet. Nach der Bundestagswahl müssten aber, alleine aufgrund der langfristigen Planungs- und Wirkungszeiträume der

Energie- und Klimapolitik, sehr bald die Weichen gestellt werden, wenn die Dekarbonisierungsziele der Energiewende oder der deutsche Beitrag zum Pariser Klimavertrag auch nur ansatzweise Umsetzung erfahren sollen. Das „Window of Opportunity“ schließt sich bald. Besonderes Augenmerk wird daher auf einem möglichen Koalitionsvertrag liegen. Wenn Deutschland bei der Klimaschutzpolitik möglicherweise das Tempo drosselt, wird dies auch international wahrgenommen. Deutschland war schließlich in den vergangenen Jahren Vorreiter der internationalen Klimadiplomatie.

Dauerkrise und Populismus

Die anstehenden energie- und klimapolitischen Entscheidungen vollziehen sich zu einer Zeit richtungsweisender Wahlen und Entscheidungen in Deutschland und in Europa. Die Klimapolitik hat dabei gerade angesichts der,

Den Klimaschutzplänen fehlt bislang die KONKRETISIERUNG.

den Kontinent im Griff habenden migrations-, sicherheits- und außenpolitischen Themen politisch einen schweren Stand. Auch scheint der „Pariser Moment“ seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten zunehmend verblasst. Die Wahl von Trump markiert dabei vielleicht den Höhepunkt, vielleicht aber auch erst den Anfang eines anhaltenden „Back-

clashes“ im Westen gegen als progressiv definierte Politikideen, die zunehmend unbeliebte „Expertokratie“ und multilaterale Ansätze.

Schließlich ist sogar im generell klimafreundlichen Deutschland zunehmend spürbar, was in der Wahl des ausgesprochenen Klimaskeptikers Donald Trump im letzten Jahr in den USA beeindruckend zum Ausdruck kam. Klimaschutzpolitik wird, auch angefeuert durch erfolgreiche neue politische Strömungen, zunehmend als Lieblingspolitik einer entrückten, globalisierten Kaste der urbanen Politik-Manager, Experten und NGO-Spindoktoren ohne gesamtgesellschaftliche Rückkoppelung gebrandmarkt. Als Aktivisten der Anti-Kohle-Initiative „Ende Gelände“ im Mai 2016 den Braunkohlentagebau in der Lausitz illegal besetzten und lahmlegten, traten ihnen nicht nur der Werkchutz und die Polizei entgegen. Es versammelten sich auch wütende Gewerkschafter der „Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie“ (IGBCE).³ Dies mag ein drastischer Einzelfall sein, aber mit Symbolkraft. Es war ebenfalls die IGBCE, die im April vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin Kohlekumpel aufmarschieren ließ, was besonders den wirtschaftspolitischen Flügel der SPD in Unruhe versetzte.⁴

Während die Vorteile einer ambitionierten nationalen Klimaschutzpolitik vielen als langfristig und vage erscheinen, sind die Nachteile klimapolitischer Maßnahmen wie beispielsweise ein Ende des Braunkohlentagebaus schließlich für jedermann direkt greifbar. Profite und Defizite sind dabei auch regional ungleich verteilt.

In einem Wahljahr sind solche Entwicklungen nicht zu unterschätzen. Trump gewann nicht zuletzt mit dem

Versprechen, „make coal great again“ in den traditionellen US-Bundesstaaten der Schwer- und Rohstoffindustrie, dem sogenannten „Rust Belt“. Auch Europa und Deutschland haben ihre eigene Form dieses Phänomens, beispielsweise in den traditionellen Kohleregionen Nordrhein-Westfalens, Lothringens oder Polens. Dort steckt man noch mitten in der Bewältigung des Struktur-

Der WIDERSTAND gegen klimapolitische Maßnahmen und die Energiewende wächst.

wandels seit den 80er-Jahren. Es ist daher kein Wunder, dass sich heute in Deutschland die AFD für die Kohle ausspricht und gerade in diesen, vom Strukturwandel betroffenen Regionen in NRW oder Mitteldeutschland erfolgreich ist und dabei auch impulsgebend in die anderen Parteien hineinwirkt.

Bisher hat die Energiewende vor allem den Stromsektor erfasst und dort die tiefhängenden Früchte beim Ausbau der erneuerbaren Energien geerntet. Weitere Schritte der Dekarbonisierung im Strom- und vor allem in den anderen Sektoren werden bei ausbleibenden Technologiesprüngen komplexer, aufwendiger und somit teurer und auch sozial potenziell disruptiver werden. Es ist bemerkenswert, dass sich mittlerweile mit Robert Habeck sogar Spitzenvertreter der Grünen für eine Drosselung des Windkraftausbaus in Schleswig-Holstein aussprechen, da in der Bevölke-

rung die Akzeptanz für „eine Energiewende mit der Planierdraht“ schwindet.⁵ Ein verschärftes „Weiter so“ bei der Energiewende wird also nicht lange zu tragen sein. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da sich der Klimaschutz und die Energiewendepolitik in Deutschland bisher nicht zuletzt auch auf gut organisierte Fürsprache in der Zivilgesellschaft verlassen konnten. Das Aufkommen der heute noch begrenzten Gegenbewegungen fordert diese Unterstützung heraus.

Dekarbonisierung neu denken

Das ist Grund genug, über Klima- und Energiepolitik verstärkt nachzudenken und einige Politikinstrumente anzupassen bzw. auszubauen. Schließlich verschwindet die Herausforderung Klimawandel nicht gleichfalls mit der stärkeren Präsenz anderer Themen in den Medien.

Der deutsche Anteil an den globalen CO₂-Emissionen macht dabei gerade noch 2,25 % aus und ist weiter rückläufig. Die größte klimapolitische Herausforderung liegt daher im industriellen Wachstum der Schwellenländer. Deren bevölkerungs- und entwicklungspolitische Prioritäten sind dabei nicht mit denen einer saturierten, alternden Gesellschaft wie der deutschen vergleichbar. Auch ist die Postwachstumsmentalität mancher Gruppen in Deutschland kaum nach Vietnam, Nigeria oder Indonesien übertragbar. Es ist daher entscheidend, dass in Deutschland im Rahmen der Energiewende technische Lösungen für die Dekarbonisierung entwickelt werden, die international anschlussfähig sind. Selbst die vollständige Dekarbonisierung Deutschlands würde den Klimawandel wohl nur unbedeutend verzögern. Entwickelt Deutschland

als Labor der Welt jedoch klimafreundlichere Energietechnologien für die Bedürfnisse der Schwellen- und Entwicklungsländer, ist der Effekt ein Vielfaches der rein nationalen Anstrengungen.

Auch als Antwort auf die populistische Welle sollten wirtschaftliche Folgen stärker untersucht und positive Auswirkungen der Energiewende stärker betont werden. Wenn Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz in einem veränderten gesamtgesellschaftlichen Umfeld weiterhin erfüllen möchte, müssen Dekarbonisierung und Energiewende stärker als Industrie-, Innovations- und Technologieprojekt begriffen werden. „Ohne schwarze Zahlen keine grünen Gedanken“, fasste es der ehemalige BDI-Chef Ulrich Grillo bereits 2013 in einem Interview zusammen.⁶ Der heute dominante Fokus der Politik auf die bloße, numerische Zielerreichung bei klimapolitischen Planvorgaben zu bestimmten Jahreszahlen ist zu eng.

Es gibt bereits zahlreiche, weltweit bedeutende Meilensteine beim Umbau des deutschen Energiesystems. Zuletzt

Die POSITIVEN Auswirkungen müssen stärker betont und vermittelt werden.

sorgte die Meldung, dass der Energieversorger EnBW für seinen zukünftigen 900 MW Offshore-Windpark „He Dreiht“ in der Nordsee vollkommen ohne Subventionen auskommen wird,⁷ für Aufsehen. Es ist jedoch keineswegs

so, dass die Energiewende nur einen überzeugenderen Kommunikationsberater braucht. Im Hinblick auf wirtschaftliche Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Innovation stockt es noch. Laut des Energiewende-Index der Unternehmensberatung McKinsey fiel die Anzahl der Energiewendejobs im vierten Jahr in Folge von 355.400 auf nun 330.000.⁸ Erstmals kam es 2016 auch zu einem Jobverlust in den stromintensiven Industrien.

Damit die Energiewende und weitere Projekte des zukünftigen Dekarbonisierungspfades erfolgreicher werden und aus sich selbst heraus stärker überzeugen, sollten vor allem das technologische Innovationspotenzial und Fragen der Forschung und Entwicklung (F&E) stärker betrachtet werden. Wenn Deutschland mit neuen Energietechnologien Leitanbieter für eine internationale Energiewende wird, profitieren letztendlich Unternehmen und Arbeitnehmer. Auch steigt die Akzeptanz der Energiewende, wenn Entwicklungen stärker als Ergebnis von marktwirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen wahrgenommen werden und nicht als Ergebnis eines von oben verordneten politischen Entscheidungsprozesses.

Eine langfristig tragbare Dekarbonisierung

In der europäischen und deutschen Wirtschaftsordnung sind es letztendlich private Unternehmen, die Technologien für eine klimafreundlichere Energiezukunft bereitstellen. Aber auch dem Staat kommt eine wichtige Rolle zu, v. a. bezüglich der Energieforschungspolitik. Schließlich zeichnet sich der Innovationsprozess bei Energietechnologien durch ein überdurchschnittliches Risiko-

koprofil für privatwirtschaftliche Akteure aus. Häufige Kurskorrekturen bei der energiepolitischen und regulatorischen Rahmensetzung sind nicht zuletzt dafür verantwortlich. Die kapital- und zeitintensiven Forschungs- und Innovationsanstrengungen der Industrie sind nur unzureichend auf diese häufigen politischen Kurskorrekturen vorbereitet.

In Deutschland wie auch andersorts in der EU hat sich aus diesem Grund bei der Energieforschung eine Arbeitsteilung zwischen Privatwirtschaft und

Privatwirtschaft und Staat müssen bei der ENERGIEFORSCHUNG eng kooperieren.

Staat herauskristalliert. Generell nimmt der Anteil der Privatwirtschaft an den Forschungsbudgets mit zunehmender Marktnähe des entsprechenden Produkts zu und liegt insgesamt deutlich über den öffentlichen Mitteln. Gerade in der Frühphase kann aber das Geld der Steuerzahler dabei helfen, einen Teil des hohen inhärenten Risikos für die Privatwirtschaft zu mindern. Wenn die Technologieentwicklung dann zur Marktreife geführt wird, profitieren sowohl die Privatwirtschaft als auch der Staat. Bestenfalls ist die Energieforschungspolitik technologieoffen und an internationalen Marktentwicklungen ausgerichtet.

Ausgaben für die Energieforschungspolitik verlaufen zyklisch und folgen der politischen Weichenstellung. Die Höhe

und Verwendung der zur Verfügung gestellten Gelder unterlag in der Vergangenheit jedoch starken Schwankungen.⁹ So investierte der Staat z. B. in Folge der Ölkrisen in den 70er-Jahren massiv und schwerpunktmäßig im Bereich der Kernforschung. In der Phase der Liberalisierung in den IEA-Staaten und sinkender Brennstoffpreise gingen die staatlichen Beiträge zur Energieforschung dann zurück und verloren auch an Gewicht in Relation zu anderen öffentlich geförderten Forschungsfeldern. Ein extremes Beispiel stellt das Vereinig-

Die Energiewende kann nur mit intensiver Forschungs- und Entwicklungsarbeit **GELINGEN**.

te Königreich dar, wo die Ausgaben von mehr als 700 Mio. £ pro Jahr zu Beginn der 80er-Jahre auf rd. 50 Mio. Pfund zu Beginn der Jahrtausendwende fielen. Infolge der zunehmenden Dekarbonisierungsbestrebungen wurden die staatlichen Beiträge zuletzt wieder erhöht und vor allem für Forschungsfelder verwendet, die gedanklich mit der Energiewende verbunden werden. In Deutschland gab der Bund so 2006 rd. 400 Mio. € für die gesamte Energieforschung, inklusive Nuklearforschung und fossiler Forschung, aus. Bis 2016 konnten die Ausgaben mit 875 Mio. €¹⁰ mehr als verdoppelt werden. Ein Großteil der Aufwendungen entfällt dabei heute auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Einen solchen Wachstumskurs gilt es, weiter zu halten, wenn die Aussicht über einen „bottom-up“-Umbau der deutschen Energielandschaft hin zu einer klimaverträglicheren Zukunft gewahrt werden soll. Jeder Euro an staatlicher Unterstützung in dieser Phase zieht zudem private Investitionen nach sich und hat somit eine enorme Hebelwirkung.

Es ist natürlich so, dass Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen erst mittel- und langfristig wirken. Sie sind aber die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Energiewende und eine nachhaltigere Klimapolitik angesichts der zunehmenden technologischen Komplexität, der sich abzeichnenden Akzeptanzprobleme und mit Blick auf die globalen Herausforderungen überhaupt eine Chance auf Erfolg hat. ///



© Christian Krupp

/// PHILIPP NIESEN

ist Referent für Energiepolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), sowie Research Associate am European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS), King's College London.

Anmerkungen

¹ Der Beitrag repräsentiert die private Meinung des Autors.

² So eine im März 2017 veröffentlichte Prognose des Bundesumweltamts, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/klimawandel-co2-ausstoss-von-kfz-behindern-klimaziele-14927257.html>

³ Weitere Informationen unter <http://www.taz.de/15305477/>

⁴ Siehe <http://www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/energie-streit-um-kohle-abgabe-druck-auf-gabriel-waechst-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-150425-99-01253>

⁵ Siehe <https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article155534032/Gruener-Superstar-faellt-Windkraft-Lobby-in-den-Ruecken.html>

⁶ Siehe <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/im-gespraech-bdi-praesident-ulrich-grillo-ohne-schwarze-zahlen-keine-gruenen-gedanken-12041221.html>

⁷ Siehe <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/erneuerbare-energien-preissensations-bei-offshore-windenergie-19671984.html>

⁸ Vgl. <https://www.mckinsey.de/energiendeutschland-die-kosten-steigen-weiter>

⁹ Vgl. Internationale Energie Agentur (IEA), https://www.iea.org/media/statistics/topics/IEA_RDD_Factsheet_2016.pdf, S. 3

¹⁰ Siehe Bundesbericht Energieforschung 2016., <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/bundesbericht-energielforschung-2016.html>

/// Abgehängt oder vorne dran?

GERECHTIGKEIT UND INFRASTRUKTURPLANUNG

MATHIAS JEHLING / THOMAS HARTMANN /// Mit der Entscheidung, wo und wie Infrastrukturen geschaffen werden, werden einige Räume bevorzugt und andere vernachlässigt. Die Entscheidung über die Verwendung öffentlicher Gelder für den Infrastrukturausbau stellt folglich einige Menschen besser und andere hingegen schlechter. Hierdurch stellt sich die grundsätzliche Frage nach einer gerechten Infrastrukturplanung.

Einführung

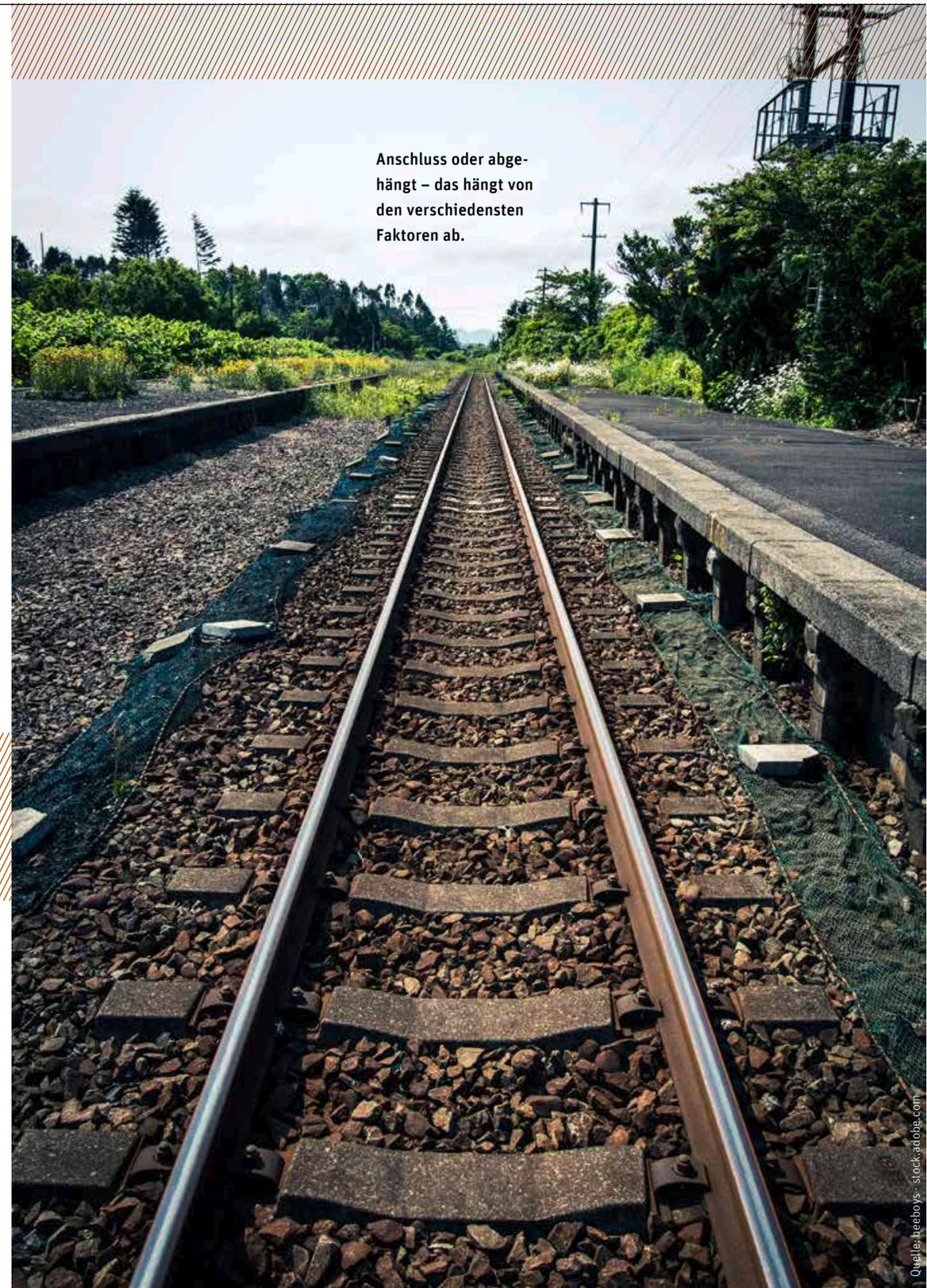
Mit Infrastrukturen vom Verkehrsnetz bis hin zu Bildungseinrichtungen schaffen wir Grundlagen für das alltägliche Leben in den Städten und im ländlichen Raum. Mit der Entscheidung, wo und in welchem Maße Infrastrukturen geschaffen werden sollen, werden einige Räume bevorzugt und andere in ihrer Entwicklung nicht gefördert oder eingeschränkt. Die Entscheidungsfindung, wo öffentliche Gelder für den Infrastrukturausbau verwendet werden sollen, wird in Deutschland durch die gesamträumliche Planung koordiniert. Diese Raumordnung macht je nachdem Menschen ärmer oder reicher. Hierdurch ergeben sich Konflikte und es stellt sich die grundsätzliche Frage, wie eine gerechte Infrastrukturplanung aussehen müsste. Diese Frage ist inhärent

INFRASTRUKTURPLANUNG ist normativ
und politisch

normativ und politisch. Unterschiedliche Akteure, Entscheidungsträger und Parteien haben unterschiedliche Antworten auf diese Frage.

Der Beitrag illustriert dies anhand dreier gegensätzlicher Szenarien, ohne dabei direkten Bezug zu politischen Parteien zu nehmen. Diese Szenarien sollen helfen, fundierter mit konkurrierenden Gerechtigkeitsmaßstäben in der Planungspraxis umgehen zu können. Hierzu werden in einem Gedankenexper-

Anschluss oder abgehängt – das hängt von den verschiedensten Faktoren ab.



ment verschiedene ethische Gerechtigkeitsvorstellungen einem realen Fall von Infrastrukturausbau modellhaft gegenübergestellt. Ausgangspunkt ist hierzu – lediglich zu Zwecken der Illustration – der Ausbau des Stadtbahnnetzes des Umlandes der Stadt Karlsruhe. Schlussendlich zielt der Beitrag auf die zentrale gesellschaftliche Herausforderung, in planerischen Entscheidungsprozessen nicht vereinbare, gegenläufige ethische Prinzipien zu berücksichtigen und zu einer koordinierten und in sich schlüssigen Raumentwicklung zusammenzuführen.

Drei idealtypische Gerechtigkeitsmodelle

Utilitarismus

Eine klassische ethische Grundhaltung ist der „Utilitarismus“ als Streben nach dem größten Glück für die größte Anzahl Betroffener. In der räumlichen Planung lässt sich dieser Maßstab in der Kosten-Nutzen-Analyse wiederfinden, die den größten gesellschaftlichen Nutzen bei den geringsten Kosten sicherstellen soll. Deutlich wird dabei auch, dass es zur Umsetzung dieses Gerechtigkeitsmaßstabes eines zentralen Akteurs, nämlich des Staates, bedarf, der entscheidet, was Glück oder Nutzen ist, um abwägen zu können. Die Umsetzung eines solchen Gerechtigkeitsmaßstabes in der räumlichen Planung erfordert also eine starke Institution.

Liberalismus

Der Liberalismus stellt die Rechte und die Freiheit jedes Einzelnen in den Mittelpunkt. In der Planung könnten das etwa Gemeinden, Hausbesitzer oder Wohnungssuchende sein. Individuelle Entscheidungsfreiheit und Chancengleichheit sind unumstößlich die

Im Liberalismus ist jeder SELBST für sein Verhalten verantwortlich.

Grundwerte des Liberalismus. Um dies erfüllen zu können, muss jeder für sein Verhalten und dessen Konsequenzen als selbst verantwortlich zeichnen. Individuelle Leistung muss sich demzufolge auszahlen, der Staat sollte so wenig wie möglich intervenieren. Die räumliche Entwicklung ist folglich das Ergebnis eines Wettbewerbs zwischen sich selbst verantwortlichen Akteuren, die auf Angebot und Nachfrage reagieren. Die Aufgabe der Raumplanung als Institution beschränkt sich hier auf das Vermeiden von Marktversagen.

Sozialgerechtigkeit

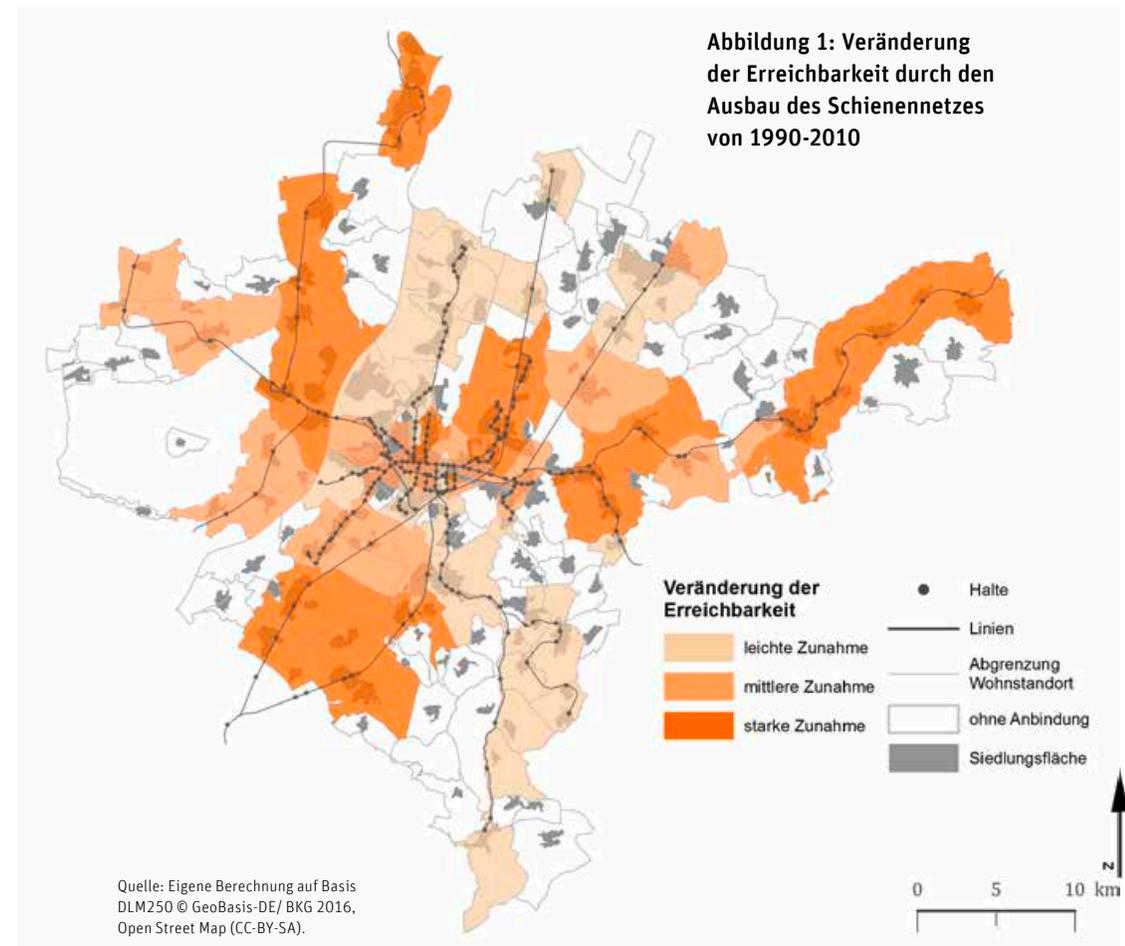
Sozialgerechtigkeit, häufig auch als Fairness bezeichnet, lehnt ebenso wie der Liberalismus die Idee, das Glück einiger zum Nutzen anderer zu opfern, ab. Anders als die libertäre Position steht die soziale Gerechtigkeit allerdings für eine Gleichheit im Ergebnis. Alle Menschen sollen die gleichen (Mindest-)Standards zur Verfügung haben, ungeachtet ihrer Stellung oder Leistung. Um dies zu erreichen, ist eine Umverteilung von Ressourcen von Reichen hin zu Ärmern geboten. Allerdings darf dies nicht mit dem utilitaristischen Prinzip des „größten Glücks der größten Zahl“ verwechselt werden. Es geht nicht um eine Kosten-Nutzen-Betrachtung, sondern um Orientierung am Schwächsten in der Gesellschaft. Die räumliche Entwicklung soll entsprechend für alle

Menschen einen gleichen Zugang zu Infrastrukturen und Einrichtungen und über diesen zur gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen. Häufig, wenn von Gerechtigkeit in der politischen Debatte die Rede ist, wird implizit auf diese Gerechtigkeit verwiesen, ohne dies direkt zur Sprache zu bringen.

Für die Infrastrukturplanung stellen sich diese Gerechtigkeitsmaßstäbe nun als Dilemma dar, denn Gerechtigkeit lässt sich nur innerhalb einer der jeweiligen Maßstäbe erkennen, die sich untereinander zum Teil sogar widersprechen.

Gedankenspiel: drei Szenarien zur räumlichen Gerechtigkeit

Die räumliche Relevanz der drei Gerechtigkeitsmodelle soll am Beispiel der Schieneninfrastruktur in der Stadtregion Karlsruhe veranschaulicht werden.¹ Die Bevölkerung der Stadtregion ist seit 1990 stark gewachsen. Dementsprechend galt es, gut erreichbaren Wohnraum zu schaffen. Hierzu wurde das Schienennetz ausgebaut, um die Erreichbarkeit der Wohnstandorte durch den Schienenpersonennahverkehr in der Region zu verbessern. Abbildung 1 zeigt, welche



Für die Infrastrukturplanung werden die Gerechtigkeitsmaßstäbe zum **DILEMMA.**

Wohnstandorte durch den Ausbau besonders profitiert haben.

Wie aber wäre der Ausbau der Infrastruktur von 1990 bis heute verlaufen, wenn dieser ausschließlich nach einem

Gerechtigkeitsmaßstab erfolgt wäre? Beginnen wir mit der modellhaften Entwicklung nach einem utilitaristischen Gerechtigkeitsmaßstab (maximaler Nutzen, minimales Leid). Demnach hätten sich die Planer beim Ausbau daran orientiert, dass möglichst viele Menschen von einer besseren Anbindung profitieren und die Kosten dafür möglichst gering bleiben. Dies wäre dort der Fall, wo die Bevölkerungsdichte am höchsten ist und wo bereits Infrastruktur vorhanden ist (siehe Abb. 2).

Beim Liberalismus wäre die Bevölkerungsentwicklung das Ergebnis frei-

Abbildung 2: Szenario eines Ausbaus nach dem utilitaristischen Gerechtigkeitsmaßstab

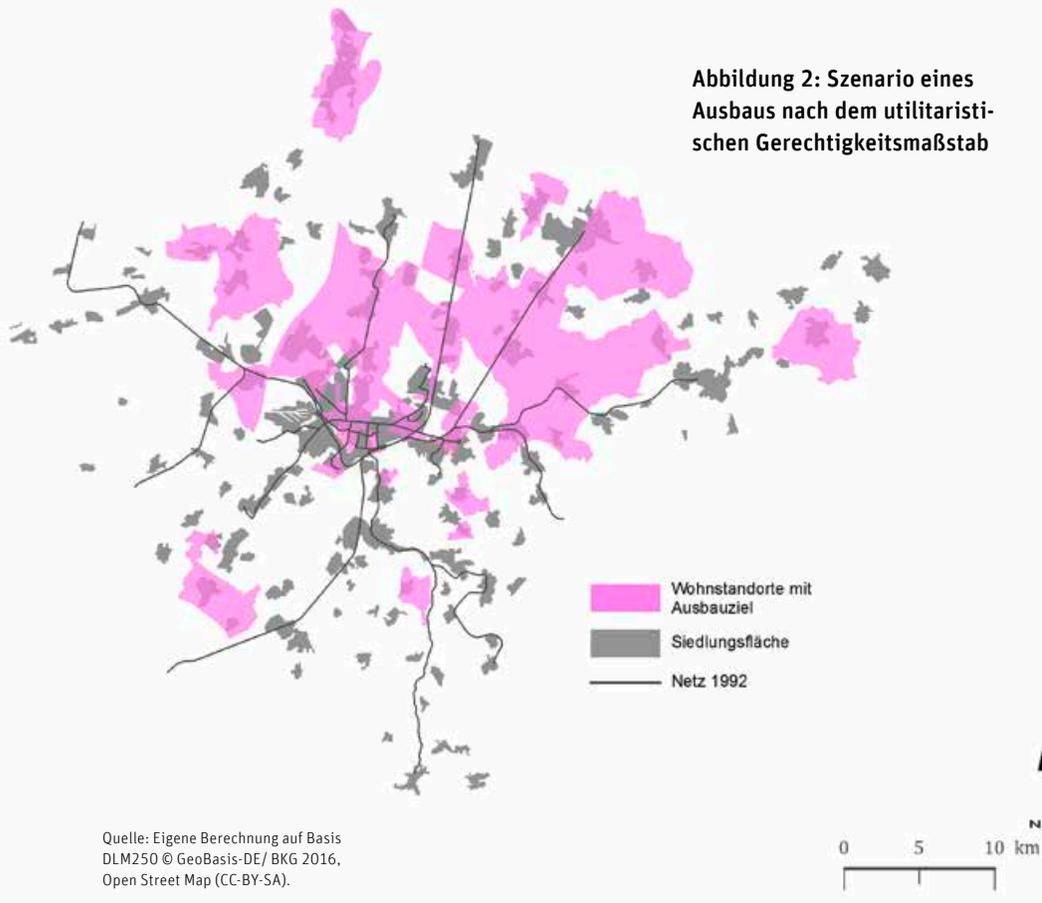
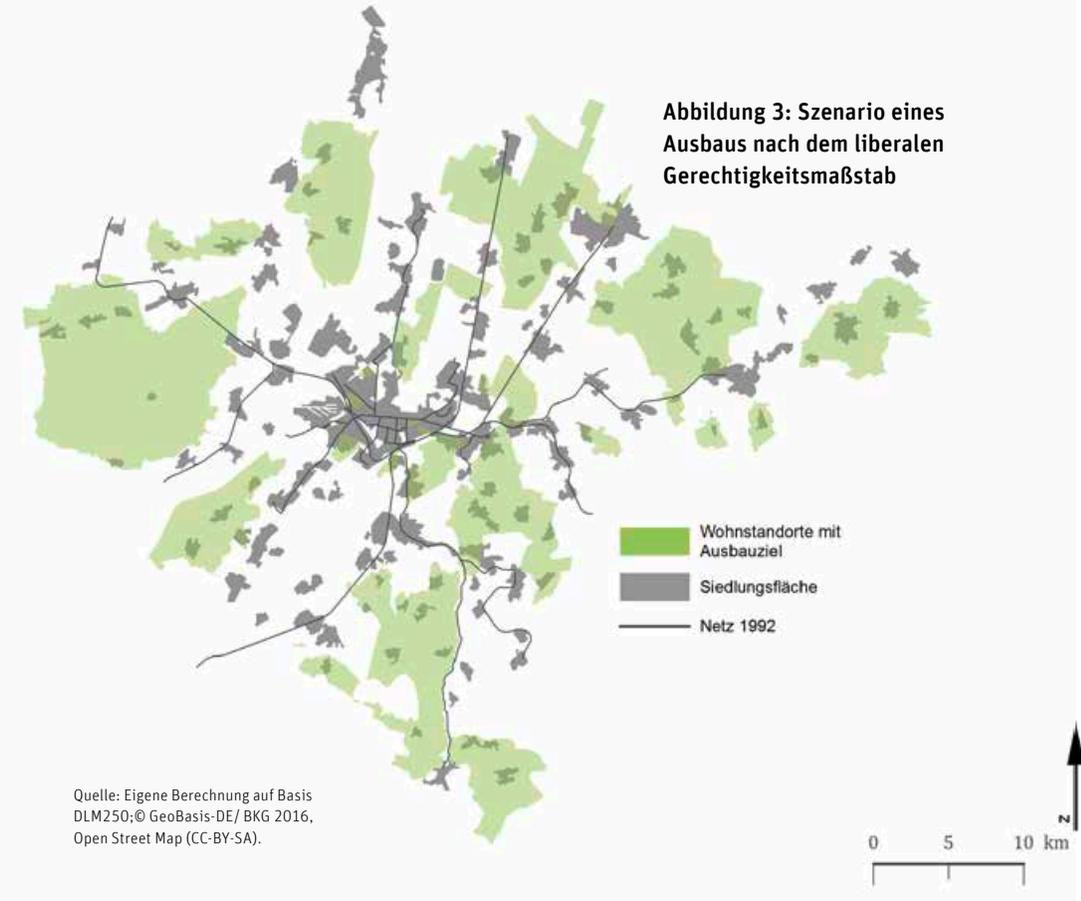


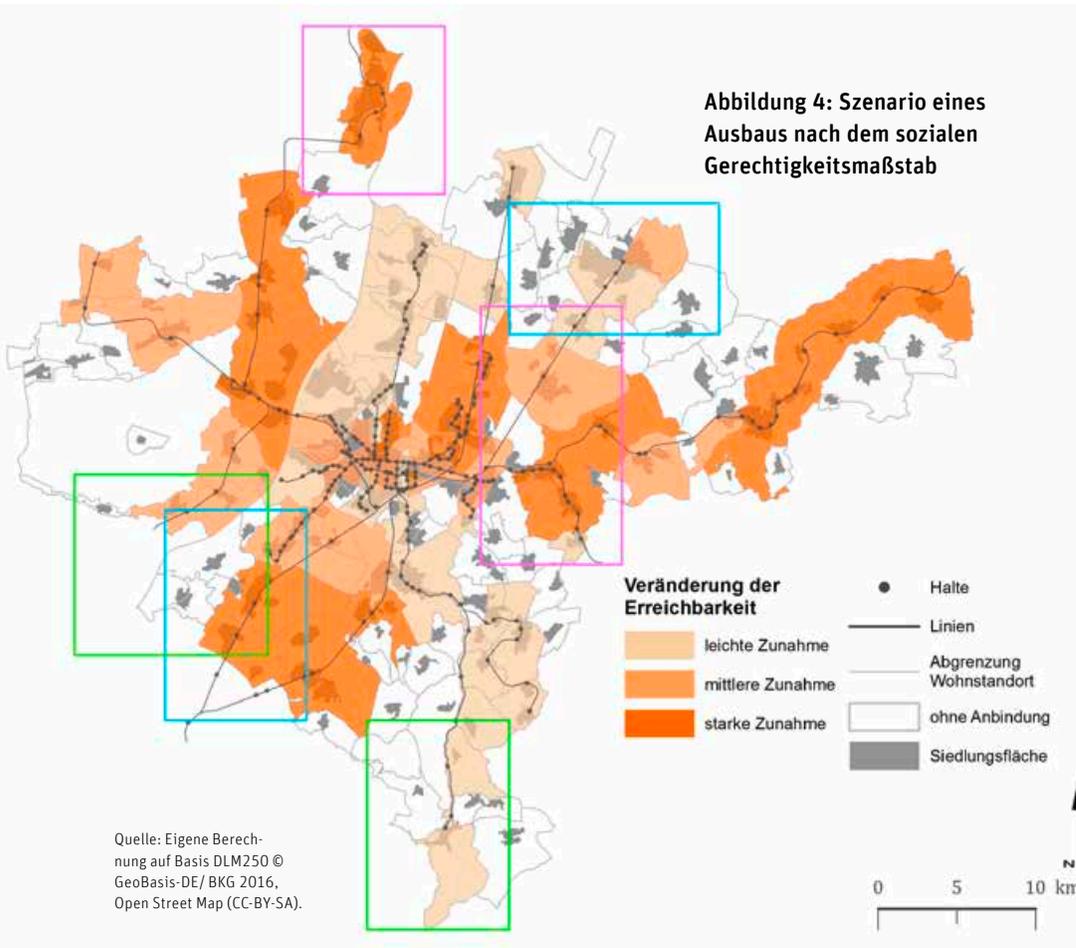
Abbildung 3: Szenario eines Ausbaus nach dem liberalen Gerechtigkeitsmaßstab



er, individueller Entscheidungen. Dort, wo attraktive Rahmenbedingungen für das Wohnen bestehen, werden entsprechend der Nachfrage Flächen für das Wohnen ausgewiesen. Mit der Bevölkerung steigt der Individualverkehr und führt zu einer Überlastung der Verkehrsinfrastruktur. Ein Ausbau des Schienennetzes kann hier das Marktversagen ausgleichen. Die Planung nimmt dabei nichts vorweg, sie folgt der freien Entwicklung der Wohnstandorte. Dadurch, dass sie möglichst viele Freiheiten zulässt, ist sie gerecht (siehe Abb. 3).

Einen anderen Blickwinkel nimmt die Sozialgerechtigkeit ein (siehe Abb. 4, S. 86). Auch wenn alle Einwohner in der Region ihren Wohnstandort frei wählen dürfen, muss doch erkannt werden,

dass dies nicht zu einer für alle befriedigenden, fairen Entwicklung führen kann. Die Wohnstandorte, die bereits eine gute Erreichbarkeit haben, haben höhere Bodenpreise und Mieten. Nicht alle können sich diese leisten. Und was ist mit den Menschen, die dort wohnen, wo bisher kein Ausbau stattfand? Folglich ist auch für die benachteiligten Standorte ein Mindestmaß für die Anbindung an das Schienennetz sicherzustellen. In einer sich grundsätzlich frei entwickelnden Stadtregion hat die Planung die Aufgabe, einen Mindeststandard sicherzustellen. Der Ausbau ist dann gerecht, wenn alle Einwohner der Region einen Zugang zum Netz haben. Hierfür muss die Planung einen Mindeststandard definieren.



Die Realität: sich überlagernde Gerechtigkeiten

Werden nun die gedanklichen Szenarien mit dem tatsächlich erfolgten Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs verglichen, zeigt sich zunächst, dass der reale Ausbau keinem Idealtyp zugeordnet werden kann, selbst wenn man die topographische Situation berücksichtigt (siehe Abb. 5). Geht der Blick ins Detail, zeigt sich, dass sich für einzelne Entwicklungen doch eine Begründung findet, die einem Gerechtigkeitsmaßstab zugeordnet werden kann. Im Norden etwa (magenta) erfolgte die Netzanbindung von Wohnstandorten, die in den

1990er-Jahren bereits stark gewachsen waren. Aus Sichtweise einer libertären Gerechtigkeit ist der Ausbau als gerecht zu bewerten, da der Ausbau einer freien Wohnstandortwahl folgt und durch die Zunahme der Bevölkerung die Kapazi-

Die PLANUNGSPRAXIS kann keinem Idealtyp komplett entsprechen, muss aber Mindeststandards definieren.

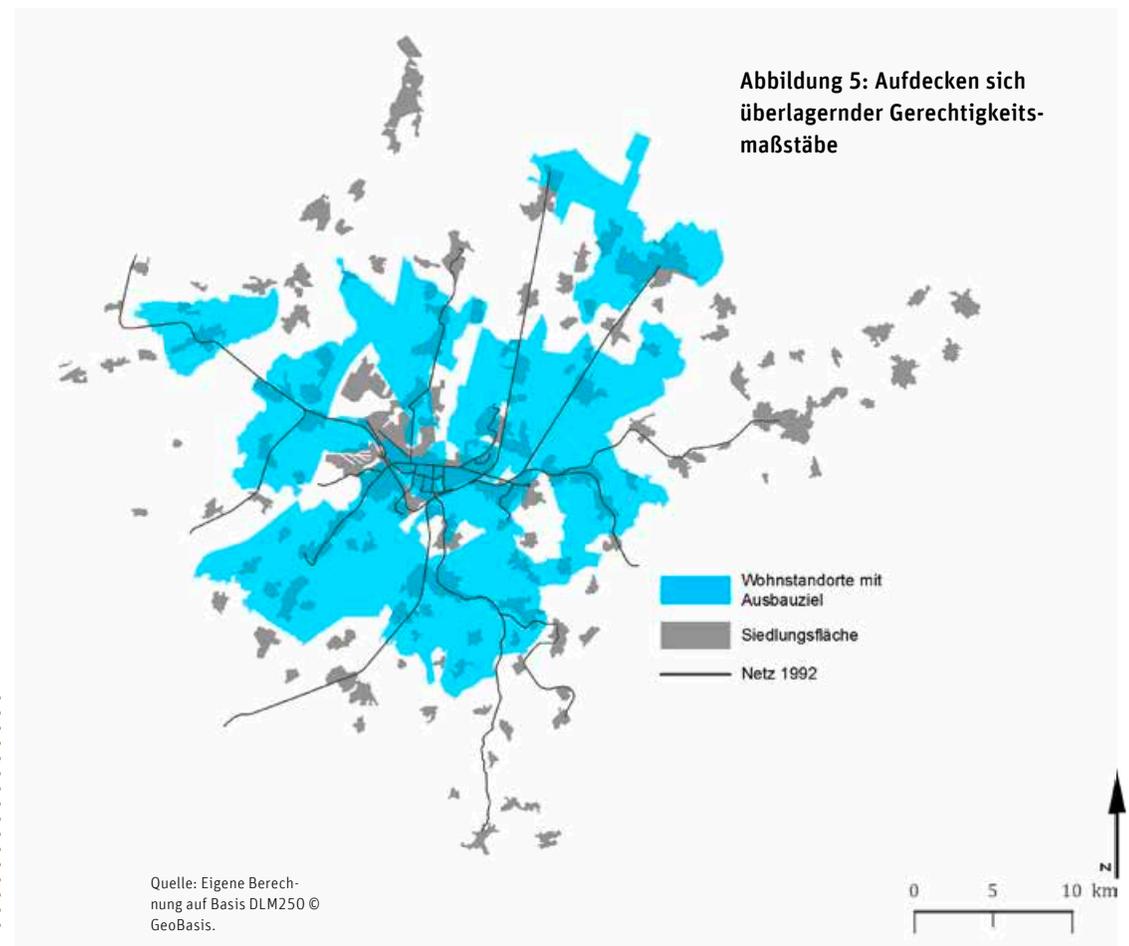
tätsgrenze des Straßennetzes erreicht wurde. Ganz im Süden (grün) wurde ein peripher im Schwarzwald gelegener Standort angebunden.

Der Verbesserung der Erreichbarkeit entspricht der Sozialgerechtigkeit, weil in einer Region mit relativ wenigen Einwohnern und Arbeitsplätzen durch die Anbindung aus moralischen Gründen ein Mindeststandard gesichert wurde. Auch aus utilitaristischer Sicht lassen sich Entwicklungen erkennen, die für einen gerechten Ausbau sprechen. Im Südwesten der Stadtregion (blau) folgt

der Ausbau dem bestehenden Netz und stärkt die dort durch die Regionalplanung vorgegebenen Siedlungsachsen. Die sich gegenseitig widersprechenden und ausschließenden Gerechtigkeitsmaßstäbe überlagern sich somit im Raum.

Fazit

Räumliche Planung ist als das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses von Interessen zu verstehen. Im realen Raum überlagern sich verschiedene Annahmen über das, was gerecht ist. Für die



planerische und gesellschaftliche Debatte zur räumlichen Entwicklung bedeutet dies, dass zur Bewertung der Gerechtigkeit zunächst geklärt werden muss, von welchen idealen Annahmen man dabei ausgeht.² So können Widersprüche und somit Ungerechtigkeiten, die sich aus dem einen Maßstab für die jeweils anderen ergeben, erkannt und offen gelegt werden.

Infrastrukturplanung ist nur in der Überlagerung als **GERECHT** zu erkennen.

Keiner der theoretischen Gerechtigkeitsmaßstäbe würde für sich allein genommen in der realen Infrastrukturplanung als gerecht erkannt werden. Infrastrukturplanung wie die der Daseinsvorsorge insgesamt braucht Elemente des Utilitarismus, die mit entsprechend starker räumlicher Planung implementiert werden müssen, Elemente der liberalen Gerechtigkeit, die auf einen funktionierenden Markt bauen, und Elemente der Sozialgerechtigkeit, die ein Mindestmaß sicherstellen. ///



Quelle: Eidens-Holt

/// DR. MATHIAS JEHLING

lehrt am Karlsruher Institut für Technologie, Institut für Regionalwissenschaft.



Quelle: Hartmann

/// ASS. PROF. DR. THOMAS HARTMANN

lehrt an der Faculty of Geoscience, Utrecht University

Anmerkungen

¹ Jehling, Mathias/Hecht, Robert/Herold, Hendrik: Assessing urban containment policies within a suburban context: An approach to enable a regional perspective, in: Land Use Policy, 2016.

² Hartmann, Thomas: Ethik in der Raumplanung, in: Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, hrsg. von Hans Heinrich Blotevogel, Hannover 2017 (im Druck).



Varwick, Johannes: NATO in (Un-)Ordnung. Wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2017, 224 Seiten, € 19,99.

/// Vor dem Hintergrund der momentanen weltpolitischen Großwetterlage

... DIE WELT WEITER IN UN-ORDNUNG

Zum Mantra politikwissenschaftlicher Analysen internationaler Politik gehört bereits seit geraumer Zeit die Formel von der globalen Welt-„Un-Ordnung“. Zur Kategorie dieser Interpretation der funktionalen Qualität des internationalen politischen Systems zählt auch die neue Studie aus der Feder des an der Universität Halle wirkenden Politologen Johannes Varwick, der das Atlantische Bündnis „wieder im Zentrum einer von Unsicherheit und Turbulenz geprägten internationalen (Un-)Ordnung“ sieht.

Varwick, der die Entwicklung der Allianz seit vielen Jahren analytisch beglei-

tet und seine Forschungsergebnisse in zahlreichen Schriften vor- und zur Diskussion gestellt hat, trifft den Punkt, wenn er die gestiegene sicherheitspolitische Relevanz und Signifikanz der NATO kausal mit der Zuspitzung der Beziehungen zwischen dem demokratischen Westen einerseits und Präsident Putins Russland andererseits verbindet. Denn in der Tat ist die wechselvolle Rolle des Bündnisses für seine Mitglieder seit jeher nur vor dem Hintergrund der weltpolitischen Großwetterlage zu verstehen.

Nachdem das Bündnis im Jahre 1949 als Ausdruck gemeinsamer Bedro-

hungsperceptionen der USA und einiger ihrer europäischen Partner vor der Sowjetunion gegründet worden war, büßte es nach dem Zerfall von UdSSR und Warschauer Pakt Anfang der 1990er-Jahre zumindest einen Teil seiner Raison d'être ein. Weil der damals weit verbreiteten Euphorie über die Errungenschaften einer friedlichen „neuen Weltordnung“ und der Erwartung des „Endes der Geschichte“ aber schon bald eine Phase der Ernüchterung aufgrund neuer internationaler Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen folgte, wurde der NATO auf beiden Seiten des Atlantiks wieder erheblich mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Das Bündnis erfuhr eine strategische Umformung von der enger gefassten kollektiven Verteidigung zur breiteren kollektiven Sicherheit. Es begann, ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes zu integrieren und stellte seine militärische Funktionsfähigkeit in den Kriegen in Bosnien und im Kosovo unter Beweis. Nach den Terrorattacken gegen New York und Washington wurde es dann allerdings wieder ruhiger um das Bündnis, das von den USA als „obligatorisches Verteidigungsinstrument“ der Atlantischen Gemeinschaft zugunsten von ad hoc zusammengestellten „Koalitionen der Willigen“ relativiert und de facto auf ein Abstellgleis ihrer Sicherheitspolitik bugsiert wurde.

Da in den ersten beiden Jahrzehnten der postsowjetischen Weltordnung im westlichen Bündnis außerdem die Hoffnung bestand, ein partnerschaftliches Verhältnis mit Moskau entwickeln zu können, wurde, so der Autor korrekt, „der Bündnisverteidigung lange kaum Bedeutung zugemessen“, was sich mit der Eskalation der Ukraine-Krise im Jahre 2014 grundlegend änderte. Var-

wick zeigt aber auch, dass der „Trump-Schock“ und der Austritt Londons aus der EU einschneidende Konsequenzen für die transatlantische Sicherheitspolitik haben werden und die Befürchtung einer Abkoppelung der USA von Europa diesseits des Atlantiks zu Bestrebungen nach einer europäischen nuklearen Abschreckungsfähigkeit führen könnte.

Darüber hinaus sieht der Autor die Allianz gegenwärtig in einer Art Tautologiefalle. Einerseits habe die NATO aufgrund der vielfältigen neuen Herausforderungen in der gegenwärtigen Welt „(Un-)Ordnung“ mehrere militärische und politische Funktionen, die „über das hinausgehen, was sie in der Zeit des Ost-West-Konflikts an Aufgaben zu erfüllen hatte“. Andererseits könnten insbesondere die neuen militärischen Aufgaben „schnell zu einer Überforderung führen“. Außerdem sei fraglich, ob die „innere Kohärenz für die neuen politischen Aufgaben in dem Maße gegeben“ sei, „wie sie während des Ost-West-Konflikts durch die gemeinsame Bedrohungswahrnehmung gegeben war“. Ad-hoc-Koalitionen könnten stattdessen „an Attraktivität gewinnen und den Zusammenhalt im Bündnis untergraben.“ (S. 179)

Ungeachtet dieser und anderer offener Fragen hinsichtlich der Zukunft der NATO gibt sich Varwick zuversichtlich, dass dem Bündnis, zumal es als „ordnendes Element in der ‚internationalen Unordnung‘“ fungiere, „das Schicksal einer Reihe von Bündnissen und politischen Organisationen erspart bleibt: der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit.“ (S. 188)

Zu empfehlen ist die Lektüre der aktuellen Studie insbesondere all denen, die sich mit internationaler Sicherheitspolitik befassen, vor allem Studierenden einschlägiger Disziplinen. Es ist darüber

hinaus aber auch wegen der thematischen Breite vom Aufbau und Struktur der NATO über die Strategieentwicklung und die Erweiterungsrunden bis zu den Gegenwartsfragen und der Rolle Deutschlands im Bündnis dem Klappentext ohne Einschränkung zuzustimmen, in dem es heißt, das Buch trage dazu bei, „dass sicherheitspolitische Fragen auch in einer breiteren interessierten Öffentlichkeit sachlich, umfassend und auf einer soliden Faktenbasis präsentiert werden“.

PROF. REINHARD MEIER-WALSER
CHEFREDAKTEUR UND AKADEMIELEITER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Weckenbrock, Christoph:
**Schwarz-grüne Koalitionen in
 Deutschland. Erfahrungswerte
 aus Kommunen und Ländern
 und Perspektiven für den Bund.**
 Baden-Baden: Nomos Verlag
 2017, 934 Seiten, € 169,00.



Die Zahl der theoretisch möglichen und in der Praxis umgesetzten Regierungsbündnisse ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen. Eine Dominanz schwarz-gelber Koalition einerseits oder rot-grüner Bündnisse andererseits ist auf allen Ebenen des politischen Systems nicht zu erkennen und zu erwarten. Stattdessen hat sich eine Fülle neuer Zusammenschlüsse mit zwei oder drei Partnern ausgebreitet. Auch Koalitionen der Unionsparteien mit den Grünen gehören heute zu den denkbaren und praktizierten Varianten. Ist Schwarz-Grün deshalb eine Kombination, der die Zukunft gehört?

Die aus einer Bonner Dissertation hervorgegangene Publikation von Christoph Weckenbrock versucht, diese Frage systematisch zu beantworten und liefert eine Fülle detaillierter Analysen und intelligenter Interpretationen. Man kann sich sicher nicht darüber beklagen, dass der Autor auf 934 Seiten mit 3371 Anmerkungen zu wenig Material verarbeitet hätte. Aber das Buch ist keineswegs eine Textwüste mit Materialengräbern. Nach einem ausführlichen Teil zu Forschungsstand und Methodik analysiert der Autor ausführlich mehrere Fallbeispiele über schwarz-grüne Bündnisse in Kommunen. Dabei werden neben anderen Quellen zahlrei-

che Interviews mit beteiligten Akteuren geführt, die die Entscheidungsfindung beleuchten. Auf der Basis dieser Fallstudien unternimmt der Autor den Versuch, die Faktoren, die zu den Bündnissen geführt haben, systematisch zusammen zu fassen (S. 414 ff.). So macht er als wichtige Faktoren für schwarz-grüne Bündnisse eine arithmetische oder politische Alternativlosigkeit, eine rot-grüne Entfremdung und vertrauensvolle persönliche Beziehungen zwischen den Parteieliten sowie das Vorhandensein von Integrationsfiguren aus (S. 447). Anschließend folgen zwei ebenso ausführliche Kapitel über Schwarz-Grün in den Ländern am Beispiel von Hamburg (2008-2010) und dem Saarland, wo von 2009 bis 2012 eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen regierte. Auch hier wird ebenso akribisch wie kritisch analysiert, wo die Chancen und die Probleme dieser Koalitionen lagen – schließlich scheiterten beide Bündnisse relativ bald und im Saarland mutierte der „Jamaika-Ruhm“ zum „Fluch der Karibik“ (S. 580). Beide Fälle werden ebenfalls systematisiert, wobei jeweils die Landesspezifika die dominanteren Faktoren zu sein scheinen.

Schließlich folgt eine ausführliche Diskussion der Chancen von Schwarz-Grün im Bund. Auch hier werden die relevanten Akteure einer kundigen Analyse unterzogen und ein mögliches Bündnis aus den Augen sowohl der Union wie der Grünen betrachtet. Dabei wird deutlich, wie sehr beide immer noch auseinander liegen. Dies wird auch durch die Analyse der Wählerschaft und deren Präferenzen (nicht zuletzt bezogen auf die Koalitionen) unterstrichen. Noch größer scheinen die Differenzen bei den jeweiligen Mitgliedern zu sein. In der Programmatik

überwiegen die Politikfelder mit mittlerem oder hohem Konfliktpotenzial (S. 835 ff.).

Die Studie endet mit 14 Thesen zu Schwarz-Grün im Bund. Dabei klingt eine gewisse Skepsis durch: So oder so würde eine solche Koalition für beide Partner eine Koalition zweiter Wahl sein – wenn die Arithmetik gar nichts anderes zulässt. Dazu wäre eine Änderung der strategischen Ausrichtung wie der programmatischen Entwicklung der Grünen erforderlich – dies bei unklarer Unterstützung der Mitgliedschaft. Für die Union würde, so der Autor, nur die „Integrationsfigur Merkel“ (S. 885) eine solche Koalition ermöglichen, was im Lauf einer solchen Koalitionsregierung immer mehr zum Risiko für die Union werden könne. Aber vor allem die CSU würde sich einem solchen Bündnis widersetzen, da sie im Jahr 2018 keinen Landtagswahlkampf in Bayern als Regierungspartei in Berlin mit den Grünen führen könne. Alles in allem waren die Voraussetzungen für ein solches Bündnis, so Weckenbrock, noch nie so gut wie heute. Aber zugleich gelte immer noch, dass Schwarz-Grün auf Bundesebene ein Experiment mit ungewissem Ausgang wäre. Aber haben sich die Unionsparteien jemals bei der Regierungsbildung zu hochriskanten politischen Experimenten hinreißen lassen?

DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



**Von Bredow, Wilfried: Die
 Geschichte der Bundeswehr.**
 Berlin: Palm-Verlag 2017,
 160 Seiten, € 29,95.

Dem ersten Eindruck nach handelt es sich um ein Bilderbuch für Erwachsene. Das ist es auch, in fast schon bibliophiler Ausstattung. Aber der Inhalt ist solide und informationsreich, von einem Professor der Politologie verfasst, der schon diverse anerkannte Publikationen zur Bundeswehr und zu sicherheitspolitischen Themen vorgelegt hat. Vier Hauptpunkte werden in jeweiliger Untergliederung behandelt: Militär als Sicherheitsinstrument (west-)deutscher Politik, Einpassung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft, multinationale Einrahmung der Bundeswehr seit ihrer Gründung sowie permanente, auch heute noch laufende Organisationsreformen. Die Stichworte „Innere Führung“ und „Staatsbürger in Uniform“ finden breiten Raum, da die Bundeswehr sich durch die Projekte, die hinter diesen Stichworten stehen, von ihren Vorgängerinnen, der Wehrmacht, der Reichswehr in der Weimarer Republik, und auch von den Armeen des wilhelminischen Kaiserreichs, unterscheiden will. Missverständlich ist die Formulierung, die Reichswehr habe sich als „Reichsverweser“ verstanden. Denn dieser Ausdruck bezeichnet Statthaltschaft in Abwesenheit des Monarchen, während die Reichswehr nicht auf eine monarchistische Restauration festzulegen war.

Gemäß dem Autor waren in der durchgreifenden preußischen Heeresreform nach den Niederlagen gegen Napoleon bereits Elemente der späteren „Inneren Führung“ enthalten. Der Autor bescheinigt diesem Konzept insgesamt Effizienz, da die Verpflichtung der Bundeswehr auf die Werte der westlichen Allianz und auf die Integration in der NATO bewirkt habe, dass die Offiziere und Mannschaften sich von der Begrenzung ihres Ehrenkodex auf den Horizont des Nationalstaates definitiv abgewendet hätten, so dass sie für die östlichen Lockungen, eine deutsche Wiedervereinigung um den Preis der Neutralität gewährt zu bekommen, niemals empfänglich waren.

Eingehend wird thematisiert, dass die Institution Bundeswehr mit kräftigem „Gegenwind aus der Gesellschaft“ konfrontiert war, von der „Ohne-Mich-Bewegung“ der frühen Nachkriegszeit bis zu den immer noch aktuellen „Ostermärschen“. Auf der konservativen Gegenseite gab es durchaus Probleme, die Prinzipien der „Inneren Führung“ gegen die Wehrmachtsoffiziere alter Schule durchzusetzen, die man aber wegen ihres Sachverständes für den Aufbau der Truppe unbedingt brauchte.

Organisationspannen werden nicht ausgespart oder beschönigt. Das gilt für die ersten Jahre der Bundeswehr, weil die politischen Vorgaben (500.000 Mann bis 1960) überspannt waren: „Das war nicht nur ambitioniert, sondern schon wirklichkeitsfremd“, schreibt der Autor. Dabei gelingt ihm auch die hübsche Formulierung: „Zudem begann schon bald das politisch und juristisch nachhaltig gedüngte Wurzelwerk der Bürokratie den Aufbau zu verlangsamten“. Die Bundeswehr, ein administratives Monster von Anfang an.

Ebenso werden in einem Informationskästchen (es gibt u. a. auch eines über „Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister“) die „Probleme der Beschaffung und der Einsatzbereitschaft von Großgeräten der Bundeswehr“ mit dem Stand vom Herbst 2014 aufgelistet. Die sachlichen Gründe für solche Fehlentwicklungen werden gleich mit geliefert, wie es dem ruhig-sachlichen Eindruck entspricht, den der Text allenthalben vermittelt.

Unter den einschlägigen Skandalen darf natürlich die „Spiegel-Affäre“ nicht fehlen, denn die entwickelte sich aus dem, auf die Bundeswehr bezogenen Artikel „Bedingt einsatzbereit“ des Nachrichtenmagazins. Nur lässt der Autor dabei den „Spiegel“-Redakteur Conrad Ahlers in Tanger verhaften, obwohl das doch seitens der spanischen Polizei in Torremolinos geschehen ist. Und zweitens: Im Oktober 1962, als Ahlers verhaftet wurde, war Tanger keine „internationale Zone“ mehr.

Erörterungen zur Strategie im „Kalten Krieg“ finden nur insofern statt, als sie das Dilemma der zur Verteidigung des Bundesgebietes bestimmten Armee verdeutlichen. In einem atomaren Konflikt zwischen den beiden Blöcken wäre sie nur für einen konventionellen Einsatz vorgesehen gewesen, während die Bundesrepublik bereits nuklear verwüstet wurde. Also sollte sie vorher wenigstens eine konventionelle Abschreckung bilden, mit der neuartigen Maßgabe, das Kämpfen zu lernen, nur damit sie bei funktionierender Abschreckung niemals kämpfen musste.

Nach 1990 haben sich die Parameter gründlich verändert, worauf ausführlich eingegangen wird. Besondere Bedeutung für das Sammeln neuer Erfahrungen komme dem ISAF-Einsatz in Afgha-

nistan zu (2002-2014), nachdem das Bundesverfassungsgericht 1994 militärische Aktivitäten gemäß Artikel 24 Abs. 2 des Grundgesetzes („Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit einordnen [...]“) auch außerhalb des deutschen und des NATO-Territoriums für zulässig erklärt hatte.

Der Abschnitt über die Aufhebung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht 2011 („Auf dem Weg zur europäischen Armee“) bietet eine griffige Zusammenstellung der Argumente dafür und dagegen. Eine solche werde es „auf absehbare Zeit“ wohl nicht geben, denn die Idee fortschreitender europäischer Integration habe in letzter Zeit an Anziehungskraft verloren, und der Brexit habe diese Tendenz noch verstärkt.

**BERND RILL,
MÜNCHEN**

**Ionesco, Dina / Mokhnacheva,
Daria / Gemeinne, Francois:
Atlas der Umweltmigration.
München: oekom verlag 2017,
176 Seiten, € 22,00.**



„Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikt und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Doch was, wenn in den nächsten Jahrzehnten weitere 200 Millionen Menschen hinzukommen, die vor allem aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels ihre

Heimat verlassen – wegen steigender Meeresspiegel, anhaltender Dürre oder immer häufiger auftretender Naturkatastrophen?“ (Klappentext).

Mit dem „Atlas der Umweltmigration“ wollen die Initiatoren, Brot für die Welt, Misereor und die Internationale Organisation für Migration, insbesondere auch dazu beitragen, dass Umwelt- und Klimaveränderungen durch die globale Erderwärmung international als Ursachen von Flucht und Migration mehr Anerkennung erfahren. Denn bislang sind Menschen, die aufgrund von Klimawandelfolgen gezwungen sind wegzuziehen, nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht als Flüchtlinge anerkannt.

Der Atlas bietet einen facettenreichen Einblick. Egal, auf welcher Seite man das Buch aufschlägt, erfasst man sofort ein Stichwort und wird durch die dazu gelieferten Abbildungen neugierig gemacht. So illustrieren Schaubilder relevante Zusammenhänge und Wechselwirkungen, Zeitleisten bieten einen Überblick über Entwicklungsphasen, Diagramme schematisieren theoretische Ansätze, während Karten und Fotos konkrete Fallbeispiele abbilden.

Das Buch ist in vier Hauptkapitel gegliedert. Das erste Kapitel liefert Zahlen, Prognosen und Definitionen. Es erinnert daran, dass die Umweltbedingungen seit jeher die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst haben und dass sich heute noch traditionelle Gemeinschaften dem Wechsel der Jahreszeiten anpassen, etwa durch Winter- und Sommerweidegebiete. Migration kann temporär oder dauerhaft sein, innerhalb einer Region ablaufen oder Grenzen überschreiten. So werden dem Leser auch die Feinheiten des komplexen Themas vermittelt. Manchmal ist es z. B. auch schwierig, zwischen

erzwungener und freiwilliger Migration zu unterscheiden: Wollen Menschen ihre Erwerbsquellen diversifizieren oder ist es pure Überlebensstrategie? Auch der Rentner, der seinen Lebensabend in den „Sunshine States“ verbringt, gehört letztendlich zu den Umweltmigranten. Die Probleme einer Rückkehrmigration, etwa nach der Evakuierung in der vom Atomunfall betroffenen Region Fukushima, werden in dem Kapitel ebenso thematisiert wie Pläne zur vorbeugenden Umsiedlung, wie dies z. B. im niederländischen Rhein-Maas-Delta geschehen ist, um den Flüssen wieder mehr Retentionsraum zu geben.

Das zweite Kapitel erklärt das Ursache-Wirkung-Gefüge. Mensch und Umwelt bedingen einander, doch „in den jetzigen hyperurbanisierten Gesellschaften vergessen wir gerne, wie machtvoll die Natur sein kann“. Der Abschnitt vermittelt einen Eindruck, wie verletzlich wir angesichts von Erdbeben, Überschwemmungen und Dürren nach wie vor sind. Während ein Vulkanausbruch eine unmittelbare Bedrohung darstellt, sind die Auswirkungen veränderter Ökosysteme oft nicht so offensichtlich. Dabei ist in den letzten 40 Jahren fast ein Drittel der weltweiten Anbaufläche durch Bodenerosion verloren gegangen. 11 % der bewässerten Flächen sind von Versalzung und mindestens 1 Milliarde Menschen von Wüstenbildung betroffen. Zu den Umwelteinflüssen zählen aber auch Industrieunfälle (Seveso, Fukushima) und Eingriffe wie der Bau von großen Infrastrukturen (Staudamm, Bergbau).

„Soll Umweltmigration gefördert oder um jeden Preis verhindert werden?“. Das dritte Kapitel setzt sich mit den Herausforderungen und Chancen auseinander. Ein Phänomen, auf das die

Autoren hinweisen: Solange Städte wirtschaftlich attraktiv sind, werden sie auch weiter wachsen, egal ob sie am Fuße eines Vulkans oder an der Meeresküste liegen. Eine rasche, ungeplante Urbanisierung erhöht zusätzlich den Druck auf die Umwelt und die Infrastrukturen. Die weiteren Abschnitte des Kapitels befassen sich mit Fragen, die eher durch plötzlich eintretende Katastrophen ausgelöst werden, etwa Evakuierungsmanagement und Wahrung der Menschenrechte, individuelle Bewältigungsstrategien und genderspezifische Aspekte.

Das letzte Kapitel befasst sich mit den politischen und finanziellen Rahmenbedingungen. Zwar fehlt eine globale Ordnungspolitik für den Bereich, doch die Autoren stellen fest, dass Migration implizit zunehmend Beachtung findet, etwa in der Klimarahmenkonvention (COP 21) oder in den globalen Nachhaltigkeitszielen. Bislang sei Umweltmigration aber eher auf nationaler, bilateraler und regionaler Ebene ein Thema. Letztendlich müsse man flexibel die Ansätze verschiedener Politik- und Rechtsbereiche sowie der Konsultationsprozesse und nichtverbindlicher Regelungen nutzen, doch mit der Überzeugung, „die Politik kann dafür sorgen, dass Umweltmigration nicht erlitten wird, weder von den Migranten selbst noch von denen, die sie aufnehmen, noch von den Zurückgebliebenen“. Zum Schluss verweist das Werk auch auf einige wenige migrationspolitische Initiativen zur Entwicklung und Anpassung an den Klimawandel.

Das Buch sensibilisiert für die Situation vor Ort. Es ist empfehlenswert für alle, die verstehen wollen, was die Menschen weltweit bewegt. Es ist auch für all jene eine informative, übersichtliche

Lektüre, die sich für unsere Arbeitsarbeit im Bereich Umwelt- und Klimaschutz interessieren und die Projekte in einen größeren Zusammenhang einordnen wollen (siehe die grüne Reihe der HSS-Factsheets, etwa „Vietnam: Verbesserung der Gesetzgebung im Umwelt- und Klimaschutz“, „Jordanien: Schutzgebiete als wirksames Instrument des Klimaschutzes und der Anpassung an

den Klimawandel“, „Kongo: Umweltschutz und Ernährungssicherung durch nachhaltigen Anbau“, „DVRE Korea: Nachhaltige Wiederaufforstung – Internationale Zusammenarbeit zum Wohle von Mensch und Natur“).

DIPL.-GEOGR. SILKE FRANKE,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Rill, Bernd: Was Luther angerichtet hat: Die Reformation und ihre Folgen. Kevelaer Butzon & Bercker Verlag 2017, 400 Seiten, € 25,00.

Die Reformation und ihre ungeahnten Folgen Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir. Die Worte des Augustinermönchs Luther 1521 vor dem Wormser Reichstag erschütterten nicht nur die römische Kirche, sie leiteten einen Epochenwandel in der Geschichte des Abendlandes ein. Was Luther damit angerichtet hat, zeigen die folgenden Jahrzehnte mit ihren blutigen Glaubenskämpfen und grausamen Kriegen. Aller-

dings wäre die Säkularisierung mit ihren tiefgreifenden Folgen für Politik und Gesellschaft ohne die Reformation nicht möglich gewesen. Auch die römische Kirche selbst hat sich unter dem Einfluss der Kirchenspaltung völlig verändert. Bernhard Rill zeigt, wie sehr die Reformation und in ihrer Folge die Glaubensspaltung bis heute Politik und Geistesleben in Europa und vor allem in Deutschland bestimmen.

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT
Nr. 7/2017: Der America First Energy Plan:
Ein Blick auf die neue Energiepolitik Donald
Trumps

Politische Partizipation und Integration
von Migranten in Bayern – Ergebnisse einer
repräsentativen Telefonumfrage unter der
Bevölkerung Bayerns mit Migrations-
hintergrund ab 18 Jahre



Förderpreis für Politische Publizistik
2016/2017 – Herausforderung: Einwanderung



50 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung – eine Doku-
mentation des Festakts mit Joachim Gauck und
Horst Seehofer sowie des Tags der Offenen Tür

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 476 „Historisch-Politische Bildung in Zeiten des Wandels“
mit Beiträgen von Heinrich Oberreuter, Klaus Schroeder und
Michael Wolffsohn

POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	Politische Studien 474: Jede Stimme zählt!
	Politische Studien 473: Migration und Rechtsstaat
	Politische Studien 472: Europa und der Brexit
	Politische Studien 471: Pulverfass Naher Osten
	Politische Studien 470: Die Zukunft der NATO
	Politische Studien 469: Paralleljustiz

Ich möchte die „Politischen Studien“ im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat „Publikationen“
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar
in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

Herausgeber:

© 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder

unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Bildnachweis für Titel:
©filipefrazao - stock.adobe.com

